

Nr.	§	Absatz	Vorgeschlagene Änderung	Begründung	Unternehmen/Verband etc.
1	Allgemeines			Von März bis April 2018 haben die ÜNB die Vorkonsultation zur Weiterentwicklung der Bestimmung der Regelleistungs-IST-Werte durchgeführt. Ergebnisse dieser Vorkonsultation wurden noch nicht veröffentlicht. Es ist daher irritierend, dass nun in den hier konsultierten Modalitäten der BK6 unveränderte Bestandteile der Vorkonsultation aufgenommen wurden (u.a. zum Toleranzbereich), die seitens der BNetzA zu genehmigen sind, obwohl im September 2018 die eigentliche "Haupt"-Konsultation durch die ÜNB erfolgen soll.	Lausitz Energie Kraftwerke AG
2	Allgemeines			<p>1. Allgemeine Anmerkungen</p> <p>Der Bundesverband der Energie und Wasserwirtschaft (BDEW) vertritt mehr als 1800 Unternehmen der Branche in Deutschland. Das Spektrum der Mitglieder reicht von lokalen und kommunalen über regionalen bis hin zu überregionalen Unternehmen. Sie repräsentieren rund 90 Prozent des Stromabsatzes in Deutschland.</p> <p>Der BDEW bedankt sich bei der BNetzA für die Möglichkeit, zum Entwurf für die Festlegung der Modalitäten für die Frequenzhaltungsreserven (FCR) und Frequenzwiederherstellungsreserven (aFRR und mFRR) Stellung zu nehmen.</p> <p>Da die BNetzA einen Antrag der ÜNB konsultiert, haben sich die ÜNB bei der Erstellung der Stellungnahme im BDEW enthalten.</p> <p>Der BDEW möchte darauf hinweisen, dass bei derart gravierenden Änderungen des Marktdesigns eine längere Konsultationsfrist eingehalten werden muss. In Deutschland gab es zum 26. April 2018 60 Regelernergieanbieter, die zum großen Teil beim BDEW organisiert sind. Darüber hinaus gibt es weitere Unternehmen, die einen Markteintritt derzeit erwägen. Für eine angemessene Einbindung aller Interessen und einer Bewertung der zahlreichen Anpassungen der zuletzt zum 09. Mai 2018 konsultierten Version, sind zwei Wochen nicht nur sehr ambitioniert, sondern entsprechen nicht den Erwartungen der Branche an eine „behutsame Weiterentwicklung“ des Regeler Energiemarkts.</p>	BDEW e. V.
3	Allgemeines			<p>2. Das Wichtigste in Kürze</p> <p>Bereits im April 2015 hatte der BDEW den Regeler Energiemarkt in Deutschland grundlegend analysiert, bewertet und relevante Weiterentwicklungsoptionen geprüft. Es gilt weiter, dass der Regeler Energiemarkt nur eine stützende Funktion hat und der Spotmarkt weiter im Vordergrund stehen muss. Gerade mit Blick auf den geplanten Regelarbeitsmarkt ist wichtig, dass Parallelstrukturen in der Stromerzeugung unbedingt vermieden werden sollten. Grundsätzlich erfordern neue Anbieter, neue Erzeugungsarten sowie die Ausweitung der aktiven Bewirtschaftung robuste Rahmenbedingungen, bei denen neue Entwicklungen adäquat integriert werden.</p> <p>Zu der am 09. Mai 2018 konsultierten Version der Modalitäten für Regelreserveanbieter hatte der BDEW erhebliche Anpassungsvorschläge gemacht. Der BDEW begrüßt, dass die Netzbetreiber viele Hinweise berücksichtigt haben. Doch gerade weil der Antragsentwurf umfassend überarbeitet wurde, ergibt sich weiterer Klärungsbedarf.</p> <p>Hervorzuheben ist:</p> <p>Paragraph 4 20a: Der BDEW sieht nicht, dass es die Aufgabe der ÜNB ist, Entscheidungen über Vergabeausschlüsse zu treffen. Zudem ist nicht nachvollziehbar, was ein auffälliges preisliches Missverhältnis sein soll. Hierzu müsste es vorher festgelegte, ganz konkrete Regeln geben. Anbieter sollten im bekannten Rechtsrahmen freie, unternehmerische Entscheidungen zur Preisgestaltung ihrer Gebote treffen dürfen.</p>	BDEW e. V.

4	Allgemeines			<p>(Fortsetzung der Begründung:)</p> <p>Paragraph 38: Weiteren Gesprächsbedarf sieht der BDEW bei der Einführung des Regelarbeitsmarkts. Da in Deutschland ein sehr liquider Intradaymarkt existiert, ist kaum abzusehen, welche Wechselwirkungen sich durch die Überschneidungen mit dem Regelarbeitsmarkt ergeben. Der BDEW sieht folgende Grundsätze bis zum Zeitpunkt der Schließung des Regelarbeitsmarktes:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Anbieter muss Arbeitspreise anpassen können und • er muss abgegebene Arbeitsgebote (leistungspreisfrei) auch komplett wieder löschen können. 	BDEW e. V.
5	Allgemeines			<p>Aktuell wird die Ausgestaltung des Regelenenergiemarkts durch die Vorgaben der EB GL massiv verändert was mit einer Vielzahl von Konsultationen einhergeht. So haben die ÜNB die Vorkonsultation zur Weiterentwicklung der Bestimmung der Regelleis-tungs-IST-Werte von März bis April 2018 durchgeführt. Ergebnisse dieser Vorkonsultation wurden noch nicht veröffentlicht. Es ist daher irritierend, dass nun in den hier konsultierten Modalitäten der BK6 unveränderte Bestandteile der Vorkonsultation aufgenommen wurden (u. a. zum Toleranzbereich), die seitens der BNetzA zu genehmigen sind, obwohl im September 2018 die eigentliche "Haupt"-Konsultation durch die ÜNB erfolgen soll.</p>	BDEW e. V.
6	Allgemeines		Eine Überschneidung der GCT von FCR und aFRR muss unbedingt verhindert werden. Nach derzeitigem Stand ist sowohl die GCT für FCR als auch für aFRR zukünftig auf D-1 08:00 Uhr angesetzt. Es wird den Anbietern somit die Möglichkeit genommen, nicht-bezuschlagte Gebote in der FCR anschließend in der aFRR anzubieten. Aus BDEW-Sicht ist dies eine nicht sachgerechte Einschränkung. Die Ausschreibungen sollten entsprechend der Produktwertigkeiten zeitlich gestaffelt (und mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf) erfolgen. Sie müssen mindestens zwei Stunden vor der Day-Ahead-Auktion stattfinden		BDEW e. V.
7	Allgemeines		Eine Überschneidung der Gate Closure Times von FCR und aFRR muss unbedingt verhindert werden. Nach derzeitigem Stand ist sowohl die Gate Closure Time für FCR als auch für aFRR auf D-1 08:00 Uhr angesetzt. Es wird den Anbietern somit die Möglichkeit genommen, nicht-bezuschlagte Gebote in der FCR anschließend in der aFRR anzubieten. Dies wäre eine nicht sachgerechte Einschränkung. Die Ausschreibungen sollten entsprechend der Produkt-Wertigkeiten zeitlich gestaffelt (und mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf) erfolgen.		EnBW Energie Baden-Württemberg AG

8	Allgemeines		--	<p>REstore begrüßt ausdrücklich die Konsultation der Bundesnetzagentur (BNetzA), welche von höchster Bedeutung ist. REstore ist ein europaweiter Demand-Response-Aggregator, der fundierte Erfahrungen mit seiner patentierten Technologie gesammelt hat, die einen portfoliobasierten Ansatz in den deutschen, belgischen, britischen sowie französischen Regelreservemärkten ermöglicht.</p> <p>REstore ist zuversichtlich, dass die BNetzA sicherstellen wird, dass die finale Version der Modalitäten für Regelreserveanbietern den Zielen der EBGL entspricht, insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> - EBGL Art. 3(1)(a): Die Ziele der vorliegenden Verordnung bestehen darin [...] einen wirksamen Wettbewerb, Diskriminierungsfreiheit und Transparenz in Regelreservemärkten zu fördern - EBGL Art. 3(1)(c): Die Ziele der vorliegenden Verordnung bestehen darin [...] die Integration der Regelreservemärkte zu unterstützen und Möglichkeiten zum Austausch von Regelreserve zu fördern und gleichzeitig zur Betriebssicherheit beizutragen - EBGL Art. 3(1)(e): Die Ziele der vorliegenden Verordnung bestehen darin [...] sicherzustellen, dass die Beschaffung von Regelreserve auf faire, objektive, transparente und marktbasierte Weise erfolgt, zu keinen unzulässigen Markteintrittsbarrieren führt und die Liquidität der Regelreservemärkte fördert, und dabei unverhältnismäßige Verzerrungen des Elektrizitätsbinnenmarkts zu vermeiden 	REstore
9	Allgemeines		--	<p><i>(Fortsetzung der Begründung:)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - EBGL Art. 3(1)(f): Die Ziele der vorliegenden Verordnung bestehen darin [...] die Einbeziehung der Laststeuerung einschließlich aggregierter Anlagen und der Energiespeicherung zu erleichtern und gleichzeitig sicherzustellen, dass für sie im Wettbewerb mit anderen Regelreserven die gleichen Bedingungen gelten und dass sie, wenn Leistungen für eine einzelne Verbrauchsanlage erbracht werden, erforderlichenfalls unabhängig erfolgen kann - EBGL Art. 18.4: Die Modalitäten für Regelreserveanbieter müssen [...] angemessene und gerechtfertigte Bestimmungen für die Erbringung von Regelreserve vorsehen; die Aggregation von Verbrauchsanlagen, Energiespeicheranlagen und Gesamteinrichtungen zur Stromerzeugung in einem Fahrplangebiet zur Erbringung von Regelreserve im Einklang mit den Bedingungen gemäß Absatz 5 Buchstabe c ermöglichen; es den Eigentümern von Verbrauchsanlagen, Dritten und den Eigentümern von Gesamteinrichtungen zur Stromerzeugung, die konventionelle oder erneuerbare Energiequellen nutzen, sowie den Eigentümern von Energiespeichereinheiten ermöglichen, als Regelreserveanbieter tätig zu werden; 	REstore
10	Allgemeines		--	<p><i>(Fortsetzung der Begründung 2:)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - SOGL Art. 156.6: Jeder ÜNB stellt sicher oder verlangt von seinen FCR-Anbietern, dass diese dafür sorgen, dass der Verlust einer FCR-Einheit die Betriebssicherheit nicht gefährdet, indem: (a) der pro FCR-Einheit bereitgestellte FCR-Anteil auf 5 % der FCR-Kapazität begrenzt wird, die für das gesamte Synchrongebiet Kontinentaleuropa bzw. das gesamte Synchrongebiet Nordeuropa erforderlich ist; (b) die FCR, die von der Einheit bereitgestellt werden, die den Referenzstörfall des Synchrongebiets definiert, von dem Dimensionierungsverfahren für die Synchrongebiete GB, IE/NI und Nordeuropa ausgeschlossen werden, und; und (c) die FCR, die aufgrund einer störungsbedingten Nichtverfügbarkeit oder der Nichtverfügbarkeit einer FCR-Einheit oder einer FCR-Gruppe nicht zur Verfügung stehen, so bald wie technisch möglich und gemäß den von dem Reserven anschließenden ÜNB festzulegenden Bedingungen ersetzt werden 	REstore

11	Allgemeines		<p>In vielen Punkten begrüßen wir den nun vorliegenden Entwurf. Bei anderen Punkten, insbesondere den Regelarbeitsmarkt betreffend, sollten die Modalitäten allerdings nochmals angepasst werden damit das Zusammenspiel der verschiedenen Regeln nicht zu Verzerrungen im Markt führt.</p> <p>In den vergangenen Monaten haben die deutschen ÜNB, die regionalen ÜNB und die Bundesnetzagentur zahlreiche Konsultationen zum Thema Regelleistung durchgeführt. Diese überlappen sich zum großen Teil und widersprechen sich teilweise. Die Aufgabe für die Marktteilnehmer, sich mit jedem dieser Dokumente zu befassen und überhaupt den Überblick zu behalten, ist sehr umfangreich und ist selbst in einem großen Unternehmen wie dem unseren nicht zu bewältigen, ohne Mitarbeiter von anderen Aufgaben aus dem Tagesgeschäft zumindest teilweise hierfür abzustellen. Wir bezweifeln, dass mit dem Procedere die Expertise der Stakeholder so effizient wie möglich genutzt wird.</p> <p>Nichtsdestotrotz befürworten wir selbstverständlich, dass Marktteilnehmer ihre Kommentare zu den verschiedenen Vorschlägen überhaupt einspeisen dürfen und wünschen uns, dass diese dann auch berücksichtigt werden.</p>		RWE Supply & Trading GmbH
12	Allgemeines		<p><i>(Fortsetzung der vorgeschlagenen Änderung:)</i></p> <p>Zukünftig würden wir uns in diesem und vergleichbaren Projekten einen ganzheitlicheren und koordinierteren Ansatz wünschen, in dem die Branche zunächst ein Zielmodell festlegt und sich dann den einzelnen Details innerhalb dieses Zielmodells widmet, ohne diese Details teilweise vorneweg festzulegen um sie dann aufgrund von neuen Erkenntnissen oder Widersprüchen noch vor der Implementierung wieder hinterfragen zu müssen. Es wäre auch zu bevorzugen, wenn die Implementierung aller Änderungen zu einem einheitlichen Stichtag, anstatt mehrmals im Jahr erfolgen würde.</p> <p>Ein Beispiel hierfür: die Guideline Electricity Balancing sieht die Einführung von „marginal pricing“ für die Regelarbeit vor. Anstatt mit Zwischenschritten die Implementierung komplexer zu machen, sollte möglichst alles in einem Prozess umgestellt werden. Dementsprechend würden wir vorschlagen, „Marginal Pricing“ bereits jetzt in den Modalitäten zu verankern.</p>		RWE Supply & Trading GmbH
13	Allgemeines		<p>Die Modalitäten (Hauptdokument) und die Anhänge sind in vielen Punkten nicht konsistent bzw. nicht aufeinander abgestimmt. Diese beinhalten unterschiedliche Regelungen und Prozesse. Insbesondere bei den folgenden Sachverhalten ist dies der Fall:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Datenbereitstellung für die Bewertung der Erbringung - §8 in Verbindung mit Anhang D - Zuordnung der Bilanzkreisverantwortlichen - §30 in Verbindung mit Anhang A - Arbeitsmarkt (§ 38 in Verbindung mit §20 und §29). <p>Die Modalitäten sollten einen in sich schlüssigen Ansatz beschreiben. Künftige Änderungen sollten durch neue Versionen der Modalitäten konsistent aufgenommen werden. Eine „Sammlung“ von möglichen Regelungen ist nicht sachgerecht.</p>	<p>Die Modalitäten (Hauptdokument) und die Anhänge sind in vielen Punkten nicht konsistent bzw. nicht aufeinander abgestimmt. Diese beinhalten unterschiedliche Regelungen und Prozesse. Insbesondere bei den folgenden Sachverhalten ist dies der Fall:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Datenbereitstellung für die Bewertung der Erbringung - §8 in Verbindung mit Anhang D - Zuordnung der Bilanzkreisverantwortlichen - §30 in Verbindung mit Anhang A - Arbeitsmarkt (§ 38 in Verbindung mit §20 und §29). <p>Die Modalitäten sollten einen in sich schlüssigen Ansatz beschreiben. Künftige Änderungen sollten durch neue Versionen der Modalitäten konsistent aufgenommen werden. Eine „Sammlung“ von möglichen Regelungen ist nicht sachgerecht.</p>	UNIPER SE
14	Allgemeines		Artikel 30 (1) a) der EB-VO sieht das Grenzpreisverfahren vor. Dieses sollte in den Modalitäten bereits Berücksichtigung finden.	Artikel 30 (1) a) der EB-VO sieht das Grenzpreisverfahren vor. Dieses sollte in den Modalitäten bereits Berücksichtigung finden.	VGB PowerTech e.V.
15	Allgemeines		siehe oben (Nr. 1)	siehe oben (Nr. 1)	VGB PowerTech e.V.
16		1 Abs. 1	Der Regelarbeitsmarkt sollte hier übersichtshalber mit aufgelistet werden.	Zur besseren Übersicht.	RWE Supply & Trading GmbH

17	3			In der Konsultation im April 2018 wurden noch Inhalte aus dem PQ-Verfahren beschrieben, diese wurden nun entfernt damit der ÜNB sie selbst nach billigem Ermessen festlegen kann. Es wird v.a. bemängelt, dass hier einseitig zu lange Fristen für die Bearbeitung der PQ-Anträge vorliegen bzw. regelmäßige Re-Präqualifizierungen zu noch mehr Arbeitsaufwand führen und damit die PQ i.d.R. volle 6 Monate oder länger dauert. Das ist nicht hinzunehmen, es muss sichergestellt sein dass diese Dauer nicht prohibitiv ist und die Bieter benachteiligt.	EFET Deutschland
18	3		fehlend: Vorgaben zur zeitlichen Frist der PQ	<p>In der Konsultation im April 2018 wurden noch Inhalte aus dem PQ-Verfahren beschrieben, diese wurden nun entfernt damit der ÜNB sie selbst nach billigem Ermessen festlegen kann. ENGIE hatte v.a. bemängelt, dass hier einseitig zu lange Fristen für die Bearbeitung der PQ-Anträge vorliegen bzw. regelmäßige Re-Präqualifizierungen zu noch mehr Arbeitsaufwand führen und damit die PQ i.d.R. volle 6 Monate oder länger dauert. Das ist nicht hinzunehmen, es muss sichergestellt sein dass diese Dauer nicht prohibitiv ist und die Bieter benachteiligt. Anbei unsere Rückmeldung aus April 2018:</p> <p>Die Änderungsvorbehalte der ÜNB und VNB gehen über die des aktuellen Vertrages hinaus. Dies lehnt ENGIE ab, insbesondere muss sichergestellt sein dass es einen deutschlandweit einheitlichen Standard gibt. Verschiedene PQ-Bedingungen in Regelzonen sind für die Regelreserveanbieter nicht hinnehmbar. Gleiches gilt für die Bearbeitungsdauer, diese ist mit 6 Monaten deutlich zu lang. Mit Blick auf den Vorschlag der ÜNB eine Re-Präqualifizierung immer nach 5 Jahren durchzuführen führt bei der aktuellen Anzahl präqualifizierter Anlagen zu einem Arbeitsaufwand von 5,5 PQs/Kalendertag. Es ist daher zu hinterfragen und keinesfalls sollte es dazu führen dass sich die Bearbeitungszeiten noch weiter verschlechtern (siehe auch Anmerkungen zu PQ-Dokument).</p>	ENGIE Deutschland
19	4			Der BDEW begrüßt, dass die Regelung zur Veröffentlichung der Anbieternamen verworfen wurde.	BDEW e. V.
20	4	Abs. 2	Reservierung von Grenzkapazitäten für Regelenergie lehnen wir ab.	Die grenzüberschreitende Kooperation von Übertragungsnetzbetreiber zur Beschaffung von Regelleistung führt unmittelbar zur Reservierung von Grenzkapazitäten, die dann dem Energiehandel nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir sehen solche Reservierung von Grenzkapazitäten kritisch; jegliche Einschränkungen des Handels sollten vermieden werden. In jedem Fall, muss eine diesbezügliche öffentliche Konsultation erfolgen, deren Ergebnisse in der Entscheidung durch die zuständige Aufsichtsbehörde berücksichtigt werden	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
21	4	Abs. 3	i) Streichung	Entelios sieht Preisgrenzen für die Abgabe von Geboten kritisch und tritt für einen freien Markt ein. Anbieter von Regelenergie dürfen nicht durch künstliche Gebotsgrenzen vom Regelenergiemarkt ausgeschlossen werden. Nach unserer Auffassung steht eine Preisobergrenze den Zielen der Bundesregierung aus dem Strommarktgesetz und der Europäischen Union aus der aktuell verhandelten Strombinnenmarktverordnung entgegen. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass extrem hohe Preise für Ausgleichsenergie wie im Oktober 2017 durch das Verhindern von Missbrauch sowie das Sicherstellen eines effektiven Wettbewerbs vermieden werden sollten. Ein effektiver Wettbewerb bei den Arbeitspreisgeboten kann insbesondere durch die zügige Einführung eines Regelarbeitsmarktes erreicht werden.	Entelios AG

22	4	Abs. 3		zu 3i) Der BDEW sieht Preisobergrenzen für die Abgabe von Angeboten kritisch. Grundsätzlich müssen in Knappheitssituationen auch Spitzen für Ausgleichsenergiepreise zugelassen werden. Dadurch werden Anreize für die eigenständige Bilanzkreisbewirtschaftung an den Spotmärkten gegeben. Anbieter von Regelernergie dürfen nicht durch künstliche Gebotsgrenzen vom Regelergiemarkt ausgeschlossen werden. Nach Auffassung des BDEW steht eine Preisobergrenze den Zielen der Bundesregierung aus dem Strommarktgesetz und der Europäischen Union aus der aktuell verhandelten Strombinnenmarkt-Verordnung grundsätzlich entgegen. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass bezuschlagte Angebote mit sehr hohen Arbeitspreisen nur bei Knappheit abgerufen werden, da solche Preisspitzen für BKV signifikante finanzielle Auswirkungen beim Einsatz von Ausgleichsenergie haben können.	BDEW e. V.
23	4	Abs. 3		EFET bedauert, dass die Vorschrift zur gemeinsamen Ausschreibung der FCR mit anderen europäischen Übertragungsnetzbetreibern aus dem Entwurf gestrichen worden ist. Dieser Punkt muss wieder eingeführt werden. Aus Sicht von EFET ist dies wünschenswert und der richtige Schritt zur Marktintegration. Dabei ist es unabdingbar, dass die PQ-Bedingungen in den teilnehmenden Ländern synchronisiert und einheitlich sind. Nur so kann verhindert werden, dass der Markt verzerrt ist.	EFET Deutschland
24	4	Abs. 3	Buchst. i) erweitern um das Vorzeichen des Arbeitspreises. Buchst. j) streichen.	Buchst. j) Die Angabe der Zahlungsrichtung des Arbeitspreises steht nicht im Einklang mit Art. 46 ff. i. V. m. Tabelle 1 der EB-VO, wonach die Zahlungsrichtung vom Vorzeichen des Arbeitspreises abhängt.	VGB PowerTech e.V.
25	4	Abs. 4	Änderung: d) Die im Angebot für ein bestimmtes Produkt genannten Preise für Leistung (Leistungspreis) und Arbeit (Arbeitspreis) gelten für die gesamte Produktzeitscheibe.	In Lit. d). sollte das „ggf.“ gelöscht werden. Es sollte grundsätzlich ein Leistungs- und Arbeitspreis angegeben werden. Die Regelung ist eindeutig und unmissverständlich. Im Fall, dass der Arbeitsmarkt nicht schließt und der ÜNB auf die Ergebnisse der Leistungspreisauktion zurückgreifen muss, ist der Preis zudem erforderlich.	UNIPER SE
26	4	Abs. 5	STREICHUNG "Dies gilt auch für Testabrufe gemäß § 33 Abs. (1) Buchstabe b der Modalitäten"	Grundsätzlich müssen alle Testabrufe (unabhängig des Regelernergieprodukts) vergütet werden. Eine abweichende Regelung führt zu einer Missbrauchsgefahr des Instrumentes des Testabrufes. Vor diesem Hintergrund müssen Testabrufe in der Bilanzkreisabrechnung berücksichtigt werden.	Lausitz Energie Kraftwerke AG
27	4	Abs. 5	BDEW fordert die Streichung: "Dies gilt auch für Testabrufe gemäß § 33 Abs. (1) Buchstabe b der Modalitäten".	Grundsätzlich müssen alle Testabrufe (unabhängig des Regelernergieprodukts) vergütet werden. Eine abweichende Regelung führt zu einer Missbrauchsgefahr des Instrumentes des Testabrufes. Vor diesem Hintergrund müssen Testabrufe in der Bilanzkreisabrechnung berücksichtigt werden.	BDEW e. V.
28	4	Abs. 5		Eine Begrenzung des Arbeitspreises bei Testabrufen ist nicht nachvollziehbar.	EFET Deutschland

29	4	Abs. 5	Streichung des folgenden Satzes: "Dies gilt auch für Testabrufe gemäß § 33 Abs. (1) Buchstabe b der Modalitäten."	<p>REstore unterstützt das Prinzip der Testabrufe, fordert jedoch, dass diese vergütet und vertraglich auf maximal einen Test pro Monat begrenzt werden:</p> <p>1) Testabrufe sind eine effiziente Möglichkeit, die Zuverlässigkeit der beschafften Reserveleistungen zu gewährleisten. Sie fungieren als eine Versicherung, und sollten als eine zusätzliche Dienstleistung betrachtet werden. Solche Tests sollten jedoch keine Verzerrungen des Leistungspreises zwischen Anbietern verursachen. Daher sollten sie von der Käuferpartei (d. H. den ÜNB) finanziert werden, die diese Verfügbarkeits-Versicherung anstreben</p> <p>2) Der aktuelle Vorschlag legt keine vertragliche Obergrenze für die Anzahl der Tests fest und garantiert nicht, dass die Testabrufe dann stattfinden, wenn das System lang ist. Dies führt zu finanziellen Risiken (mehrere Aktivierungen pro Monat, Bedarf an Kompensationsgeboten, usw.), die zusätzliche Kosten für Regelreserveanbieter verursachen</p> <p>3) Daher sollte die Anzahl der Tests begrenzt und mit dem Gebotspreis vergütet werden</p>	REstore
30	4	Abs. 8	Konkretisierung der "Relevanz" von Einschränkungen sowie Klarstellung, dass der Regelreserveanbieter seine Verpflichtung in Bezug auf den Transportweg mit Angebotsabgabe erfüllt hat und Ergänzung um höhere Gewalt.	Zur Vermeidung des unklaren Sachverhaltes zwischen Angebotsabgabe bis GCT muss die Verpflichtung des Reserveanbieters mit einem Endzeitpunkt verbunden sein. Andernfalls stellt sich die Frage, was passiert, wenn das Angebot abgegeben wurde, die GCT allerdings noch nicht erreicht ist und in diesem Zeitfenster eine Einschränkung auf dem Transportweg entsteht.	Lausitz Energie Kraftwerke AG
31	4	Abs. 8	Der BDEW schlägt folgende Änderung vor: „Der Regelreserveanbieter muss [NEU: bei Angebotsabgabe] alle...“	<p>Der BDEW sieht die Regelung sehr kritisch: Eine Zugangsbeschränkung für Anbieter bei Vorliegen von lokalen Netzengpässen ist nicht nachvollziehbar. Letztlich stellt dies ein präventives Redispatchverfahren dar, was nicht den Vorgaben des §13a EnWG sowie den Hinweisen der Beschlusskammer 6 entspricht. Des Weiteren kann es nicht die Aufgabe des Regellenergieanbieters sein, Engpässe beim Netzanschluss oder den Transportwegen bis ins Übertragungsnetz zu eruieren und zu beurteilen. Das muss in einer Abstimmung zwischen Verteilnetzbetreiber (VNB) und Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) erfolgen.</p> <p>Es sollte klargestellt werden, dass die Eingriffsmöglichkeiten der VNB nicht über eine grundsätzliche Prüfung netztechnischer Restriktionen im Rahmen der VNB-Erklärung hinausgehen.</p> <p>Zur Vermeidung des unklaren Sachverhaltes zwischen Angebotsabgabe bis Gate Closure Time (GCT) muss die Berücksichtigung des Reserveanbieters mit einem Endzeitpunkt verbunden sein.</p>	BDEW e. V.
32	4	Abs. 8		Die ÜNB machen die Freigabe des VNB für die Gebotsabgabe zur Grundlage. Dies stellt eine Zugangsbeschränkung zum Markt dar und ist nicht hinnehmbar. Zwar müssen und sollen sich ÜNB und VNB austauschen und sollten dies weiterentwickeln, jedoch darf hier kein diskriminierender Ausschluss von Anlagen erfolgen. Der Regelleistungsanbieter kann hier nicht die Konflikte der Netzbetreiber austragen, dessen Zweck ist, genau das möglich zu machen und wofür er risikofrei vergütet wird. Wenn eine Erbringung nicht möglich ist, weil der VNB einen konkreten Engpass im Netz hat, dann müssen sich VNB und ÜNB abstimmen, welches Produkt Vorrang hat und der Bieter ist für seine entgangenen Einnahmen bzw. entstandenen Mehrkosten zu entschädigen. Dies steht auch im Einklang mit der Mitteilung der BK6 zur Anwendung von Redispatch. Der Absatz ist daher zu löschen oder eine genaue Ausnahme in den Modalitäten zu formulieren.	EFET Deutschland

33	4 Abs. 8	[...] Dieser Netzbereitstellung bezieht sich nicht auf Eingriffe nach § 13 (1a) oder § 13 (2) EnWG.	Die ÜNB machen die Freigabe des VNB für die Gebotsabgabe zur Grundlage. Dies stellt eine Zugangsbeschränkung zum Markt dar und ist nicht hinnehmbar. Zwar müssen und sollen sich ÜNB und VNB austauschen und sollten dies weiterentwickeln, jedoch darf hier kein diskriminierender Ausschluss von Anlagen erfolgen. Wenn eine Erbringung nicht möglich ist, weil der VNB einen konkreten Engpass im Netz hat, dann müssen sich VNB und ÜNB abstimmen welches Produkt Vorrang hat und der Bieter ist für seine entgangenen Einnahmen bzw. entstandenen Mehrkosten zu entschädigen. Dies steht auch im Einklang mit der Mitteilung der BK6 zur Anwendung von Redispatch. Der Absatz ist dahingehend zu konsultieren, eine nicht ausreichende Erläuterung im Begleitdokument ist hier rechtlich nicht ausreichend sicher.	ENGIE Deutschland
34	4 Abs. 8	streichen	Dass Regelreserveanbieter alle ihm bekannten relevanten und geplanten Einschränkungen in den zugehörigen Netzanschlüssen (z.B. maximale Einspeise- und Bezugsleistung) und im Transportweg vom Netzanschlusspunkt bis ins Übertragungsnetz (z.B. temporäre Einschränkungen aufgrund von Netzarbeiten etc.) bei der Angebotsstellung berücksichtigen sollen, ist praxisfern. Der Anbieter hat keine Kenntnis darüber, wo welche Einschränkungen vorliegen oder gar geplant sind. Es ist eine Pflicht der Netzbetreiber dies zu prüfen, die nicht auf den Anbieter abgewälzt werden kann.	Statkraft Markets GmbH
35	4 Abs. 8	nach Satz 2 ergänzen: "Der Regelreserveanbieter ist nicht verpflichtet, selbst Nachforschungen über eventuelle Einschränkungen im Transportweg vom Netzanschlusspunkt bis ins Übertragungsnetz anzustellen. Die Forderung eines Regelreserveanbieters von Schadensersatz durch einen Netzbetreiber, wenn er nicht an der Ausschreibung teilnehmen kann, bleibt davon unberührt."	redaktionelle und juristische Klarstellung	Trianel GmbH
36	4 Abs. 8	Ergänzung: ...bis ins Übertragungsnetz (z.B. temporäre Einschränkungen aufgrund von Netzarbeiten etc.) bei der Angebotsstellung berücksichtigen, soweit diese Information dem Regelreserveanbieter 1h vor Angebotsabgabefrist vorliegt.	Der Regelreserveanbieter hat Kenntnis über relevante und geplante Einschränkungen in seinen technischen Einheiten und an den Netzanschlüssen, welche er bei der Angebotsstellung berücksichtigen kann. Die Überwachung des Transportwegs vom Netzanschlusspunkt bis ins Übertragungsnetz obliegt dem DSO bzw. TSO, nur diese haben Kenntnis über geplante Einschränkungen. Regelreserveanbieter können folglich Einschränkungen im Transportweg nur dann berücksichtigen, wenn diese auch Kenntnis darüber haben. Die Netzbetreiber müssen den Regelreserveanbieter mit einem ausreichenden Vorlauf über Einschränkungen informieren.	UNIPER SE
37	4 Abs. 8	siehe unten (Nr. 18)	siehe unten (Nr. 18)	VGB PowerTech e.V.
38	4 Abs. 8	Klar und deutlich ist diese Reihenfolge: "Der Regelreserveanbieter muss alle ihm bekannten und geplanten relevanten Einschränkungen für die Vorhaltung und Erbringung von Regelleistung in seinen technischen Einheiten, in den zugehörigen [...] unverändert [...] bei der Angebotserstellung berücksichtigen, soweit diese Information dem Regelreserveanbieter 1 h vor Angebotsabgabefrist vorliegt."	Am Anfang von Satz 1 ist etwas durcheinandergeraten, was wobei zu berücksichtigen ist. Außerdem können rein praktisch nur Informationen berücksichtigt werden, die mindestens eine Stunde vor Angebotsabgabe vorliegen.	VGB PowerTech e.V.
39	4 Abs. 9	Ergänzung: Die Zugangsberechtigung wird dem Regelreserveanbieter innerhalb von 5 Tagen nach Erhalt aller relevanten Information übermittelt.	Eine Frist für die Einrichtung des Anbieterbereiches sollte ergänzt werden. Die Zugangsberechtigung sollte dem Anbieter innerhalb von 5 Tagen nach Erhalt aller relevanten Information übermittelt werden.	UNIPER SE
40	4 Abs. 9	Ergänzung: Die Zugangsberechtigung wird dem Regelreserveanbieter innerhalb von 5 Tagen nach Erhalt aller relevanten Information übermittelt.	Eine Frist für die Einrichtung des Anbieterbereiches sollte ergänzt werden. Die Zugangsberechtigung sollte dem Anbieter innerhalb von 5 Tagen nach Erhalt aller relevanten Information übermittelt werden.	VGB PowerTech e.V.

41	4	Abs. 10	STREICHUNG "Dabei sind alle Angebote für die einzelnen Produktzeitscheiben des betreffenden Ausschreibungszeitraumes in einem Abgabevorgang als „Angebotspaket“ in die Internetplattform einzustellen."	Die Ausführung führt insbesondere bei Anlagen mit einem eingeschränkten Angebotskorridor zu einer Angebotsverkappung, da diese Anlagen nicht mehrere Regelenergieprodukte parallel anbieten können.	Lausitz Energie Kraftwerke AG
42	4	Abs. 10	Der BDEW schlägt folgende Streichung vor: „... einzustellen. [STREICHEN: Dabei sind alle Angebote für die einzelnen Produktzeitscheiben des betreffenden Ausschreibungszeitraumes in einem Abgabevorgang als „Angebotspaket“ in die Internetplattform einzustellen.] Bei ..."	Die Ausführung führt insbesondere bei Anlagen mit einem eingeschränkten Angebotskorridor zu einer Angebotsverkappung, da diese Anlagen nicht mehrere Regelenergieprodukte parallel anbieten können.	BDEW e. V.
43	4	Abs. 10		Einheitliche Regelungen aller Anschluss-ÜNB sind anzustreben	EFET Deutschland
44	4	Abs. 11		Die Gültigkeit des Angebotes sollte konkret formuliert werden. Das Angebot des Regelreserveanbieters ist bis zum offiziellen Ende der Vergabefrist gültig. Diese sollte spätestens 5 Minuten nach Ende des Regelarbeitsmarktes (1h vor Beginn der ersten Lieferviertelstunde) sein.	EFET Deutschland
45	4	Abs. 11	Präzisierung erforderlich.	Der Regelreserveanbieter sollte bis zum Ablauf der Abgabefrist auch sein Angebot komplett zurückziehen können.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
46	4	Abs. 11	§4 (11) könnte wie folgt ergänzt werden: „... längstens jedoch bis zu der in §4 (15) definierten Angebotsbindung“.	Zur besseren Übersicht.	RWE Supply & Trading GmbH
47	4	Abs. 11	Löschung von: "Nach Ablauf der Abgabefrist ist der Regelreserveanbieter bis zur Mitteilung der Vergabeentscheidung an sein Angebot gebunden."	Dieser Absatz behandelt die Angebotsabgabe. Die Gültigkeit bzw. die Bindefrist des Angebotes ist in §4 Abs. 15 geregelt. Daher sollte der letzte Satz gelöscht werden, um Missverständnisse zu vermeiden.	UNIPER SE
48	4	Abs. 11	Löschung von: "Nach Ablauf der Abgabefrist ist der Regelreserveanbieter bis zur Mitteilung der Vergabeentscheidung an sein Angebot gebunden."	Dieser Absatz behandelt die Angebotsabgabe. Die Gültigkeit bzw. die Bindefrist des Angebotes ist in §4 Abs. 15 geregelt. Daher sollte der letzte Satz gelöscht werden, um Missverständnisse zu vermeiden.	VGB PowerTech e.V.
49	4	Abs. 13	Ergänzung: Nachweislich nicht durch den Regelreserveanbieter abgegebene Angebote können nicht zu seinen Lasten gehen.	Nachweislich nicht durch den Regelreserveanbieter abgegebene Angebote können nicht zu seinen Lasten gehen. Diese Klarstellung sollte ergänzt werden.	UNIPER SE
50	4	Abs. 13	Ergänzung: Nachweislich nicht durch den Regelreserveanbieter abgegebene Angebote können nicht zu seinen Lasten gehen.	Nachweislich nicht durch den Regelreserveanbieter abgegebene Angebote können nicht zu seinen Lasten gehen. Diese Klarstellung sollte ergänzt werden.	VGB PowerTech e.V.
51	4	Abs. 15		Aus Sicht von Entelios ist die Bindefrist von 90 Minuten zu lang. Insb. mit Start der Auktion in Phase 2 um 8:00 Uhr führt dies zu zeitlichen Konflikten mit dem Großhandelsmarkt; d.h. es wird die Möglichkeit ausgeschlossen, nicht-bezuschlagte Gebote im Großhandelsmarkt anzubieten. Aus Sicht von Entelios sollte die Bindefrist auf 30 Minuten beschränkt werden.	Entelios AG
52	4	Abs. 15	Präzisierung zum Beginn der Bindefrist sowie Beendigung dieser durch Zuschlag / Ablehnung des Angebots	Sofern mit "Angebotsabgabefrist" die GCT gemeint ist, sollte diese auch als solche benannt werden. Zu gleich muss die Bindefrist mit Zuschlag bzw. Ablehnung des Angebots enden. Andernfalls würde dies zu Konflikten mit anderen Regelenergieprodukten bzw. dem Großhandelsmarkt führen, denn es würde die Möglichkeit ausgeschlossen, nicht-bezuschlagte Gebote erneut anzubieten. Nicht bezuschlagte Leistung muss nach Ablehnung anderweitig (z. B. im Minutenreservemarkt oder im Day-Ahead Markt) angeboten werden können.	Lausitz Energie Kraftwerke AG

53	4	Abs. 15	Der BDEW schlägt eine maximale Bindefrist von 30 Minuten vor.	Der BDEW sieht die Bindefrist von 90 Minuten als zu lang an; insbesondere mit Start der Auktionen in Phase 2 um 08:00 Uhr. Dies führt zu zeitlichen Konflikten mit dem Großhandelsmarkt; das heißt, es wird die Möglichkeit ausgeschossen, nicht-bezuschlagte Gebote im Großhandelsmarkt wieder anzubieten. Es muss möglich sein, nicht-bezuschlagte Leistungen nach Freigabe anderweitig (z. B. im Minutenreservemarkt oder im Day-Ahead Markt) anzubieten.	BDEW e. V.
54	4	Abs. 15	Die Bindefrist ist zu lang; diese sollte auf 30 Minuten angepasst werden.	Die Bindefrist von bis zu 90 Minuten führt bei täglicher Ausschreibung dazu, dass eine Vermarktung in anderen Märkten (Regelleistung, EOM) ausgeschlossen wird. Wir schlagen daher eine Bindefrist von maximal 30 Minuten vor.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
55	4	Abs. 15	[...] Die Angebotsbindung wird reduziert, sofern sich aus der Struktur der Ausschreibungen ein Mißverhältnis ergibt.	Die Angebotsbindung ist erfreulicherweise reduziert worden. Unter Berücksichtigung der Implementierungsfristen von 12 Monaten ist sie aber schon jetzt nicht mehr zeitgemäß: ab 2019 wird die PRL täglich und wahrscheinlich D-1 8 Uhr ausgeschrieben. Eine zeitgleiche Ausschreibung für SRL lehnt ENGIE ab und wir rechnen mit einer Anpassung dieser deadline von derzeit 8 Uhr auf z.B. 9.15 für SRL und 10.30 für MRL. Dann wäre die Gebotsbindung so anzupassen, dass die Bieter bei Nichtbezuschlagung in der PRL noch in der SRL, resp. MRL und Day Ahead Auktion bieten können. Für den Fall einer zweiten Auktion ist ohnehin der Nachmittag vorgesehen, so dass eine sehr lange Bindefrist generell nicht notwendig erscheint.	ENGIE Deutschland
56	4	Abs. 15	Die Angebotsbindung wird auf maximal 60 Minuten nach Ablauf der für die betreffende Ausschreibung festgelegten Angebotsabgabefrist begrenzt (Bindefrist).	Statkraft begrüßt grundsätzlich, dass die Angebotsbindung von 4 Stunden auf 90 Minuten verkürzt wurde. Noch effektiver wäre es, diese Frist auf maximal 1 Stunde zu begrenzen, so dass die Vermarktung eines Kraftwerks bei einer fehlgeschlagenen aFRR-Auktion zumindest noch in einer mFRR-Auktion möglich wäre, bzw. nach einer fehlgeschlagenen mFRR-Auktion das Kraftwerk in der Spot-Auktion vermarktet werden könnte.	Statkraft Markets GmbH
57	4	Abs. 18	Präzisierung erforderlich hinsichtlich Information der Marktteilnehmer.	In diesem Fall, sollten die Marktteilnehmern auf alle Fälle direkt informiert werden; eine bloße Information auf der Internetplattform reicht nicht aus.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
58	4	Abs. 19	[...]aktiv per Telefon und Mail durch die ÜNB informiert. [...]	Es ist aufzunehmen über welchen Weg hier informiert werden soll. Wir schlagen den direkten Kontakt vor, damit es bundesweit einheitlich organisiert wird.	ENGIE Deutschland
59	4	Abs. 20	Streichen von 20 a)	Die Formulierung "auffälliges preisliches Missverhältnis" ist zu unkonkret und bietet den ÜNB einen sehr weiten Spielraum zum Ausschluss von Angeboten. Dies erscheint nicht notwendig, solange sowohl Arbeits- als auch Leistungspreise in der Auktion berücksichtigt werden.	Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V. (bne)
60	4	Abs. 20	a) Streichung	Das Verständnis zu einem „preislichen Missverhältnis“ wird nicht erklärt. Die ÜNB würden durch diesen Punkt ermächtigt, eigenmächtig und unabhängig vom Auktionsergebnis Anbieter zu diskriminieren. Durch die Auktionsregeln ist bereits sichergestellt, dass nur Angebote mit bestimmten Leistungs- und Arbeitspreishöhen ausgewählt werden. Dieser Vorbehalt sollte daher gelöscht werden.	Entelios AG
61	4	Abs. 20	ENTWEDER STREICHUNG "a) Angebote, die ein auffälliges preisliches Missverhältnis hinsichtlich des Leistungspreises oder hinsichtlich des Arbeitspreises aufweisen, von der Vergabe auszuschließen." ODER ERGÄNZUNG um eine eindeutige und abschließende Definition des Missverhältnisses	Es ist nicht nachvollziehbar, was ein auffälliges preisliches Missverhältnis sein soll. Hierzu müsste es vorher festgelegte, ganz konkrete Regeln geben. Wenn ein Bieter im Rahmen der erlaubten Grenzen arbeitet, dann müssen die Gebote auch gültig sein.	Lausitz Energie Kraftwerke AG

62	4	Abs. 20	Zu 20a) Der BDEW schlägt die Streichung vor.	Es ist nicht nachvollziehbar, was ein auffälliges preisliches Missverhältnis sein soll. Hierzu müsste es vorher festgelegte, ganz konkrete Regeln geben. Wenn ein Anbieter im Rahmen der erlaubten Grenzen arbeitet, dann sollten die Gebote auch gültig sein. Weiter sieht der BDEW nicht, dass es die Aufgabe der ÜNB ist Entscheidungen über Vergabeausschlüsse zu treffen.	BDEW e. V.
63	4	Abs. 20	Zu 20b) Der BDEW schlägt vor, dass die Regelung zumindest für beide Seiten möglich sein muss.	Absatz b) erlaubt lediglich den ÜNB ein irrtümliches Gebot wieder zurückzuziehen. Dies muss auch den Anbietern ermöglicht werden. Im Übrigen ist es nicht sachgerecht, in einem solchen Fall (der ÜNB hat einen irrtümlichen Bedarf veröffentlicht), dass die Vergabe mit den auf Basis des irrtümlichen Bedarfs abgegebenen Geboten erfolgt. Es muss dann einen neuen Aufruf zur Abgabe von Geboten (auf Basis des korrekten Bedarfs) erfolgen.	BDEW e. V.
64	4	Abs. 20		Die ÜNB schlagen vor, dass Bieter aussortiert werden können. Dies lehnt EFET ab. Der Rahmen für die Ausschreibung und Bezuschlagung muss so gestaltet sein, dass Marktmanipulation nicht möglich ist. Daher ist es nicht nachvollziehbar, warum die ÜNB mit der BNetzA Anbieter ausschließen möchten, die sich erfolgreich präqualifiziert haben. Nicht nachvollziehbar wäre hier schon, wie die in der Regel zeitkritische Abstimmung mit der BNetzA, z.B. an Nicht-Werktagen, sichergestellt werden soll. Sollte es wenig Angebot geben müssen die Preise für Regelreserve diese Knappheit auch widerspiegeln können. Wenn die Gebotsabgabe ein Fall für die Missbrauchsaufsicht wäre, so sollte das Kartellamt bzw. die Markttransparenzstelle ohnehin von Amts wegen tätig werden.	EFET Deutschland
65	4	Abs. 20	Buchstabe a: Streichung der Passage.	Grundsätzlich präferieren wir die Streichung dieser Passage. Es ist nicht ersichtlich, was ein „auffälliges preisliches Missverhältnis“ darstellt sollte. Im Übrigen kann es nicht im Ermessen der ÜNB liegen, ein solches zu bestimmen und einzelne Gebote entsprechend zu bewerten.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
66	4	Abs. 20	Buchstabe b: Ablehnung und Einführung Vorgabe für einen Neuaufruf.	Wir sehen es nicht als sachgerecht an, in einem solchen Fall (der ÜNB hat einen irrtümlichen Bedarf veröffentlicht), dass die Vergabe mit den auf Basis des irrtümlichen Bedarfs abgegebenen Geboten erfolgt. In einem solchen Fall muss es einen neuen Aufruf zur Abgabe von Geboten (auf Basis des korrekten Bedarfs) geben.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
67	4	Abs. 20	a) zu streichen	Die ÜNB schlagen vor, dass Bieter aussortiert werden können. Dies lehnt ENGIE ab. Sicherlich erscheint es auf den ersten Blick pragmatisch einen möglichen Schaden von vornherein für Netznutzer und BKV zu vermeiden, jedoch ist diese Art von Marktaufsicht nicht Aufgabe des Monopolbereiches Netz. Der Rahmen für die Ausschreibung und Bezuschlagung muss so gestaltet sein, dass Marktmanipulation nicht möglich ist. Daher ist es nicht nachvollziehbar, warum die ÜNB mit der BNetzA Anbieter ausschließen möchten, die sich erfolgreich präqualifiziert haben. Auch ist fraglich, ab wann ein Angebot zu teuer ist: ist ein Leistungspreis von 999.999 EUR/MW bei Knappheit zu hoch oder wäre ein Leistungspreis von 821.632 EUR/MW noch angemessen? Sollte es wenige Angebote geben müssen die Preise für Regelreserve diese Knappheit auch widerspiegeln können. Wenn die Gebotsabgabe ein Fall für die Mißbrauchsaufsicht wären, so sollten das Kartellamt bzw. die Markttransparenzstelle ohnehin von Amts wegen tätig werden. Sollte ein Bieter wegen mißbräuchlichem Verhalten verurteilt werden, so sollte dieser auch für den entstandenen Schaden aufkommen müssen.	ENGIE Deutschland

68	4	Abs. 20	Streichung von Punkt a) ÜNB-Vorbehalt, Angebote, die ein auffälliges preisliches Missverhältnis hinsichtlich des Leistungspreises oder hinsichtlich des Arbeitspreises aufweisen, von der Vergabe auszuschließen.	<p>REstore fordert die Streichung dieses Absatzes:</p> <p>1) Das Konzept eines "auffälligen preislichen Missverhältnisses" ist nicht definiert</p> <p>2) Die ÜNB würden durch diesen Artikel befugt, eigenständig und ungeachtet des Auktionsergebnisses zwischen Regelreserveanbietern zu diskriminieren</p> <p>3) Die Auktionsregeln stellen bereits sicher, dass nur Angebote mit bestimmten Leistungs- und Arbeitspreisen ausgewählt werden</p>	REstore
69	4	Abs. 20	§4(20)(a) sollte entfernt werden.	<p>ÜNBs erhalten hier die Möglichkeit, Angebote mit „auffälligem preislichem Missverhältnis“ auszuschließen. Die Regelung lässt erheblichen Interpretationsspielraum. Wir lehnen diese Regelung ab, da sie privatwirtschaftlichen Unternehmen die kaum eingeschränkte Möglichkeit gibt, einzelne Marktteilnehmer aus dem Markt auszuschließen.</p>	RWE Supply & Trading GmbH
70	4	Abs. 20	§4(29)(b): Die Regelung sollte für beide Seiten möglich sein. Vor der Vergabe sollte der korrigierte Bedarf veröffentlicht und die Auktion auf dieser Basis wiederholt werden.	<p>Absatz b) erlaubt lediglich den ÜNB ein irrtümliches Gebot wieder zurückzuziehen. Dies sollte auch den Anbietern ermöglicht werden.</p> <p>Es ist nicht sachgerecht, in einem solchen Fall (der ÜNB hat einen irrtümlichen Bedarf veröffentlicht) die Vergabe mit den auf Basis des irrtümlichen Bedarfs abgegebenen Geboten aber nur zum korrigierten Bedarf durchzuführen. Ein neuer Aufruf zur Abgabe von Geboten (auf Basis des korrekten Bedarfs) wäre sachgerechter.</p>	RWE Supply & Trading GmbH
71	4	Abs. 20	streichen	<p>Die ergänzenden Regelungen erweitern die Befugnisse der ÜNB erheblich. Es muss vermieden werden, dass die Marktaufsicht auf die ÜNB übergeht. Wenn die Gebotsabgabe ein Fall für die Missbrauchsaufsicht wäre, sollte das Bundeskartellamt bzw. die Markttransparenzstelle tätig werden. Ohnehin fraglich ist, was ein auffälliges preisliches Missverhältnis ist. Dies sollte näher spezifiziert werden. War im ursprünglichen Entwurf noch eine Abstimmung mit der BNetzA vorgesehen, fehlt diese hier völlig.</p>	Statkraft Markets GmbH
72	4	Abs. 20	a) streichen	<p>Es ist unklar, was ein auffälliges preisliches Missverhältnis sein soll bzw. nach welchen Kriterien die ÜNB ein solches erkennen wollen. Hierzu müsste es vorher festgelegte konkrete Regeln geben. Wenn ein Anbieter im Rahmen der erlaubten Grenzen arbeitet, dann müssen die Gebote auch gültig sein. Leistungspreise von über 100.000 €/MW/4h können durchaus notwendig sein, denn die fehlende Möglichkeit Blockgebote abzugeben beinhaltet die Gefahr, nur 1 MW zugeschlagen zu bekommen. Mit der Vermarktung dieses Megawatts müssen aber die hohen Startkosten beispielsweise einer GuD-Anlage bezahlt werden.</p> <p>Wird der Buchstabe nicht gestrichen, müssten zumindest Kriterien für Marktmissbrauch genannt werden, die reine Höhe eines Gebots ist dafür nicht ausreichend. Diese Aufgabe den Gerichten in späteren Klageverfahren zuzuschieben, halten wir nicht für angemessen.</p>	Trianel GmbH
73	4	Abs. 20	Löschung von Lit. a).	<p>Die Regelungen unter Lit. a) sind nicht erforderlich und insbesondere nicht sachgerecht. Durch die technischen Preisgrenzen ist das finanzielle Risiko für den Netzbetreiber und den Anbieter bereits begrenzt. Ein zusätzlicher Schutz des Anbieters oder des Netzbetreibers scheint im Zuge einer Auktion nicht erforderlich. Zudem ist ein „auffälliges preisliches Missverhältnis“ ein unbestimmter Rechtsbegriff. Es kann davon ausgegangen werden, dass bei Anwendung dieser Regelung eine gerichtliche Überprüfung erforderlich sein wird. Außerdem ist der Zweck dieser Regelung nicht ersichtlich.</p>	UNIPER SE

74	4	Abs. 20	Änderung von Lit. b) "im Falle eines irrtümlich falsch veröffentlichten Bedarfs erfolgt die Wiederholung der Ausschreibung."	Eine nachträgliche Änderung des Bedarfs aufgrund eines Irrtums ist ein nicht transparenter Prozess, da eine wesentliche Ausgangsgröße des Angebotes, die ausgeschriebene Menge, nachträglich für den Anbieter nicht nachvollziehbar geändert wird. Die ausgeschriebene Menge hat einen wesentlichen Einfluss auf den Angebotspreis, dies gilt besonders bei dem pay as bid Verfahren. Daher kann die Bezuschlagung nur auf Basis der irrtümlichen Menge erfolgen oder die Auktion wird für ungültig erklärt und wiederholt.	UNIPER SE
75	4	Abs. 20	Löschung von Lit a.	Die Regelungen unter Lit. a sind nicht erforderlich und insbesondere nicht sachgerecht. Durch die technischen Preisgrenzen ist das finanzielle Risiko für den Netzbetreiber und den Anbieter bereits begrenzt. Ein zusätzlicher Schutz des Anbieters oder des Netzbetreibers scheint im Zuge einer Auktion nicht erforderlich. Zudem ist ein „auffälliges preisliches Missverhältnis“ ein unbestimmter Rechtsbegriff. Es kann davon ausgegangen werden, dass bei Anwendung dieser Regelung eine gerichtliche Überprüfung erforderlich sein wird. Außerdem ist der Zweck dieser Regelung nicht ersichtlich.	VGB PowerTech e.V.
76	4	Abs. 20	Änderung von Lit. b) "im Falle eines irrtümlich falsch veröffentlichten Bedarfs erfolgt die Wiederholung der Ausschreibung."	Eine nachträgliche Änderung des Bedarfs aufgrund eines Irrtums ist ein nicht transparenter Prozess, da eine wesentliche Ausgangsgröße des Angebotes, die ausgeschriebene Menge, nachträglich für den Anbieter nicht nachvollziehbar geändert wird. Die ausgeschriebene Menge hat einen wesentlichen Einfluss auf den Angebotspreis, dies gilt besonders bei dem pay as bid Verfahren. Daher kann die Bezuschlagung nur auf Basis der irrtümlichen Menge erfolgen oder die Auktion wird für ungültig erklärt und wiederholt.	VGB PowerTech e.V.
77	4	Abs. 21	Der BDEW schlägt eine Vergabefrist von 5 Minuten nach Gate Closure vor.	Die Vergabefrist muss konkret festgelegt werden.	BDEW e. V.
78	4	Abs. 21		Die Vergabefrist muss konkret festgelegt werden. Wir schlagen eine Vergabefrist von 5 Min. nach GCT vor. In der täglichen Auktion sind FCR, aFRR und mFRR mit jeweils einer Stunde Abstand vorgesehen. Hier muss den Anbietern auch ausreichend Zeit zur Vorbereitung des folgenden Angebots eingeräumt werden.	EFET Deutschland
79	4	Abs. 21	Präzisierung erforderlich hinsichtlich Information der Marktteilnehmer.	Wir sind der Auffassung, dass die Marktteilnehmer auch direkt informiert werden sollten (eine bloße Information auf der Internetplattform reicht nicht).	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
80	4	Abs. 21	Festlegung der Vergabefrist auf 5 Minuten nach GTC.	Die Vergabefrist sollte konkret festgelegt werden. Wir schlagen eine Vergabefrist von 5 min nach GCT vor. In der täglichen Auktion sind FCR, aFRR und mFRR mit jeweils einer Stunde Abstand vorgesehen. Hier muss den Anbietern auch ausreichend Zeit zur Vorbereitung des folgenden Angebots eingeräumt werden.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
81	4	Abs. 22	Ergänzung: "...unverzüglich per E-Mail unter Wahrung der Bindefrist an die vereinbarte Kontaktstelle übermittelt."	Zur Klarstellung sollte ergänzt werden, dass die Mitteilung per Email unter Wahrung der Bindefrist nach § 4 Ziffer 15 erfolgt.	UNIPER SE
82	4	Abs. 22	keine Änderung	Im Zuge der internen Bearbeitung bei VGB Änderungsvorschlag verworfen	VGB PowerTech e.V.
83	4	Abs. 26	Die ÜNB lehnen einen Sekundärmarkt u. a. mit Verweis auf geringe Liquidität bei kurzen 4-Stunden-Zeitscheiben ab. Der BDEW hat im April 2015 bereits erläutert, dass ein Sekundärmarkt vielversprechende positive Auswirkungen hätte. Die Möglichkeit die Einführung offen zu lassen, wird jedoch leider nicht aktiv angegangen		BDEW e. V.

84	4	Abs. 26	Streichung des Absatzes. Eine poolinterne, regelzoneninterne und regelzonenübergreifende Besicherung muss sowohl für FCR als FRR gestattet sein, (siehe § 17, § 26 und § 35 der Modalitäten).	<p>REstore begrüßt die Möglichkeit, die Erbringung von aFRR sowie mFRR LFR Zonen übergreifend zu besichern; Der gleiche Ansatz sollte ebenfalls für FCR Anwendung finden</p> <p>1) Marktteilnehmer unterschiedlicher Größe und aus verschiedenen Ländern konkurrieren bereits heute oder in naher Zukunft auf den gemeinsamen grenzübergreifenden Regelreserveplattformen (FCR Kooperation, PICASSO, MARI). Die ÜNB rufen Angebote auf Grundlage ihres Preises ab, im Rahmen der Import- und Exportgrenzen. Diese Preise decken unter anderem die Kosten zur Besicherung des Ausfallrisikos ab, welche je nach Größe des Marktteilnehmers stark variieren können.</p> <p>2) Dies kann zu erheblichen Unterschieden der gebotenen Gesamtkosten führen: In der Praxis kann ein Marktteilnehmer aufgrund eines begrenzten Zugangs zu regelzonenübergreifenden oder gar grenzüberschreitenden Besicherungsmöglichkeiten bis zu 15% an zusätzlichen Kosten tragen. In einem hart umkämpften Markt wie in Deutschland kann dies zu erheblichen Marktverzerrungen führen.</p> <p>3) Der regulatorische Rahmen sollte Anbieter mit Einzelanlagen oder kleinem Anlagenpark im Vergleich zu etablierten Anbietern nicht benachteiligen. Dies stünde im Widerspruch zu EBGL Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e, der unzulässige Markteintrittsbarrieren für neue Marktteilnehmer untersagt.</p>	REstore
85	4	Abs. 26	Streichung des Absatzes. Eine poolinterne, regelzoneninterne und regelzonenübergreifende Besicherung muss sowohl für FCR als FRR gestattet sein, (siehe § 17, § 26 und § 35 der Modalitäten).	<p>(Fortsetzung der Begründung:)</p> <p>4) Beachtenswert ist, dass dieser Sachverhalt in jüngster Vergangenheit von der Bundesnetzagentur anerkannt wurde. Im Rahmen der Festlegungen BK6-15-158 und BK6-15-159 stellt die deutsche Regulierungsbehörde fest, dass insbesondere kleinere Marktteilnehmer die von den regelzonenverantwortlichen ÜNB geforderte 100%ige Verfügbarkeit ihrer angebotenen Kapazitäten ohne eine Besicherung ihrer Anlagen durch Dritte nicht sicherstellen können. Daher fordert die Bundesnetzagentur die ÜNB dazu auf, die regelzonenübergreifende Besicherung mittels präqualifizierter Anlagen des Anbieters oder Dritter für aFRR und mFRR ab dem 12. Juli 2019 einzuführen. Diese Entscheidung wurde im Rahmen des vorliegenden Vorschlags der ÜNB bereits berücksichtigt (siehe §26 und §35).</p> <p>5) Ein vergleichbarer Ansatz sollte daher auch für den FCR-Markt gelten, um Marktteilnehmern unabhängig von Größe oder Standort Zugang zu gleichen Bedingungen zur Besicherung ihres Ausfallrisikos zu bieten.</p> <p>6) Im Sinne der EBGL Artikel 3 (1) (a) und 3 (1) (c) sollte die BNetzA daher eine LFR Zonen übergreifende Besicherung von FCR-Erbringung ermöglichen, um den wirksamen Wettbewerb, die Integration der Regelreservemärkte sowie den Austausch von Regelreserve zu fördern.</p>	REstore
86	4	Abs. 26	"Die Übertragung der Vorhalteverpflichtung auf einen anderen Anbieter ist nicht gestattet, womit nicht der Eigentümer oder Betreiber der Anlage zur Erbringung von Regelleistung gemeint ist. Ausgenommen ist ..."	Klarstellung, dass der Betrieb von Pools weiterhin erlaubt ist.	Trianel GmbH
87	5	Abs. 1	Die Zuordnung von technischen Einheiten zu Reserveeinheiten /-gruppen sollte dynamisch zum Viertelstundenwechsel festgelegt werden können.	Eine fixe Festlegung bereits im Rahmen der Präqualifikation führt zu Einschränkungen hinsichtlich der Flexibilität des Maschineneinsatzes.	BDEW e. V.
88	5	Abs. 1		Die Zuordnung von technischen Einheiten zu Reserveeinheiten /-gruppen sollte dynamisch zum Viertelstundenwechsel festgelegt werden können. Eine fixe Festlegung bereits im Rahmen der Präqualifikation führt zu Flexibilitätseinschränkungen	EFET Deutschland

89	5	Abs. 1	Die Zuordnung von technischen Einheiten zu Reserveeinheiten /-gruppen sollte dynamisch zum Viertelstundenwechsel festgelegt werden können.	Die Zuordnung von technischen Einheiten zu Reserveeinheiten /-gruppen sollte dynamisch zum Viertelstundenwechsel festgelegt werden können. Eine fixe Festlegung bereits im Rahmen der Präqualifikation führt zu Einschränkungen hinsichtlich der Flexibilität des Maschineneinsatzes.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
90	5	Abs. 1	Ergänzung um die Bestimmungen und Bedingungen zur Aggregation von Verbrauchsanlagen, Energiespeicheranlagen und Gesamteinrichtungen zur Stromerzeugung in einem Fahrplangebiet als Regelreserveanbieter	Nach Art. 18 (5) lit c) EB-VO müssen die Bestimmungen zur Aggregation in den Modalitäten selbst enthalten sein. Die Mitteilung, diese würden anderswo (in den PQ-Bedingungen) festgelegt, genügt nicht.	VGB PowerTech e.V.
91	5	Abs. 2	Ab dem 12.07.2019 ist die regelzonenübergreifende Besicherung bei SRL (aFRR) und MRL (mFRR) möglich.	Diese Regelung wurde in den Festlegungen der BK6 mit den Nummern BK6-15-158 und BK6-15-159 bereits festgelegt und ist hier einzufügen. Die ÜNB weisen zu Beginn des Dokumentes darauf hin, dass verschiedene Dokumente zusammengefasst werden sollen, dies sollte dann auch die bereits bestehenden Rechtsgrundlagen berücksichtigen. Oder soll alternativ dann erneut die Bedingungen geändert werden? Wenn ja, stößt dies die Regulierungsbehörde selbst an oder der ÜNB? ENGIEEFET wünscht sich hier mehr Klarheit und plädiert für eine Aufnahme des Passus, um Anpassungen bereits während der 12-monatigen Implementierungszeit zu vermeiden.	EFET Deutschland
92	5	Abs. 2	neuer Absatz einzufügen: Ab dem 12.07.2019 ist die regelzonenübergreifende Besicherung bei SRL (aFRR) und MRL (mFRR) möglich.	diese Regelung wurde in den Festlegungen der BK6 mit den Nummern BK6-15-158 und BK6-15-159 bereits festgelegt und ist hier einzufügen. Die ÜNB weisen zu Beginn darauf hin, dass verschiedene Dokumente zusammengefasst werden sollen. Dies sollte dann auch die bereits bestehenden Rechtsgrundlagen der Beschlusskammer 6 berücksichtigen, da sonst unklar ist welche Festlegung bzw. Genehmigung im Falle gegensätzlicher Regelungen Vorrang hat. Darüber hinaus sollte Regelung auch für die PRL gelte und bitten dies im Rahmen des Modalitätenprozesses zu prüfen und zu harmonisieren.	ENGIE Deutschland
93	5	Abs. 2	Satz 3: "Innerhalb desselben Pools eines Anbieters können Anlagen auch innerhalb einer Viertelstunde durch andere ersetzt werden."	redaktionelle Klarstellung	Trianel GmbH
94	6		In den Modalitäten ist aufzunehmen, dass der Abruf der Regelreserve in Abstimmung mit dem ANB unter Berücksichtigung des zwischen ÜNB und VNB abgestimmten Koordinationsmechanismus für Flexibilitätsprozesse erfolgt.	Der BDEW begrüßt, dass die Liste klarer strukturiert wurde. Die geforderten Stammdaten müssen identisch mit den im Rahmen von SO-GL geforderten Daten sein. Anschlussnetzbetreiber (ANB) sollten in den Abrufprozess der Regelreserve einbezogen werden, wenn dieser nicht der anfordernde ÜNB ist. Die einmalige Bestätigungserklärung durch den Anschlussnetzbetreiber reicht hierzu nicht aus, sondern sollte hinsichtlich des Abstimmungsprozesses zwischen ANB und ÜNB im Abruffall erweitert werden. Damit jeder Netzbetreiber die Verantwortung für die Stabilität in seinem eigenen Netz gewährleisten kann, darf es nicht zu unabgestimmten Eingriffen aus benachbarten, vor- oder nachgelagerten Netzen kommen. Hierzu ist ein Koordinationsmechanismus zwischen den Markttrollen erforderlich.	BDEW e. V.
95	6			Der Regelreserveanbieter soll hier den Anschluss-VNB sowie weitere zwischengelagerte VNB über die Teilnahme am Regelreservemarkt informieren und sich abstimmen. Die VNB haben in diesem Markt keine Funktion, daher kann er die Daten des Regelreserveanbieters ausschließlich für Netzsicherheitsberechnungen benötigen. EFET Deutschland fordert, dass die Netzbetreiber diese Daten untereinander direkt austauschen. Der Regelreserveanbieter hat dem präqualifizierenden ÜNB hierfür eine Vollmacht und Freigabe bzgl. der Weiterleitung der relevanten Daten auszustellen. Dies ist auch wichtig, um die Informationskaskade der Netzseite nicht zu stören. Der Bieter wird durch diese Abstimmungen in die Diskussion um Informationshoheit der Daten und Systemsicherheit, die aktuell zwischen VNB und ÜNB stattfindet, hineingezogen. Siehe auch Kommentar zu Artikel 4 Abs. 9.	EFET Deutschland

96	6		Grundsätzlich muss sichergestellt sein, dass die geforderten Stammdaten identisch mit im Rahmen von System Operation Guideline geforderten Daten sind.	Mehraufwand minimieren	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
97	6	Abs. 1	Der BDEW empfiehlt daher § 6 (1) entsprechend zu streichen.	Der BDEW sieht die Regelungen kritisch. Die Koordination zwischen VNB und ÜNB kann nicht auf den Anlagenbetreiber bzw. Regelreserveanbieter übertragen werden. Der Regelreserveanbieter soll hier den Anschluss-VNB sowie weitere zwischengelagerte VNB über die Teilnahme am Regelreservemarkt informieren und sich abstimmen. Der BDEW fordert, dass die Netzbetreiber Daten untereinander direkt austauschen. Der Regelreserveanbieter hat dem präqualifizierenden ÜNB hierfür eine Vollmacht und Freigabe bzgl. der Weiterleitung der relevanten Daten auszustellen. Dies ist auch wichtig, um die Informationskaskade der Netzseite nicht zu stören. Die Anbieter würden durch die vorgeschlagenen Vorgaben in die Diskussionen um Informationshoheit der Daten und Systemsicherheit, die aktuell zwischen VNB und ÜNB statt-findet, hineingezogen; dies sollte nicht erfolgen.	BDEW e. V.
98	6	Abs. 1	Wir schlagen die Streichung dieses Absatzes vor.	Zum einen ist es nicht Aufgabe des Reserveanbieters, die Koordination zwischen Anschluss-ÜNB und VNB zu übernehmen. Zum anderen ist die Vorgabe viel zu unspezifisch („Daten und Information“).	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
99	6	Abs. 1	streichen: sowie gegebenenfalls dem Reserven anschließendem VNB	Der Regelreserveanbieter soll hier den Anschluss-VNB sowie weitere zwischengelagerte VNB über die Teilnahme am Regelreservemarkt informieren und sich abstimmen. Die VNB haben in diesem Markt keine Funktion, sondern bestätigen lediglich dass sie einer Teilnahme zustimmen. Daher kann er die Daten des Regelreserveanbieters ausschließlich für Netzsicherheitsberechnungen benötigen. ENGIE Deutschland fordert, dass die Netzbetreiber diese Daten untereinander direkt austauschen. Der Regelreserveanbieter hat dem präqualifizierenden ÜNB hierfür eine Vollmacht und Freigabe bzgl. der Weiterleitung der relevanten Daten auszustellen. Dies ist auch wichtig, um die Informationskaskade der Netzseite nicht zu stören.	ENGIE Deutschland
100	6	Abs. 2	b) streichen: 1. "ein Erbringungskonzept," 2. "ein Konzept zur informationstechnischen Anbindung" 3. "und weiteren Tests"	zu 1.: In der laufenden Konsultation der PQ-Bedingungen durch die ÜNB ist noch offen, was ein "Erbringungskonzept" genau sein soll und ob es zwingend erforderlich ist. zu 2.: Das IT-Konzept ist Gegenstand des Qualifikationsverfahrens eines Anbieters und darf nicht bei der Präqualifikation jeder einzelnen Anlage erneut Prüfungsgegenstand sein. zu 3.: Es ist unklar, welche weiteren Tests hier gemeint sind. Auch in der aktuellsten Konsultationsfassung der PQ-Bedingungen wird dieser Begriff nicht verwendet.	Trianel GmbH
101	6	Abs. 5	Ergänzung: "... während des Betriebes des Regelreservemarkts für die Dauer jedes Einzelvertrages die in ..."	Der Regelreservemarkt wird von den Übertragungsnetzbetreiber permanent betrieben, die Reserveanbieter sollten sinnvollerweise die in § 8 genannten Daten nur für Erbringungszeiträume bereitstellen müssen.	VGB PowerTech e.V.
102	7	Abs. 1	"... des Anschluss-ÜNB einen oder mehrere Bilanzkreise je Regelreserveart zu benennen. Alle Gebote eines Regelreserveanbieters werden diesen Bilanzkreisen zugeordnet."	redaktionelle Klarstellung, dass auch mehrere Bilanzkreise verwendet werden können, z. B. einer pro Pool und pro Regelart	Trianel GmbH
103	7	Abs. 1	Der Regelreserveanbieter ist verpflichtet, ... einen Bilanzkreis ... für jede Regelreserveart zu benennen."	Die bisherige Formulierung "je Regelreserveart" widerspricht Satz 2, nach dem ein Bilanzkreis für mehrere Reservearten verwendet werden kann.	VGB PowerTech e.V.

104	8			Die PQ-Bedingungen sehen bereits regelmäßige Datenbereitstellung an den ÜNB vor. Zusätzliche Nachweise dürfen nur erforderlich sein, wenn die zusätzlich angeforderten Daten in der regelmäßigen Datenbereitstellung nicht enthalten sind; der ÜNB muss ihre Notwendigkeit begründen.	BDEW e. V.
105	8		Grundsätzliche Anmerkung: Die PQ-Bedingungen sehen bereits regelmäßige Datenbereitstellung an den ÜNB vor. Ebenso werden bereits viele Datenmeldungen durch den ERRP-Meldeprozess abgedeckt. Zusätzliche Datenlieferungen und Nachweise dürfen nur erforderlich sein, wenn die zusätzlich angeforderten Daten in der regelmäßigen Datenbereitstellung nicht enthalten sind; der ÜNB muss ihre Notwendigkeit begründen.	Mehraufwand minimieren.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
106	8	Abs. 3		Siehe auch Kommentar zu 6.3. Der Regelreserveanbieter meldet seine Fahrpläne an den ÜNB, diese liegen ihm also ohnehin vor. Die am Zählpunkt gemessenen Daten liegen beim Anschluss-VNB vor, der Regelreserveanbieter muss sie also nicht zusätzlich an die Netzseite melden. Sollte ein eigener Zähler verbaut sein, der die Messung innerhalb eines Zählpunktes differenziert, sind diese selbstverständlich zu melden.	EFET Deutschland
107	8	Abs. 3	[...] Sofern die benötigten Daten auf Netzseite bereits vorhanden sind, muss der Bieter diese nicht erneut an den ÜNB senden.	Der Regelreserveanbieter meldet seine Fahrpläne an den ÜNB, diese liegen ihm also ohnehin vor. Die am Zählpunkt gemessenen Daten liegen beim Anschluss-VNB vor, der Regelreserveanbieter muss sie also nicht zusätzlich an die Netzseite melden. Sollte ein eigener Zähler verbaut sein, der die Messung innerhalb eines Zählpunktes differenziert, sind diese selbstverständlich zu melden.	ENGIE Deutschland
108	8	Abs. 4	Präzisierung erforderlich.	Im Rahmen der PQ-Bedingungen werden sowohl online als auch offline bereits umfangreiche Daten geliefert. Weitere Nachweise sollten im Regelfall nicht erforderlich sein und sind seitens des ÜNB zu begründen.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
109	8	Abs. 4	Klarstellung erforderlich, Wann findet diese Regelung Anwendung?	Im Anhang D wird die kontinuierliche Datenlieferung beschrieben. Dies ist ein gewisser Widerspruch zum §8 Abs. 4.	UNIPER SE
110	9	Abs. 1	streichen	Ist schon in § 4 Abs. 3 e) geregelt. Oder was ist mit "Standardprodukt" und "spezifisches Produkt" sonst gemeint? Diese undefinierten Begriffe werden in dem Dokument sonst nicht verwendet.	Trianel GmbH
111	9	Abs. 2		Bereits mit ERRP-Fahrplänen abgedeckt	EFET Deutschland
112	9	Abs. 2		Eine detaillierte Meldung nach ERRP/KWEP wäre für eine große Zahl von Kleinanlagen vom Aufwand her unmöglich, auch liegen die jeweiligen Daten nicht permanent vor. Mitunter wird bei der Vermarktung Dritter, nur die Vorhaltung des vereinbarten Leistungsbandes verabredet, weitere Planungsdaten sind nicht verfügbar. Stattdessen obliegt es dem Anlagenbetreiber, seinen Betrieb im Intraday so anzupassen, dass die kontrahierte Regelleistung sicher erbracht werden kann. Somit wären die Daten beim Anlagenbetreiber zu erheben, nicht beim Regelenenergievermarkter.	ENGIE Deutschland
113	9	Abs. 2	streichen	Es ist unklar, welche "analoge Meldepflichten" hier gemeint sind. Weitere Meldungen pro Anlage ohne Klarheit über Umfang, Häufigkeit, Weg, Datenformat usw. lehnen wir ab.	Trianel GmbH
114	10	Abs. 1		Mit dem hier vorgeschlagenen Verfahren besteht die Gefahr, dass es aufgrund der Kappung der Abrechnungsmenge auf Basis des Sollwertintegrals der letzten 5 Minuten zu einer Buchung von Ausgleichsenergiemengen kommt, obwohl ein Pool innerhalb des Akzeptanzkanals geliefert hat. Diese Lösung ist deshalb unbefriedigend.	Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V. (bne)

115	10	Abs. 1	Abwicklung der Bilanzkreis Korrektur zwischen ÜNB und Anbieter für die Viertelstunden, in denen ein Abruf erfolgt ist, weiterhin auf Basis der Istwerte und Trennung von den abzurechnenden Mengen.	<p>Die Abwicklung der Bilanzkreis Korrektur zwischen ÜNB und Anbieter für die Viertelstunden, in denen ein Abruf erfolgt ist, sollte weiterhin auf Basis der Istwerte erfolgen und von den abzurechnenden Mengen getrennt werden.</p> <p>Gemäß dem Beschluss 6 - Az. BK6-17-046 der BNetzA zur Regelleistungserbringung durch Letztverbraucher ist mit dem Bilanzkreis der erbringenden Technischen Einheit eine Korrektur auf Basis der Istwerte vorzunehmen. Im aktuellen Entwurf zur SRL-Abrechnung ist eine Bilanzkreis Korrektur zwischen ÜNB und Regelleistungsanbieter jedoch auf Basis der abzurechnenden Energiemengen vorgesehen.</p> <p>Hier besteht eine Diskrepanz durch zwei unterschiedliche Methoden der Mengenermittlungen zur Bilanzkreis Korrektur, welche dazu führen kann, dass Ausgleichsenergie im Bilanzkreis des Regelleistungsanbieters bestehen bleibt. Durch die Kappung der Abrechnungsmenge auf Basis des Sollwertintegrals der letzten 5 Minuten kann es selbst dann zu Ausgleichsenergie im Anbieterbilanzkreis kommen, wenn der Pool korrekt innerhalb des Akzeptanzkanals geliefert hat. Dies stellt sich für Handelsbilanzkreise als Problem dar, da diese per Bilanzkreisvertrag immer ausgeglichen sein müssen.</p>	Entelios AG
116	10	Abs. 1	Abwicklung der Bilanzkreis Korrektur zwischen ÜNB und Anbieter für die Viertelstunden, in denen ein Abruf erfolgt ist, weiterhin auf Basis der Istwerte und Trennung von den abzurechnenden Mengen.	<p><i>(Fortsetzung der Begründung:)</i></p> <p>Wir hatten in der Vorkonsultation vorgeschlagen, die Bilanzkreis Korrektur zwischen ÜNB und Anbieter für die Viertelstunden, in denen ein Abruf erfolgt ist, weiterhin auf Basis der Istwerte abzuwickeln und von den abzurechnenden Mengen zu trennen. Die ÜNB haben hierzu geantwortet, dass der genannte Beschluss nicht maßgeblich für die Bilanzierung der Sekundärregelarbeit zwischen Anbieter und ÜNB sei, sondern nur für den Teil zwischen Anbieter- und Erbringungsbilanzkreis. Insbesondere mit Blick auf die Erbringungsfehler habe der Auftrag der Bundesnetzagentur für das sog. Aggregatorenmodell explizit vorgesehen, dass diese im Bilanzkreis des Anbieters verbleiben. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass es uns explizit nicht um Fälle geht, bei denen ein Erbringungsfehler vorliegt. Selbstverständlich muss in diesen Fällen der Anbieter die Verantwortung hierfür übernehmen. Vielmehr geht es uns um Fälle (wie beispielhaft oben beschrieben), bei denen trotz korrekter Erbringung Ausgleichsenergie im Anbieterbilanzkreis stehen bleibt. Dies wird durch die Ungleichbehandlung ÜNB/Anbieter im Vergleich zu Lieferant/Anbieter (s. Aggregatorenmodell und BNetzA-Festlegung) verursacht. Im Sinne einer Gleichbehandlung sollten die ÜNB ebenfalls die Istwerte (statt der abrechnungsrelevanten Werte) zur bilanziellen Korrektur heranziehen. Geschieht dies nicht, führt dies zu einem systematischen Erzeugen von Ausgleichsenergie im Bilanzkreis des Anbieters, selbst wenn dieser immer ordnungsgemäß liefert.</p>	Entelios AG
117	10	Abs. 1	Im Sinne einer Gleichbehandlung schlägt der BDEW vor, dass die ÜNB ebenfalls die Istwerte (statt der abrechnungsrelevanten Werte) zur bilanziellen Korrektur heranziehen. Geschieht dies nicht, führt dies zu einem systematischen Erzeugen von Ausgleichsenergie im Bilanzkreis des Anbieters, selbst wenn dieser immer ordnungsgemäß liefert.	<p>Die Abwicklung der Bilanzkreis Korrektur zwischen ÜNB und Anbieter für die Viertelstunden, in denen ein Abruf erfolgt ist, sollte weiterhin auf Basis der Ist-Werte erfolgen und von den abzurechnenden Mengen getrennt werden.</p> <p>Gemäß dem Beschluss Az. BK6-17-046 der BNetzA zur Regelleistungserbringung durch Letztverbraucher ist mit dem Bilanzkreis der erbringenden Technischen Einheit eine Korrektur auf Basis der Istwerte vorzunehmen. Im aktuellen Entwurf zur SRL-Abrechnung ist eine Bilanzkreis Korrektur zwischen ÜNB und Regelleistungsanbieter jedoch auf Basis der abzurechnenden Energiemengen vorgesehen.</p> <p>Hier besteht eine Diskrepanz durch zwei unterschiedliche Methoden der Mengenermittlungen zur Bilanzkreis Korrektur, welche dazu führen kann, dass Ausgleichsenergie im Bilanzkreis des Regelleistungsanbieters bestehen bleibt. Durch die Kappung der Abrechnungsmenge auf Basis des Sollwertintegrals der letzten 5 Min. kann es selbst dann zu Ausgleichsenergie im Anbieterbilanzkreis kommen, wenn der Pool korrekt innerhalb des Akzeptanzkanals geliefert hat. Dies stellt für Handelsbilanzkreise ein Problem dar, da diese per Bilanzkreisvertrag immer ausgeglichen sein müssen.</p>	BDEW e. V.

118	10	Abs. 2	--	<p>REstore ersucht die Bundesnetzagentur, verschiedene Aspekte der Präqualifikation, des Erbringungsnachweises sowie der Abwicklung zu untersuchen, auf die REstore bereits während den ÜNB-Konsultationen im Januar bzw. April 2018 hingewiesen hat.</p> <p>Tatsächlich beeinflussen viele Aspekte der Präqualifizierungs-Bedingungen sowie der Regelleistungswertbestimmung die gegenwärtig konsultierten Modalitäten für Regelreserveanbieter. Diese Aspekte sind von zentraler Bedeutung für die Gewährleistung eines diskriminierungsfreien Marktzugangs für alle Marktteilnehmer, sowie einer systemdienlichen Beteiligung von Flexibilitätsoptionen. Als solches sollten die folgenden Aspekte zur Beurteilung des ÜNB-Antrages durch die Bundesnetzagentur Berücksichtigung finden:</p> <p>1) Verkürzung der maximalen Dauer des PQ-Prozesses von 8 auf 4 Wochen</p> <p>2) Skalierbarkeit des 8-stündigen Betriebstests auf Grundlage desselben Frequenz-Profiles</p> <p>3) Alternative Vorlaufzeit des voreilenden Arbeitspunktes (z.B. 30sec statt 5min)</p> <p>4) Rauschen sowie Ausschläger sind typisch für bestimmte Anlagen und haben keine negative Auswirkung auf die Erfüllungsgüte einer Reserveeinheit- oder Gruppe, bzw. sind auch kein Nachweis für eine mangelhafte bzw. nicht erfolgte Erbringung; als solches sollten 1 bis 5% der Testpunkte außerhalb des Toleranzbandes erlaubt sein</p>	REstore
119	10	Abs. 2	--	<p><i>(Fortsetzung der Begründung:)</i></p> <p>5) Energieeinschränkungen müssen auf der Ebene der Reservegruppe, und nicht der Reserveeinheit, festgelegt werden</p> <p>6) Mehrere Flexibilitätsanbieter müssen in der Lage sein, zeitgleich Dienstleistungen an der selben Technischen Einheit anzubieten</p> <p>7) Es ist darüber hinaus unabdingbar, dass die PQ-Bedingungen sowie Regelleistungswertbestimmung in Europa synchronisiert und einheitlich sind</p>	REstore
120	10	Abs. 2	Ergänzung um die Bestimmungen für die Ermittlung des mit dem Regelreserveanbieter gemäß Artikel 45 abzurechnenden Regelarbeitsvolumens	Nach Art. 18 (5) lit h) EB-VO müssen diese Bestimmungen in den Modalitäten selbst enthalten sein. Die Mitteilung, eine Zwischengröße werde anderswo (in den PQ-Bedingungen) definiert, genügt nicht.	VGB PowerTech e.V.
121	11			<p>Der BDEW ist der Meinung, dass die Festlegung auf ein einheitliches Abrechnungssystem für alle Regelzonen anzustreben sei.</p> <p>Kritisch sieht der BDEW die Kombination von den verschiedenen Regelenergiearten auf einer Gutschrift. Dies führt unnötigerweise zu mehr Komplexität und erschwert die Rechnungsprüfung.</p> <p>Die Electricity Balancing Guideline (EB GL) sieht die Einführung von „marginal pricing“ für die Regelarbeit vor. Anstatt mit Zwischenschritten die Implementierung komplexer zu machen, sollte möglichst alles in einem Prozess umgestellt werden. Dementsprechend würden wir vorschlagen, „marginal pricing“ bereits jetzt in den Modalitäten zu verankern.</p>	BDEW e. V.
122	11		Ergänzung um die Frist für die endgültige Abrechnung.	Nach Art. 18 Abs. 5 lit. j) EB-VO müssen die Modalitäten enthalten: "eine Frist für die abschließende Abrechnung der Regelarbeit mit einem Regelreserveanbieter".	VGB PowerTech e.V.

123	11	Abs. 1		EFET vermutet, dass sich diese Notwendigkeit nach Abschluss des Verfahrens zur Regelleistungswertbestimmung ergeben könnte. Dies wird hier aber nicht deutlich, darüber hinaus könnte es jeder ÜNB anders handhaben. Ein Verweis auf die anstehende Überprüfung der Abrechnung mit Blick auf das vorgenannte Verfahren erscheint angemessen. Eine parallele Regelung, die einer Entscheidung bereits vorgreift, lehnt EFET ab.	EFET Deutschland
124	11	Abs. 1	f) zu streichen.	ENGIE vermutet, dass sich diese Notwendigkeit nach Abschluss des Verfahrens zur Regelleistungswertbestimmung ergeben könnte. Dies wird hier aber nicht deutlich, darüber hinaus könnte es jeder ÜNB anders handhaben. Ein Verweis auf die anstehende Überprüfung der Abrechnung mit Blick auf das vorgenannte Verfahren erscheint angemessen. Eine parallele Regelung die einer Entscheidung bereits vorgreift lehnt ENGIE ab. In jedem Fall sollte es bei allen ÜNB gleich gehandhabt werden, und nicht nach Wunsch des Anschluss-ÜNB.	ENGIE Deutschland
125	11	Abs. 1	§11(1)(f): ÜNBs sollten hier einheitlich vorgehen. Unsere Präferenz wäre, dass die verschiedenen Regelennergiearten gesondert abgerechnet werden.		RWE Supply & Trading GmbH
126	11	Abs. 1	"Die ÜNB verpflichten sich für die Abrechnung der Vorhaltung auf folgende Vorgaben:"	Die Vorgaben in diesem Absatz gelten für die ÜNB, nicht den Anbieter.	Trianel GmbH
127	11	Abs. 1	"Die ÜNB verpflichten sich für die Abrechnung der Erbringung auf folgende Vorgaben:"	Die Vorgaben in diesem Absatz gelten für die ÜNB, nicht den Anbieter.	Trianel GmbH
128	11	Abs. 1	d) "... fällig, spätestens jedoch 10 Tage nach deren Erhalt und spätestens bis zum 1. Arbeitstag des zweiten Monats, der ..."	Eine Zahlungsfrist von 30 Tagen nach Rechnungsstellung ist unangemessen lang. Sie führt zur Zahlung einer Leistung ca. 45 bis 75 Tage nach deren Erbringung. Die Behauptung der ÜNB einer etwa hälftigen Verteilung von finanziellen Risiken mit Bezug auf die Bilanzkreisabrechnung können wir nicht nachvollziehen, da hier für Regelennergieanbieter kein Zusammenhang besteht. Im Normalfall erbringt der Anbieter genau die angeforderte Regelennergie und hat insofern immer einen ausgeglichenen Bilanzkreis.	Trianel GmbH
129	11	Abs. 1	f) "Die Abrechnung wird gesondert für jede Regelennergieart vorgenommen." als Ersatz für alle drei Sätze	Wir erwarten dieselben Abrechnungsmodalitäten bei allen vier Übertragungsnetzbetreibern. Gesonderte Gutschriften pro Regelart sind besser zu verarbeiten.	Trianel GmbH
130	11	Abs. 1	Buchst. m) "... eine Vergütung entsprechend der vorgehaltenen Leistung"	Bisherige Formulierung mangelhaft.	VGB PowerTech e.V.
131	11	Abs. 2	§11(2)(f): ÜNBs sollten hier einheitlich vorgehen. Unsere Präferenz wäre, dass die verschiedenen Regelennergiearten gesondert abgerechnet werden.		RWE Supply & Trading GmbH
132	11	Abs. 2	d) "... fällig, spätestens jedoch 10 Tage nach deren Erhalt und spätestens bis zum 1. Arbeitstag des zweiten Monats, der ..."	Eine Zahlungsfrist von 30 Tagen nach Rechnungsstellung ist unangemessen lang. Sie führt zur Zahlung einer Leistung ca. 45 bis 75 Tage nach deren Erbringung. Die Behauptung der ÜNB einer etwa hälftigen Verteilung von finanziellen Risiken mit Bezug auf die Bilanzkreisabrechnung können wir nicht nachvollziehen, da hier für Regelennergieanbieter kein Zusammenhang besteht. Im Normalfall erbringt der Anbieter genau die angeforderte Regelennergie und hat insofern immer einen ausgeglichenen Bilanzkreis.	Trianel GmbH
133	11	Abs. 2	f) "Die Abrechnung wird gesondert für jede Regelennergieart vorgenommen." als Ersatz für alle drei Sätze	Wir erwarten dieselben Abrechnungsmodalitäten bei allen vier Übertragungsnetzbetreibern. Gesonderte Gutschriften pro Regelart sind besser zu verarbeiten.	Trianel GmbH

134	12			Die Leistungspönale sollte nicht über die Pönale im vorangegangenen Vertrag hinausgehen. Es muss gewährleistet sein, dass eine eskalationsbasierte Pönalisierung erfolgt. Eine Überpönalisierung würde den deutschen Markt im europäischen Vergleich von Anfang schlechter stellen und somit seine Wettbewerbsfähigkeit schmälern.	BDEW e. V.
135	12		Harmonisierung erforderlich.	Grundsätzlich sind Pönalen mit allen beteiligten ÜNB einer internationalen Kooperation abzugleichen. Andernfalls ist ein diskriminierungsfreier Wettbewerb unmöglich. Für die FCR-Kooperation kommt dies direkt zum Tragen.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
136	12		Neufassung des gesamten §12: - die Auflage der 100%igen Verfügbarkeit für Regelreserveanbieter muss aufgehoben werden - eine Kürzung des Leistungsentgelts für die gesamte Viertelstunde ist nicht angemessen, wenn die Verletzung der Vorhaltungspflicht nur kleine Zeiteile der Viertelstunde betrifft - die Pönale sollte das entrichtete Leistungsentgelt nicht überschreiten - die unabhängige Abrechnung von Mehrkosten lehnt REstore ab. Soweit die Mehrkosten des ÜNB durch die Ausübung von Vertragsstrafen gedeckt sind, ist von deren Abrechnung gegenüber dem Anbieter abzusehen	REstore fordert die Abschaffung der 100%igen Verfügbarkeitspflicht, sowie die Einführung verhältnismäßiger Pönalen. 1) REstore ist der Ansicht, dass das vorgeschlagene Maß an Pönalen in Verbindung mit der Auflage einer 100%igen Verfügbarkeit nicht verhältnismäßig ist, und selbst äußerst zuverlässigen Regelreserveanbietern eine Marktteilnahme verwehrt. 2) Die von den Übertragungsnetzbetreibern vorgeschlagenen Modalitäten erfordern eine 100%ige Verfügbarkeit von Regelreserveanbietern: jede Nichtverfügbarkeit muss innerhalb von 15 Minuten durch Nutzung regelzoneninterner (FCR) bzw. LFR Zonen übergreifender (FRR) Besicherung mittels präqualifizierter Anlagen des Anbieters oder ggf. Dritter abgedeckt werden. 3) Gleichzeitig sehen die vorgeschlagenen ÜNB-Modalitäten eine Reihe extrem hoher Pönalen vor, sollte auch nur eine einzige Sekunde innerhalb einer Viertelstunde (= 1 von 900 Sekunden!) außerhalb des Toleranzkorridors liegen. 4) Diese kumulativen Pönalen umfassen: (i) Marktausschluss oder Entzug der Qualifikation; (ii) Kürzung der Leistungsvergütung; (iii) Anwendung von auf den Leistungs-/ Arbeitspreis bezogenen Pönalen; (iv) Erstattung nachgewiesener Zusatzkosten an die ÜNB	REstore
137	12		Neufassung des gesamten §12: - die Auflage der 100%igen Verfügbarkeit für Regelreserveanbieter muss aufgehoben werden - eine Kürzung des Leistungsentgelts für die gesamte Viertelstunde ist nicht angemessen, wenn die Verletzung der Vorhaltungspflicht nur kleine Zeiteile der Viertelstunde betrifft - die Pönale sollte das entrichtete Leistungsentgelt nicht überschreiten - die unabhängige Abrechnung von Mehrkosten lehnt REstore ab. Soweit die Mehrkosten des ÜNB durch die Ausübung von Vertragsstrafen gedeckt sind, ist von deren Abrechnung gegenüber dem Anbieter abzusehen	(Fortsetzung der Begründung;) 5) REstore kommt zu dem Schluss, dass der vorgeschlagene Rahmen die Beteiligung von Regelreserveanbietern, die in der Lage sind, eine zuverlässige Dienstleistung zu erbringen, stark beeinträchtigt, wenn nicht sogar vollständig unterbindet. 6) Hinsichtlich der 100%igen Verfügbarkeitspflicht: Technische Einheiten (Erzeugung sowie Lasten) sind von Zeit zu Zeit nicht verfügbar. Um eine 100%ige Verfügbarkeit zu erfüllen, können etablierte Großunternehmen sich über ihren historischen Anlagenpark besichern. Die einzige Option für Regelleistungsanbieter mit Einzelanlagen oder kleinem Anlagenpark besteht derzeit darin, bilaterale Gegenparteien zu finden (für FCR ausschließlich innerhalb einer Regelzone). Der Zugang zur Besicherung durch Dritte ist daher äußerst illiquide, und die seltenen Besicherungs-Kapazitäten befinden sich meist im Besitz einer begrenzten Anzahl etablierter Anbieter. Dies sind dieselben Anbieter, die um den Zugang zu den Regelreservemärkten konkurrieren, was zu einem möglichen Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung führen kann. Dies erschwert die eigenständige Marktteilnahme kleiner Anbieter erheblich. Die fehlende Möglichkeit, auf Besicherungskapazitäten zuzugreifen, ist eine entscheidende Markteintrittsbarriere und unterbindet eine faire Wettbewerbsteilnahme von neuen Anbietern und Technologien wie Demand-Response-Aggregatoren, erneuerbaren Energien und Speichern.	REstore

138	12	<p>Neufassung des gesamten §12:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Auflage der 100%ten Verfügbarkeit für Regelreserveanbieter muss aufgehoben werden - eine Kürzung des Leistungsentgelts für die gesamte Viertelstunde ist nicht angemessen, wenn die Verletzung der Vorhaltungspflicht nur kleine Zeiteile der Viertelstunde betrifft - die Pönale sollte das entrichtete Leistungsentgelt nicht überschreiten - die unabhängige Abrechnung von Mehrkosten lehnt REstore ab. Soweit die Mehrkosten des ÜNB durch die Ausübung von Vertragsstrafen gedeckt sind, ist von deren Abrechnung gegenüber dem Anbieter abzusehen 	<p><i>(Fortsetzung der Begründung 2:)</i></p> <p>Diese Eintrittsbarriere bleibt auch nach der Einführung täglicher Auktionen bestehen: solange die 100%ige Verfügbarkeitsverpflichtung existiert, müssen Regelreserveanbieter Wege finden, Ausfälle zu besichern. Anbieter mit Einzelanlagen oder kleinem Anlagenpark müssen daher nach wie vor Besicherungsabkommen mit direkten Konkurrenten abschließen. Es sei im Übrigen darauf hingewiesen, dass eine 100%ige Verfügbarkeitsverpflichtung sich nicht aus europäischen Rechtsvorschriften ableiten lässt. Im Gegenteil, SOGL Artikel 156.6 sieht ausdrücklich die Möglichkeit vor, dass der ÜNB eine zentrale Besicherung im Falle eines Ausfalls gewährleistet. Dies ist bereits in mehreren europäischen Ländern der Fall.</p> <p>7) Hinsichtlich der Pönalen: keine Technologie kann eine 100%ige Verfügbarkeit sicherstellen, selbst über Besicherungen. Für Demand Response sind Baseline-Fehler unvermeidlich, und Rauschen sowie vereinzelte Ausreißer intrinsisch. Diese technischen Charakteristika sind für diese Art von Technologie normal, und lassen keinstenfalls auf eine unzureichende Erbringung auf den Reservemärkten schließen! Im Gegenteil, REstore konnte in mehreren Regelleistungsmärkten in Europa eine ausgezeichnete Erfolgsbilanz vorweisen. Wendet man jedoch die von den ÜNB vorgeschlagenen Modalitäten auf historische Datensätze an, führt dies in den meisten, wenn nicht in allen Viertelstunden zu schweren finanziellen Pönalen, und letztlich zum Marktausschluss. Während REstore der Ansicht ist, dass Übertragungsnetzbetreiber durchaus die Möglichkeit haben sollten, Anbietern mit unzureichender Erbringung finanziell zu verwarnen bzw. die Präqualifikation zu entziehen, ist die vorgeschlagene Pönalenregelung unverhältnismäßig, diskriminierend und praxisuntauglich.</p>	REstore
139	12	<p>Neufassung des gesamten §12:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Auflage der 100%ten Verfügbarkeit für Regelreserveanbieter muss aufgehoben werden - eine Kürzung des Leistungsentgelts für die gesamte Viertelstunde ist nicht angemessen, wenn die Verletzung der Vorhaltungspflicht nur kleine Zeiteile der Viertelstunde betrifft - die Pönale sollte das entrichtete Leistungsentgelt nicht überschreiten - die unabhängige Abrechnung von Mehrkosten lehnt REstore ab. Soweit die Mehrkosten des ÜNB durch die Ausübung von Vertragsstrafen gedeckt sind, ist von deren Abrechnung gegenüber dem Anbieter abzusehen 	<p><i>(Fortsetzung der Begründung 3:)</i></p> <p>8) Unter Berücksichtigung der von den Übertragungsnetzbetreibern vorgeschlagenen Auflagen (100%ige Verfügbarkeitspflicht + unverhältnismäßige Pönalen) wird nur eine begrenzte Anzahl neuer Marktteilnehmer, und noch weniger Demand-Response-Aggregatoren, an den Regelreservemärkten teilnehmen können. Dies steht in direktem Widerspruch zu den erklärten Zielen der EBG Art. 3 und 18.4. Insbesondere Behindern die derzeit vorliegenden Modalitäten für Regelreserveanbieter den wirksamen Wettbewerb, die Nichtdiskriminierung und die Transparenz auf den Reservemärkten, indem sie Stromerzeugungs-, -verbrauchs- oder -speicheranlagen verwehren, effektiv als Regelreserveanbieter zu fungieren.</p> <p>9) REstore fordert daher, die 100%ige Verfügbarkeitspflicht abzuschaffen, und fordert die BNetzA auf, angemessene Vertragsstrafen vorzusehen (z. B. sollten Pönalen 100% des erhaltenen Leistungsentgeltes nicht überschreiten)</p>	REstore

140	12	Abs. 1	<p>"Sollte ein Regelreserveanbieter gegen die Modalitäten verstoßen, so gelten folgende Regelungen:</p> <p>a) Wenn die Vertragspartner durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihnen nicht möglich oder nicht zumutbar ist, an der Erfüllung ihrer jeweiligen vertraglichen Verpflichtungen ganz oder teilweise gehindert sind, so ruhen die vertraglichen Verpflichtungen in entsprechendem Umfang bis zur Beseitigung der störenden Ursache und ihrer Folgen.</p> <p>b) Der Regelreserveanbieter ist verpflichtet, alle zumutbaren Versuche zu unternehmen, die im betreffenden Einzelvertrag vereinbarte Regelreserve ersatzweise in einer anderen präqualifizierten Technischen Einheit des Regelreserveanbieters vorzuhalten und zu erbringen. Die Kriterien für die Zumutbarkeit, ausgefallene Regelreserve ersatzweise in einer anderen technischen Einheit vorzuhalten und zu erbringen, werden für alle Regelreserveanbietern diskriminierungsfrei zur Anwendung gebracht.</p> <p>c) Für den Fall der wiederholten Verletzung der Verpflichtung zur Vorhaltung und/oder Erbringung der vertraglichen vereinbarten Regelreserve innerhalb von zwölf Monaten ist der Anschluss-ÜNB berechtigt, die Präqualifikation der relevanten Technischen Einheiten vollständig oder teilweise zu entziehen, und behält sich darüber hinaus das Recht vor, den bestehenden Rahmenvertrag für den Zeitraum der Überprüfung außer Kraft zu setzen oder den bestehenden Rahmenvertrag außerordentlich zu kündigen. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Wichtige Gründe liegen insbesondere dann vor, wenn der Regelreserveanbieter präqualifikationsrelevante Angaben und Zusicherungen aus dem Präqualifikationsverfahren nicht einhält. Ferner, wenn sich der Regelreserveanbieter wiederholt als unzuverlässig in der Vorhaltung und/oder Erbringung der FCR erwiesen hat."</p>	In der Vorkonsultation der ÜNB hatte dieser Absatz noch (unter Artikel 13 - Vertragsverletzungen) die jetzt von uns vorgeschlagene Fassung. Dazu haben die ÜNB keine Stellungnahmen (außer einer von uns selbst) dokumentiert, was nur bedeuten kann, dass alle Teilnehmer mit der Formulierung einverstanden waren. Auch mithilfe des Begleitdokuments ist nicht nachvollziehbar, weshalb dieser Absatz nun derart verkürzt werden soll und die ÜNB damit jedweden kleinsten Verstoß maximal ahnden können sollen.	Trianel GmbH
141	12	Abs. 3	Zu 3b) Komplizierte Berechnungsformeln sollten vermieden werden, da sie in einer Leittechnik nicht mehr abbildbar sind und daher auch nicht online überwacht werden können.		BDEW e. V.
142	12	Abs. 3	Zu 3c) Eine Ausnahmeregelung sollte für den Fall ergänzt werden, dass die Unterbrechung der Datenverbindung auf Grundstücke oder Anlagen der ÜNB zurückzuführen ist.		BDEW e. V.
143	12	Abs. 3	Zu 3d) Eine Pönalisierung sollte nur dann stattfinden, wenn eine Leistung tatsächlich nicht mehr erbracht werden kann. So lange noch Regelenergie geliefert wird, sollte in diesem Fall auch nicht pönalisiert werden.	Der BDEW befürwortet nicht, dass sobald der zulässige Arbeitsbereich von einem Speicher bzw. einem Anbieter mit begrenztem Energievorrat verlassen wird, dies als nicht vorgehaltene Leistung gilt und pönalisiert wird.	BDEW e. V.
144	12	Abs. 3		Bei §12 Abs. 3 c) wäre eine Ausnahme notwendig, sofern die Unterbrechung der Datenverbindung nicht auf Grundstücken / in Anlagen bzw. Gebäuden des TSO zurück zu führen ist. Eine Kürzung des Leistungsentgelts für die gesamte Viertelstunde ist nicht angemessen, wenn die Verletzung der Vorhaltungspflicht nur kleine Zeitanteile der Viertelstunde betrifft. Eine Kürzung kann sich daher nur auf die mittlere Vorhaltung der Viertelstunde beziehen. c) die Regelung kann nur für aFRR gelten. Für FCR und mFRR ist keine Datenverbindung zur Erbringung notwendig. Solange der Anbieter (z.B. durch Offline-Daten) nachweisen kann, dass eine Lieferung entsprechend der Anforderungen erfolgte, besteht kein Begründung zur Streichung der Vergütung.	EFET Deutschland

145	12	Abs. 3	c) dies kann nur für aFRR gelten d) Erreichen eines Speicherlevels von 0 oder 100%	Für FCR und mFRR ist keine Datenverbindung zur Erbringung notwendig. Solange der Anbieter (z.B. durch Offline-Daten) nachweisen kann, dass eine Lieferung entsprechend der Anforderungen erfolgte, besteht kein Grund zur Streichung der Vergütung. Der Arbeitsbereich von Speichern dient eben der Sicherstellung einer dauerhaften Erbringung. Wenn diese nicht systematisch genutzt wird, sondern nur kurzzeitig verlassen wird, ist eine komplette Kürzung der Vergütung unangemessen, da die Vorhaltung und Erbringung trotzdem sichergestellt war.	ENGIE Deutschland
146	12	Abs. 3	Bei §12(2)(c) wäre eine Ausnahme notwendig, sofern die Unterbrechung der Datenverbindung nicht auf Grundstücken / in Anlagen bzw. Gebäuden des TSO zurück zu führen ist.		RWE Supply & Trading GmbH
147	12	Abs. 3	Die Datenverbindung zwischen Anbieter und Anschluss-ÜNB ist ausgefallen. In diesem Fall gilt die gesamte Leistung als nicht vorgehalten, es sei denn, der Anbieter kann die Lieferung entsprechend der Anforderungen nachweisen.	Kann der Anbieter (z.B. durch Offline-Daten) nachweisen, dass eine Lieferung entsprechend der Anforderungen erfolgte, besteht kein Grund zur Streichung der Vergütung.	Statkraft Markets GmbH
148	12	Abs. 3		Es darf keinen Automatismus für Vertragsstrafen geben. Es scheint (und so wurde es beim Konsultationsworkshop der ÜNB am 14. Februar 2018 in Köln von den ÜNB kommuniziert) kein grundsätzliches Problem mit der Qualität der Vorhaltung und Erbringung von Reserveleistung zu geben. Daher werden die quasi automatischen Vertragsstrafen dazu führen, dass die Anbieter mögliche Pönalen bei ihrer Angebotsstellung preiserhöhend berücksichtigen müssen. Außerdem führt die Pönalisierung für die ÜNB zu erheblichem Aufwand bei der Erstellung von Rechnungen bzw. Gutschriften und der entsprechenden Prüfung bei den Anbietern. Dies würde wiederum als Kosten in die Bereitstellung bzw. Erbringung eingepreist werden. Die Möglichkeit der Entziehung der Präqualifikation bei wiederholten Vertragspflichtverletzungen war in der Vergangenheit ausreichender ökonomischer Anreiz, die Reserveleistung bestmöglich zu erbringen. Dieser Anreiz sollte auch in Zukunft ausreichen. § 12 sollte entsprechend angepasst werden und erst eine wiederholte Nichtverfügbarkeit und vergebliche Nachbesserung nach schriftlicher Aufforderung zu einer Vertragsstrafe führen. Eine gesonderte Pönalisierung für Untererfüllung ist nicht sachgerecht. Sofern der Anbieter bei Nichterbringung (oder Untererfüllung) dem Ausgleichsenergiepreis ausgesetzt ist, ist es für ihn grundsätzlich besser zu erbringen. Insofern besteht kein Fehlanreiz.	Statkraft Markets GmbH
149	12	Abs. 3	c) "Die Datenverbindung zwischen Anbieter und Anschluss-ÜNB ist seitens des Anbieters ausgefallen. In diesem Fall ..."	Die Datenverbindung kann auch seitens des Anschluss-ÜNB ausfallen. Dies darf nicht zu Lasten des Anbieters gehen.	Trianel GmbH
150	12	Abs. 3	Lit. c) Änderung: "Die Datenverbindung zwischen Anbieter und Anschluss-ÜNB ist ausgefallen. Die vom Regelreserveanbieter geschuldete Leistung gilt in diesem Fall als vollständig nicht erbracht, wenn der Regelreserveanbieter diesen Ausfall zu vertreten hat."	Ein Ausfall der Datenverbindung, die der ÜNB zu verantworten hat kann nicht zu Lasten des Regelreserveanbieters gehen.	UNIPER SE
151	12	Abs. 3	Lit. D "Verlassen des zulässigen Arbeitsbereiches, der in definiert ist, bei an der Vorhaltung beteiligten Reserveeinheiten oder Reservegruppe mit begrenztem Energiespeicher. In diesem Fall gilt die in diesen Reserveeinheiten oder Reservegruppen vorgehaltene Leistung als nicht vorgehalten."	Der zulässige Arbeitsbereich ist in den Modalitäten nicht definiert bzw. geregelt. Daher ist zumindest ein Verweis auf das entsprechende Dokument erforderlich. Unseres Erachtens sollte dieser jedoch in den Modalitäten geregelt werden.	UNIPER SE
152	12	Abs. 3	c) Die Datenverbindung zwischen Anbieter und Anschluss-ÜNB ist ausgefallen. In diesem Fall gilt die gesamte Leistung als nicht vorgehalten.	Sofern die Unterbrechung der Datenverbindung auf Grundstücken / in Anlagen bzw. Gebäuden des TSO zurück zu führen ist, kann dies nicht gelten! Hierfür hat der TSO die Verantwortung.	VGB PowerTech e.V.

153	12	Abs. 3	Ergänzung Satz 2: "... Leistung wegen einer Verletzung der Vorhaltepflcht nicht vollständig ..."	Die bisherige Formulierung würde auch (technisches) Unvermögen auf Seiten des Übertragungsnetzbetreibers, die Leistung abzurufen, erfassen.	VGB PowerTech e.V.
154	12	Abs. 4	Eine Kürzung des Leistungsentgelts für die gesamte Viertelstunde ist nicht angemessen, wenn die Verletzung der Vorhaltungspflicht nur kleine Zeiteile der Viertelstunde betrifft. Eine Kürzung kann sich daher nur auf die mittlere Vorhaltung der Viertelstunde beziehen.		BDEW e. V.
155	12	Abs. 4		Streichen, Solange eine Lieferung erbracht wird oder erbracht werden kann, und das ist außerhalb des sogenannten zulässigen Arbeitsbereiches möglich und das ist auch dessen Zweck, besteht kein sachlicher Grund einen Verstoß zu ahnden. Sofern die Lieferung nicht standalone erfolgt sondern aus einem Pool ist eine solche Ahndung ebenfalls nicht zutreffend, da jederzeit eine andere Anlage übernehmen könnte. Wenn ein Abruf nicht mehr möglich ist oder war bzw. die Leistung nicht mehr vorgehalten wurde fällt dies bereit unter die anderen Regelungen des § 12 (3).	EFET Deutschland
156	12	Abs. 4	Anpassung der Regelung bzgl. Kürzung des Leistungsentgelts.	Eine Kürzung des Leistungsentgelts für die gesamte Viertelstunde ist nicht angemessen, wenn die Verletzung der Vorhaltungspflicht nur kleine Zeiteile der Viertelstunde betrifft. Eine Kürzung kann sich daher nur auf die mittlere Vorhaltung der Viertelstunde beziehen.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
157	12	Abs. 4	streichen	Solange eine Lieferung erbracht wird oder erbracht werden kann, und das ist außerhalb des sogenannten zulässigen Arbeitsbereiches möglich und das ist auch dessen Zweck, besteht kein sachlicher Grund einen Verstoß zu ahnden. Sofern die Lieferung nicht standalone erfolgt sondern aus einem Pool ist eine solche Ahndung ebenfalls nicht richtig, da jederzeit eine andere Anlage übernehmen könnte. Wenn ein Abruf nicht mehr möglich ist oder war bzw. die Leistung nicht mehr vorgehalten wurde fällt dies bereit unter die anderen Regelungen des § 12 (3).	ENGIE Deutschland
158	12	Abs. 4	Die ersten drei Sätze müssen neu formuliert werden mit dem Ergebnis, dass die Kürzung des Leistungsentgelts sich auf die mittlere Nichtvorhaltung der betreffenden Viertelstunde bezieht.	Die Kürzung des Leistungsentgelts für die gesamte Viertelstunde, unabhängig von der tatsächlichen Dauer der Mindervorhaltung, ist nicht sachgerecht und rechtlich fragwürdig. Die Vorhaltepflcht könnte auch nur für wenige Sekunden verletzt worden sein, z. B. durch Aussetzer in der Datenübertragung zu einer Anlage im Pool. Den diesbezüglichen Vergleich der ÜNB mit halben und ganzen Geburtstagstorten halten wir für gänzlich unpassend. Der Vorschlag der ÜNB lässt zudem einen Anreiz vermissen, die vollständige Vorhaltung möglichst schnell, also noch in der begonnenen Viertelstunde, wieder herzustellen.	Trianel GmbH
159	12	Abs. 5	iV. streichen: bei negativen Preisen wird jeweils der Absolutbetrag zugrundegelegt.	Es ist klar, dass eine Pönale nicht positiv ausfallen soll, und daher im Falle negativer Preise hier Vorsorge getroffen werden soll. Es ist aber unverhältnismäßig wenn es niedrige Preise an den in i-iii genannten Märkten auftreten und im dem letzten iv ein negativer Durchschnittspreis von z.B. -60 EUR/MWh dann als 60 EUR/MWh die Referenz für eine Pönale wäre. Bei negativen Preisen sollte der Preis von 0 eingesetzt werden bzw. gilt ohnehin die Regel, dass das Maximum aus i-iv zu verwenden ist.	ENGIE Deutschland
160	12	Abs. 5	streichen	Die vorgeschlagene Höhe der Vertragsstrafen ist willkürlich und kann die Wirtschaftlichkeit der Regelleistungangebote gefährden. Die Möglichkeit der Entziehung der Präqualifikation bei wiederholten Vertragspflichtverletzungen war in der Vergangenheit ausreichender ökonomischer Anreiz, die Reserveleistung bestmöglich zu erbringen. Dieser Anreiz sollte auch in Zukunft ausreichen. Da die Ausschreibungen zunehmend grenzüberschreitend durchgeführt werden sollen, ist eine Harmonisierung der Pönalen unbedingt mit den anderen TSOs abzustimmen, damit deutsche Anbieter nicht diskriminiert werden. Eine Anpassung sollte daher gemeinsam mit den anderen TSOs nach Abschluss von MARI und PICASSO erfolgen.	MVV Energie AG

161	12	Abs. 5	Der Satz: "a.) Die Leistung entspricht der mittleren tatsächlich nicht vorgehaltenen Leistung innerhalb einer Viertelstunde auf Basis der jeweils übermittelten Sekunden- oder Minutenwerte." sollte wie folgt ergänzt werden: "Falls der Regelreservenpool von Einspeisemanagementmaßnahmen der ÜNB/VNB betroffen war, wird die zu pönalisierende Leistung um die durch Einspeisemanagementmaßnahmen abgeregelte Poolleistung durch die ÜNB reduziert."	<p>In der Vergangenheit ist es mehrfach vorgekommen, dass Biogasanlagen, welche Regelleistung vorgehalten haben, im Rahmen des Einspeisemanagement abgeregelt wurden. Dies kann entsprechend zu einer Reduktion der Vorhalteleistung eines Regelenergiepools führen, welche vom Regelreservenanbieter nicht zu beeinflussen ist. Übertragungs- und Verteilnetzbetreiber sollten sicherstellen, dass Anlagen die sich in der Regelleistungsvorhaltung befinden, nicht durch das Einspeisemanagement abgeregelt werden.</p> <p>Solange dies nicht der Fall ist, ist es nicht gerechtfertigt, dass Regelreservenanbieter für nicht vorgehaltene Leistung pönalisiert werden, die auf Einspeisemanagementmaßnahmen der ÜNB/VNB zurückzuführen ist.</p> <p>Kann vom ÜNB die durch Einspeisemanagement geregelte Leistung in der Berechnung der zu pönalisierenden Leistung nicht berücksichtigt werden, so ist eine Pönalisierung für vom Einspeisemanagement betroffene Pools in den jeweiligen Viertelstunden ebenso nicht gerechtfertigt.</p>	Next Kraftwerke GmbH
162	12	Abs. 5	in dieser Form streichen und im Sinn unserer Begründung neu fassen	<p>Beim Konsultationsworkshop am 14. Februar 2018 in Köln haben die ÜNB berichtet, dass es kein grundsätzliches Problem mit der Qualität der Vorhaltung und Erbringung von Regelleistung gibt. In ihrer Stellungnahme vom 18.06.2018 heißt es dann lediglich, es gebe deutliche Unterschiede in der Erbringungsqualität. Diese dürfe Information kann nicht die Einführung einer automatischen Pönalisierung aller Anbieter bei jeder kleinsten Mindervorhaltung oder -erbringung rechtfertigen, mit all dem damit verbundenen Aufwand allein bei der Abrechnung und deren Prüfung für jeden Teilnehmer sowie den je nach den Regeln erheblichen finanziellen Risiken. Die ÜNB tun so, als könne jeder Anbieter 100 % verfügbar sein, wenn er das nur wolle, und jeder, der es nicht schafft, handele grob fahrlässig oder begehe gar bewussten Missbrauch. Dabei wird missachtet, dass jedes technische System auch bei bestmöglichem Betrieb ausfallen kann, so wie auch das Übertragungsnetz Ausfälle hat. So war noch am 23.02.2018 in der Fachpresse zu lesen: "Tennet rühmt den hohen Grad von Versorgungssicherheit im Höchstspannungsnetz in Höhe von 99,99 Prozent." Das ist tatsächlich ein sehr hoher Wert, aber eben nicht 100 Prozent. Erst am 23.07.2018 konnte das Trianel Gaskraftwerk Hamm nicht rechtzeitig angefahren werden, weil es im Übertragungsnetz von Amprion einen Defekt in der Übergabestation gab. Hierfür gibt es keine Strafzahlungen.</p>	Trianel GmbH
163	12	Abs. 5	in dieser Form streichen und im Sinn unserer Begründung neu fassen	<p><i>(Fortsetzung der Begründung:)</i></p> <p>Trianel unterstützt also ausdrücklich das Bestreben der ÜNB, für höchstmögliche Verfügbarkeit der Stromversorgung zu sorgen. An dieser Stelle sollte es aber ausreichen, einzelne Anbieter, die durch wiederholte Ausfälle negativ gegenüber den anderen auffallen, wie früher im Einzelfall zu bestrafen (die ÜNB sind de facto bereits zu einer automatischen Bestrafung übergegangen). Hierfür könnten sich die ÜNB konkrete Kriterien überlegen wie Häufigkeit, Höhe und Länge der Nichtverfügbarkeit. Mit dieser notwendigen Einschränkung sind wir mit Vertragsstrafen völlig einverstanden, solange sie sich auch in einem finanziell vertretbaren und begründbaren Rahmen bewegen.</p>	Trianel GmbH

164	12	Abs. 5	in dieser Form streichen und im Sinn unserer Begründung neu fassen	<p><i>(Fortsetzung der Begründung 2:)</i></p> <p>Dies ist jedoch im vorliegenden Vorschlag nicht der Fall. Die ÜNB wollen die Höhe der Vertragsstrafe nach den Marktpreisen für regulär erzeugten Strom bemessen. Der Vorhaltung von Regelleistung hat jedoch kaum einen Zusammenhang mit der regulären Stromerzeugung, was auch an den stark abweichenden Marktpreisen erkennbar ist. 2017 z. B. betrug der Preis für negative Sekundärregelleistung im Durchschnitt unter einem Euro pro Megawatt und Stunde Vorhaltung, also nur ein Zwanzigstel, Fünfzigstel oder Hundertstel der von den ÜNB genannten Strommarktpreise. Hier dennoch einen Zusammenhang herzustellen suggeriert, dass nicht vorgehaltene Regelleistung am Intradaymarkt vermarktet wird. Dies ist aber verboten. Eine Strafzahlung in dieser Höhe stände also in keinem angemessenen Verhältnis zu den möglichen Vorhaltungserlösen und würde für die Anbieter ein hohes, unzumutbares finanzielles Risiko darstellen. Wir schlagen demgegenüber vor, in den genannten Einzelfällen die Strafzahlungen auf das Fünffache des Regelleistungspreises festzulegen und um bei möglichen Preisen von null die Lenkungswirkung nicht zu verlieren, eine Mindestvertragsstrafe von 10 Euro pro Megawatt und Stunde anzusetzen.</p>	Trianel GmbH
165	12	Abs. 6	streichen	<p>Die vorgeschlagene Höhe der Vertragsstrafen ist willkürlich und kann die Wirtschaftlichkeit der Regelennergieangebote gefährden. Die Möglichkeit der Entziehung der Präqualifikation bei wiederholten Vertragspflichtverletzungen war in der Vergangenheit ausreichender ökonomischer Anreiz, die Reserveleistung bestmöglich zu erbringen. Dieser Anreiz sollte auch in Zukunft ausreichen.</p> <p>Da die Ausschreibungen zunehmend grenzüberschreitend durchgeführt werden sollen, ist eine Harmonisierung der Pönalen unbedingt mit den anderen TSOs abzustimmen, damit deutsche Anbieter nicht diskriminiert werden. Eine Anpassung sollte daher gemeinsam mit den anderen TSOs nach Abschluss von MARI und PICASSO erfolgen.</p>	MVV Energie AG
166	12	Abs. 6		siehe § 12 Abs. 3	Statkraft Markets GmbH
167	12	Abs. 7	Konkretisierung der nachgewiesenen Mehrkosten durch Aufführung konkreter Kostenbestandteile	Der ÜNB darf nicht die Möglichkeit haben unbegrenzt Kostenarten unter diesen Punkt zu subsumieren. Insbesondere im Rahmen einer einheitlichen europäischen Regelung müssen die ansetzbaren Kostenarten aufgeführt werden.	Lausitz Energie Kraftwerke AG
168	12	Abs. 7		<p>Der BDEW lehnt die unabhängige Abrechnung von Mehrkosten ab. Soweit die Mehrkosten des ÜNB durch die Pönale gedeckt sind, ist von deren Abrechnung gegenüber dem Anbieter abzusehen. Zweck der Pönale ist es, die Anbieter zur Erbringungstreue anzuhalten und nicht die Netzentgelte allein durch Einnahme von Pönalen zu senken. Die Anreizwirkung durch die Pönale bleibt auch bei Verrechnung mit den Mehrkosten auf ÜNB-Seite weiterhin bestehen.</p> <p>Der ÜNB darf nicht die Möglichkeit haben unbegrenzt Kostenarten unter diesen Punkt zu subsumieren. Insbesondere im Rahmen einer einheitlichen europäischen Regelung müssen die ansetzbaren Kostenarten aufgeführt werden.</p>	BDEW e. V.

169	12	Abs. 7		EFET lehnt die unabhängige Abrechnung von Mehrkosten ab. Soweit die Mehrkosten des ÜNB durch die Pönale gedeckt sind, ist von deren Abrechnung gegenüber dem Anbieter abzusehen. Zweck der Pönale ist es, die Anbieter zur Erbringungstreue anzuhalten und nicht die Netzentgelte allein durch Einnahme von Pönalen zu senken. Die Anreizwirkung durch die Pönale bleibt auch bei Verrechnung mit den Mehrkosten auf ÜNB-Seite weiterhin bestehen.	EFET Deutschland
170	13			Es ist schon jetzt klar, dass ab Ende 2019 die PRL bzw. FCR kalendertäglich und mit der Preissetzungsregel pay as cleared stattfindet. Als Termin wird aktuell 8 Uhr D-1 von den europäischen ÜNB vorgeschlagen. Dies ist hier noch nicht angelegt, wie wird das nachgezogen? Erfolgen Änderungsmitteilungen? Wenn ja in welcher Form und wie werden diese Veränderung nach sich ziehende Probleme wie die zeitgleiche Ausschreibung von PRL und SRL um 8 Uhr D-1 bearbeitet? ENGIE plädiert hier für eine klare Regelung, wie Änderungen Eingang in die Modalitäten finden und wer diese anstoßen kann. Für die Weiterentwicklung allein auf europäische Vorgänge zu referenzieren wird dem deutschen Regelenenergiemarkt nicht gerecht, da für SRL und MRL das Zielmodell erst deutlich nach 2019 umgesetzt sein wird.	ENGIE Deutschland
171	13	Abs. 1	Die deutschen ÜNB schreiben den Bedarf an FCR asymmetrisch aus. Anbietern steht es frei, verknüpfte Gebote abzugeben.	Die Ausschreibung von FCR sollte nach Auffassung von Statkraft künftig ebenso wie bei aFRR und mFRR auch als asymmetrisches Produkt erfolgen können. Realisieren ließe sich dies, indem die Möglichkeit geschaffen wird, verknüpfte Gebote für gleich große positive als auch negative FCR abzugeben. So wird gewährleistet, dass Anlagen, für die nur eine symmetrische Erbringung wirtschaftlich sinnvoll ist, nicht benachteiligt werden, denn der Anbieter würde letztlich symmetrisch erbringen können. Zugleich hätten Anlagen, die nur asymmetrisch erbringen können, eine Chance am Markt teilzunehmen. Der FCR-Markt würde damit auch für weitere Anlagen geöffnet werden und symmetrisch und asymmetrisch erbringende Anlagen könnten in einem fairen Wettbewerb stehen.	Statkraft Markets GmbH
172	16		Streichung	§ 12 dürfte den Fall bereits regeln und enthält sogar spezifische Regeln für FCR und FRR (Abs. 3 lit b)).	VGB PowerTech e.V.
173	16	Abs. 1	Zu 1b) Zur besseren Lesbarkeit sollte hier der entsprechende Verweis zur Berechnung der Pönale aufgrund der Verletzung der Vorhaltepflcht eingefügt werden.		BDEW e. V.
174	16	Abs. 1	b) Eine Pönale wird nicht verlangt.	Die vorgeschlagene Höhe der Vertragsstrafen ist willkürlich und kann die Wirtschaftlichkeit der Regelenenergieangebote gefährden. Die Möglichkeit der Entziehung der Präqualifikation bei wiederholten Vertragspflichtverletzungen war in der Vergangenheit ausreichender ökonomischer Anreiz, die Reserveleistung bestmöglich zu erbringen. Dieser Anreiz sollte auch in Zukunft ausreichen. Da die Ausschreibungen zunehmend grenzüberschreitend durchgeführt werden sollen, ist eine Harmonisierung der Pönalen unbedingt mit den anderen TSOs abzustimmen, damit deutsche Anbieter nicht diskriminiert werden. Eine Anpassung sollte daher gemeinsam mit den anderen TSOs nach Abschluss von MARI und PICASSO erfolgen.	MVV Energie AG
175	16	Abs. 1	Im Sinne der besseren Lesbarkeit sollte bei 1(b) der entsprechende Verweis, wo die Pönale zur Verletzung der Vorhaltepflcht berechnet wird, eingefügt werden!		RWE Supply & Trading GmbH

176	17		Der BDEW schlägt vor, dass eine LFR-Zonen übergreifende Besicherung möglich sein sollte. Die Einschränkung „in der gleichen Regelzone gelegene“ sollte gestrichen werden.		BDEW e. V.
177	17			Eine regelzonenübergreifende Besicherung sollte auch für PRL möglich sein (analog SRL und MRL entsprechend BNetzA-Festlegung vom 12.07.2017).	EFET Deutschland
178	17		Eine regelzonenübergreifende Besicherung muss auch für FCR ermöglicht werden.	Regelzonenübergreifende Besicherung von FCR folgt der Logik, nachdem für aFRR und mFRR eine solche Besicherung bereits vorgesehen ist.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
179	17		Satz 2: "nicht zugleich auch als Regelreserve kantrahiert sein."	"Bei Regelenergieausschreibungen kontrahiert" ist zumindest unsauber formuliert.	VGB PowerTech e.V.
180	17	Abs. 1	(1) Anbietern von FCR ist gestattet, die Besicherung der für die Erbringung von FCR vorgehaltenen Reserveeinheiten oder Reservegruppen über präqualifizierte Anlagen Dritter durchzuführen. Die zur Besicherung verwendeten Leistungsanteile der Anlagen Dritter dürfen dabei nicht zugleich auch bei Regelenergieausschreibungen kontrahiert sein. Regelzonenübergreifendes Pooling ist möglich ausschließlich für den Fall einer technischen Störung der FCR erbringenden Anlage bzw. eines Anlagenausfalls.	Eine regelzonenübergreifende Besicherung sollte auch für PRL möglich sein (analog SRL und MRL entsprechend BNetzA-Festlegung vom 12.07.2017): Der Passus ", in der gleichen Regelzone gelegene" ist zu streichen. Die Möglichkeit von regelzonenübergreifendem Pooling von Anlagen sollte ergänzt werden. Pooling erschließt zum einen die Potenziale auch von kleineren Einheiten. Zum anderen ist die Besicherung aus dem Pool eine Möglichkeit Anlagen abzusichern, auch wenn in der gleichen Regelzone kein Dritter kontrahiert werden kann. BK6-15-159 S. 26f.: "Insbesondere Anbieter mit Einzelanlagen oder kleinem Anlagenpark können die von den regelzonenverantwortlichen ÜNB geforderte 100%ige Verfügbarkeit ihrer angebotenen Kapazität ohne eine Besicherung ihrer Anlagen durch Dritte nicht sicherstellen. (...) Nach glaubhafter Darstellung von Marktteilnehmern im Rahmen der Konsultation und im Workshop scheitern Anbieter jedoch oft daran, einen besichernden Dritten innerhalb der Regelzone zu finden. Ferner möchten Anbieter mit über mehrere Regelzonen verteilten (Einzel-)Anlagen, die aufgrund der Versagung der regelzonenübergreifenden Poolung nicht gebündelt werden können, zumindest aber eine Besicherung aus eigenen Anlagen realisieren, um Kapazität für die Minutenreserve zur Verfügung stellen zu können. Die angeordnete Regelung zur regelzonenübergreifenden Besicherung ermöglicht es diesen Marktakteuren nunmehr, ihre Anlagen zur vertraglichen Erfüllung einer 100%igen Verfügbarkeit ihrer Angebote gegenüber den regelzonenverantwortlichen ÜNB durch präqualifizierte, in anderen Regelzonen gelegene Technische Einheiten des Anbieters selbst oder eines Dritten zu besichern. Dies erleichtert die eigenständige Marktteilnahme kleiner Anbieter erheblich."	MVV Energie AG
181	17	Abs. 1	Anbietern von FCR ist gestattet, die Besicherung der für die Erbringung von FCR vorgehaltenen Reserveeinheiten oder Reservegruppen über präqualifizierte, in der gleichen Regelzone oder LFR Zonen übergreifend gelegene Anlagen Dritter durchzuführen. Die zur Besicherung verwendeten Leistungsanteile der Anlagen Dritter dürfen dabei nicht zugleich auch bei Regelenergieausschreibungen kontrahiert sein	Siehe Kommentar zu §4 Abs. 26	REstore
182	17	Abs. 1	Änderung: "Die regelzonenübergreifende Besicherung durch präqualifizierte Reserveeinheiten oder Reservegruppen des Anbieters oder Dritter ist ebenso zulässig, sofern das technische Versagen der erbringenden Anlagen nicht innerhalb des regelzoneninternen Anlagenpools des Anbieters kompensiert werden kann."	Die Besicherung von FCR sollte regelzonenübergreifen möglich sein um den Markteintritt zu vereinfachen.	UNIPER SE
183	18	Abs. 1	Satz 2: "Die kontrahierte Regelleistung"	"Die angebotene Regelleistung" ist bei der Erbringung schon kontrahiert.	VGB PowerTech e.V.
184	18	Abs. 3	Satz 2: "die angeforderte Regelleistung aus der Frequenzabweichung."	Bei FCR wird keine Regelarbeit angefordert.	VGB PowerTech e.V.

185	19		Die Veröffentlichung der nicht-bezuschlagten Gebote sollte anonym erfolgen.		BDEW e. V.
186	19			Wir würden die anonymisierte Veröffentlichung nicht-bezuschlagter Gebote begrüßen.	EFET Deutschland
187	19		Eine Veröffentlichung der nicht-bezuschlagten Gebote in anonymisierter Form sollte vorgesehen werden.		EnBW Energie Baden-Württemberg AG
188	19	Abs. 1	Ergänzung der veröffentlichten Informationen um die anonymisierte Liste aller nicht-bezuschlagten FCR-Angebote, die für jedes Angebot die Angebotsleistung und den Leistungspreis enthält sowie	REstore begrüßt das von den Übertragungsnetzbetreibern verfolgte Transparenzziel und fordert die zusätzliche Veröffentlichung von nicht bezuschlagten FCR-Angeboten	REstore
189	19	Abs. 1	Wir würden zusätzlich die anonymisierte Veröffentlichung nicht-bezuschlagter Gebote begrüßen.		RWE Supply & Trading GmbH
190	19	Abs. 1	b) "eine anonymisierte Liste aller FCR-Angebote, die ..."	Nicht nur die bezuschlagten, sondern alle Angebote sollten veröffentlicht werden, um maximale Markttransparenz herzustellen.	Trianel GmbH
191	20			siehe Antwort zu 13.	ENGIE Deutschland
192	20	Abs. 3	Ausschreibungsende aFRR D-1 10:00 Uhr statt 8:00 Uhr	Uns ist bewusst, dass dieser Punkt auch an anderer Stelle konsultiert wird. Im Schritt 2 von FCR würden die Ausschreibungszeiten von FCR und aFRR um D-1 8:00 Uhr zusammenfallen. Somit würden den Anbietern die Möglichkeit genommen, nicht-bezuschlagte Gebote für FCR anschließend für aFRR anzubieten. Dies stellt eine nicht sachgerechte Einschränkung dar. Die Ausschreibungen sollten entsprechende der Produkt-Wertigkeiten zeitlich gestaffelt mit jeweils z.B. zwei Stunden Abstand erfolgen. Wir schlagen hierfür D-1 8:00 Uhr für FCR, D-1 10:00 Uhr für aFRR und D-1 12:00 Uhr für mFRR vor.	Entelios AG
193	20	Abs. 6	Löschung des Mischpreisverfahrens	REstore begrüßt die Entscheidung des OLG Düsseldorf, die Umstellung auf das Mischpreisverfahren nach zwei Auktionsrunden zu stoppen. REstore fordert die BNetzA auf, von der Einführung des Mischpreisverfahrens abzusehen, es sei denn, die Ergebnisse einer detaillierten öffentlichen Kosten-Nutzen-Analyse belegen nachweisliche Kostensenkungen bei der Beschaffung von FRR, zum Wohle der Endverbraucher.	REstore
194	20	Abs. 8		i.V.m. der Vorgabe aus der EB VO, dass am Vortag alleinig nach Leistungspreis bezuschlagt wird dürfte eine solche Regel nicht konform sein. Wird diese dann automatisch angepasst, wenn das Zielmodell steht oder in Deutschland separat überarbeitet? Das würde die Effizienz eines europäischen Marktes konterkarieren. Ebenso fraglich ist die Regel in Verbindung mit der Vorschrift § 38 (1)a, wenn der Arbeitspreis jederzeit angepasst werden dürfen kann jeder Bieter zunächst mit möglichst niedrigen (oder negativen) Arbeitspreisen bieten und diesen dann am Folgetag, unter Berücksichtigung der Marktentwicklungen, auf ein anderes Niveau setzen. Die Regel wäre damit eigentlich obsolet bzw. würde ins Leere laufen.	EFET Deutschland

195	20	Abs. 8	[...] Mit Einführung eines Arbeitsmarktes ist diese Regel zu überprüfen und anzupassen.	i.V.m. der Vorgabe aus der EB VO, dass am Vortag alleinig nach Leistungspreis bezuschlagt wird dürfte eine solche Regel nicht konform sein. Wird diese dann automatisch angepasst, wenn das Zielmodell steht oder in Deutschland separat überarbeitet? Das würde die Effizienz eines europäischen Marktes konterkarieren. Ebenso fraglich ist die Regel in Verbindung mit der Vorschrift § 38 (1)a, wenn der Arbeitspreis jederzeit angepasst werden kann. Jeder Bieter zunächst mit möglichst niedrigen (oder negativen) Arbeitspreisen bieten und diesen dann am Folgetag, unter Berücksichtigung der Marktentwicklungen, auf ein anderes Niveau setzen. Die Regel wäre damit eigentlich obsolet bzw. würde ins Leere laufen.	ENGIE Deutschland
196	20	Abs. 8	Ergänzung: "Die Anwendung des Mischpreisverfahrens endet mit der Einführung der Regelarbeitsmärkte"	Das Mischpreisverfahren, welches aktuell ausgesetzt ist, ist in der Festlegung BK6-18-019/-020 als Übergangslösung bis zur Einführung der Regelarbeitsmärkte angedacht. Die zeitliche Befristung wird auch in der Begründung des Beschlusses Az. BK6-18-020 aufgeführt. Falls der Ausgang des Hauptsacheverfahrens eine weitere Anwendung des Mischpreisverfahrens vorsieht, sollte, um Konsistenz herzustellen, die zeitliche Befristung des Mischpreisverfahrens auch in die Modalitäten eingearbeitet werden. Daher sprechen wir uns für diesen Fall dafür, aus dem Artikel 20 um einen Satz zu ergänzen, der die zeitliche Befristung der Anwendung des Mischpreisverfahrens regelt.	Next Kraftwerke GmbH
197	20	Abs. 8	1. Die Änderung des Zuschlagsverfahrens mit einer Vermischung von Leistungs- und Arbeitspreis lehnen wir ab. 2. Es muss klargestellt werden, wie die zwei möglichen Zahlungsrichtungen beim Arbeitswert in der Berechnung berücksichtigt werden.	1. siehe Stellungnahme vom 20.02.2018 zur Konsultation des Zuschlagsmechanismus und die diesbezügliche Klage der Next Kraftwerke GmbH 2. selbsterklärend	Trianel GmbH
198	20	Abs. 8	Änderung des §38 Abs. 1 Lit. a)	Eine nachträgliche Anpassung des Arbeitspreises entsprechend §38 Abs. 1 Lit. a). führt den Ansatz (Vergabe auf Basis eines Zuschlagswertes) ad absurdum. Daher sollte die Anpassung des Arbeitspreises dahingehend geändert werden, dass der Anbieter den Arbeitspreis nach der Auktion mit Leistungspreis nur nach unten anpassen darf. Um Rückschlüsse aus dem „Bietverhalten“ der Auktion auf den Arbeitsmarkt zu vermeiden, empfiehlt es sich zudem, dass die Ergebnisse der Auktion erst nach Ende des Arbeitsmarktes veröffentlicht werden. Dieser Ansatz sollte bis zur vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem Anwendung finden. Die BNetzA hatte bei den Verfahren BK6-18-019 und BK6-18-020 angebracht, dass der Ansatz (Vergabe auf Basis eines Zuschlagswertes) lediglich eine Interimslösung bis zur Einführung des Arbeitsmarktes darstellt. Es sollte dann jedoch nochmals abschließend geprüft werden, ob der Zuschlag auf Basis des Zuschlagswertes im europäischen Kontext konsistent ist und weiter Anwendung finden kann.	UNIPER SE

199	20	Abs. 8	Änderung: "Der Zuschlag erfolgt auf Basis des Leistungspreises"	<p>Die Vergabe auch nach dem (gewichteten) Arbeitspreis dürfte Bestimmungen der EB-VO nicht genügen. Zugleich widerspricht sie der Erläuterung der ÜNB zu § 38 Abs. 9, wonach der Arbeitspreis „kein Vergabekriterium am Regelleistungsmarkt ist.“</p> <p>Artikel 16 EB-VO installiert ein zweistufiges Beschaffungsverfahren, das mit der Leistungsbeschaffung nach Abs. 3 beginnt:</p> <p>(3) Jeder Regelreserveanbieter, der am Beschaffungsverfahren für Regelleistung teilnimmt, reicht seine Regelleistungsgebote vor dem Zeitpunkt der Marktschließung für das Beschaffungsverfahren ein und kann diese vor diesem Zeitpunkt aktualisieren. Daran schließt sich der Regelarbeitsmarkt an, an dem erfolgreiche Anbieter, die Regelleistung bereitstellen, teilnehmen müssen:</p> <p>(4) Jeder Regelreserveanbieter mit einem Vertrag über die Bereitstellung von Regelleistung übermittelt seinem Anschluss-ÜNB Regelarbeitsgebote [...], die hinsichtlich des Volumens, der Produkte und anderer Anforderungen seinem Vertrag über die Bereitstellung von Regelleistung entsprechen. Diese für jeden zustande gekommenen Regelleistungs-Vertrag bestehende Pflicht zur Abgabe eines Regelarbeitsgebotes ist nur dann verständlich, wenn die Regelleistungsangebote keinen Regelarbeitspreis umfassen. Sonst würde das Pflichtangebot für Regelarbeit den im Regelleistungsangebot genannten Arbeitspreis ersetzen und ihn sinnlos machen.</p> <p>Daneben können am Regelarbeitsmarkt auch alle anderen Anbieter teilnehmen:</p>	VGB PowerTech e.V.
200	20	Abs. 8	Änderung: "Der Zuschlag erfolgt auf Basis des Leistungspreises"	<p>(Fortsetzung der Begründung:)</p> <p>(5) Jeder Regelreserveanbieter kann seinem Anschluss-ÜNB Regelarbeitsgebote für Standardprodukte oder spezifische Produkte [...] übermitteln, wenn er das entsprechende Präqualifikationsverfahren [...] erfolgreich durchlaufen hat.</p> <p>Abs. 6 bestimmt, dass der Vertrag über die Regelleistung keinen Preis für Regelarbeit fixieren darf:</p> <p>(6) Der Preis der Regelarbeitsgebote [...] für Standardprodukte und spezifische Produkte gemäß Absatz 4 darf in einem Vertrag über die Bereitstellung von Regelleistung nicht vorab festgelegt werden.[...]</p> <p>Diese Regelung ist in erster Linie dann einleuchtend, wenn die Regelleistungsangebote keinen Regelarbeitspreis umfassen. Alternativ müsste der Regelarbeitspreis eines Regelleistungsgebotes unverbindlich sein, was zum selben Ergebnis führt.</p> <p>Sofern man nicht unmittelbar den Abs. 3 und 4 entnimmt, dass der Arbeitspreis kein Vergabekriterium sein kann, folgt spätestens aus Abs. 6 wegen der Unverbindlichkeit des im Regelleistungsgebot genannten Arbeitspreises, dass dieser kein Vergabekriterium sein kann. Zudem käme andernfalls hinzu, dass bei Einfluss des Arbeitspreises auf die Leistungsbeschaffung in den Regelleistungsgeboten durchweg der Arbeitspreis 0, oder gar unter 0, angeboten würde.</p>	VGB PowerTech e.V.
201	22		Anpassung der Zeitreihentypen für aFRR; diese wurden vertauscht. Für positive Regelarbeitsmengen sollte der Zeitreihentyp SRE und für negative Regelarbeitsmengen SRI verwendet werden.	Die Zeitreihentypen für aFRR wurden vertauscht. Für positive Regelarbeitsmengen sollte der Zeitreihentyp SRE und für negative Regelarbeitsmengen SRI verwendet werden.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
202	24			Bei §24(1)(c)(i) sollten auch „Übererfüllungsmengen“ mit aufgelistet werden.	EFET Deutschland
203	24	Abs. 1	Ergänzung der Aufzählungen in i. und ii. um Übererfüllungsmengen	Verbesserung	Lausitz Energie Kraftwerke AG

204	24	Abs. 1	Zu 1c) Der BDEW empfiehlt sich auch bei den Modalitäten für Regelernergieanbietern an den im Bilanzkreisvertrag geltenden Fristen zu orientieren. Der aktuelle Entwurf des Bilanzkreisvertrags sieht die nachträgliche Fahrplananmeldung bis 16:00 Uhr (werktätlich) vor. Die Fristen sollten konsistent bleiben. Dann haben die Regelergieanbieter im Rahmen des Fahrplanmanagements ausreichend Zeit, die Zeitreihen zu verifizieren und mit dem ÜNB abzustimmen, wenn es Abweichungen gibt.	Der BDEW sieht das Thema der Fahrplananmeldung für erbrachte Regelernergie und die im Rahmen der aktuellen Konsultation des Bilanzkreisvertrages vorgeschlagenen Zeit von 10:00 Uhr (kalendertätlich) für die nachträgliche Fahrplananmeldung sehr kritisch. Dies würde bedeuten, dass sich dies nicht mit dem Vorschlag der ÜNB für Modalitäten der Regelergieanbieter abwickeln ließe. Denn die Regelergieanbieter haben dann keine Möglichkeit die Abrechnungsmengen der Zeitreihen zu verifizieren und ggf. mit dem ÜNB abzustimmen für den Fall, dass es Abweichungen gibt.	BDEW e. V.
205	24	Abs. 1	Zu 1c)) Überfüllungsmengen sollten mit in die Aufzählung aufgenommen werden. Zudem weist der BDEW darauf hin, dass die Abrechnungsregeln derartig komplex und kleingliedrig sind, sodass dem Anbieter eine Rechnungsprüfung kaum mehr möglich sein wird.		BDEW e. V.
206	24	Abs. 1	Buchstabe b: Koordination mit Bilanzkreisvertrag erforderlich.	Die Tagesabstimmung muss mit den finalen Vorgaben aus dem Bilanzkreisvertrag zur nachträglichen Fahrplananmeldung zu koordinieren. Wir plädieren im Bilanzkreisvertrag die nachträgliche Fahrplananmeldung bei 16:00 Uhr (werktätlich) beizubehalten.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
207	24	Abs. 1	Ergänzung in Lit. c) i und ii: Untererfüllungs- und Übererfüllungsmengen sowie	Übererfüllungsmengen sollten ebenfalls aufgeführt werden.	UNIPER SE
208	24	Abs. 1	Lit b) am Ende: Verweis auf § 8 Abs. 5 korrigieren.	§ 8 Abs. 5 scheint inhaltlich nicht zutreffend, da er das Problem fehlender Daten nicht unbedingt löst.	VGB PowerTech e.V.
209	25		Akzeptanzkanal und Toleranzbereich in Anhang B sind sehr eng gefasst. Daher sollten die Vertragsstrafen deutlich abgeschwächt werden. Um hohe Arbeitspreise nicht zu diskriminieren, sollte eine einheitliche Pönalisierung für alle Anbieter gelten.		BDEW e. V.

210	25			<p>Allgemeines</p> <p>Die vorgeschlagene Höhe der Vertragsstrafen ist willkürlich. Die Möglichkeit der Entziehung der PQ bei wiederholten Vertragspflichtverletzungen war in der Vergangenheit ausreichender ökonomischer Anreiz, die Reserveleistung bestmöglich zu erbringen (von der Pönale wurde in der Vergangenheit mehrheitlich durch die ÜNB kein Gebrauch gemacht). Dieser Anreiz sollte auch in Zukunft ausreichen. Soweit die ÜNB an einer solchen Vertragsstrafe festhalten, sollte an den Tatbeständen des bisherigen Rahmenvertrages festgehalten werden: „... im Wiederholungsfall und nach vorheriger schriftlicher Ankündigung, berechtigt...“. Damit wäre sichergestellt, dass diese Pönale eine letzte Eskalationsstufe vor Entzug der PQ oder Kündigung des Rahmenvertrages darstellt und nicht als Regelpönale zu betrachten ist.</p> <p>Darüber hinaus sind etwaige Pönalen mit allen beteiligten TSO einer internationalen Kooperation abzugleichen. Andernfalls ist ein diskriminierungsfreier Wettbewerb unmöglich. Für die FCR-Kooperation kommt dieser Punkt direkt zum Tragen. Eine automatische Pönalisierung bei nicht erbrachter Vorhaltung zusätzlich zur Pönalisierung von Untererfüllungsmengen im Rahmen der regelmäßigen Arbeitsmengenabrechnung stellt aus unserer Sicht eine Überpönalisierung dar, die kaum zusätzliche Anreize zur Vorhalte- und Erbringungstreue schaffen dürfte. Im Hinblick auf die anstehende Harmonisierung des Europäischen Regelenenergiemarktes sollte berücksichtigt werden, dass den deutschen Anbietern nicht noch zusätzliche Wettbewerbsnachteile aufgebürdet werden. Im Gegensatz zu den ÜNB gehen wir nicht davon aus, dass die Pönalstruktur in allen Mitgliedsländern gleichschnell und im gleichen Maße zueinander angeglichen wird.</p>	EFET Deutschland
211	25	Abs. 1		<p>Die Vertragsstrafe wird berechnet, indem die Untererfüllung anteilig auf die Einzelverträge verteilt wird und dann eine Bewertung mit dem mittleren gewichteten Arbeitspreis der Einzelverträge vorgenommen wird. Damit hat die Untererfüllung für jeden Pool eine unterschiedliche Vertragsstrafe zu Folge. Zwar wird mit der Unter- bzw. Obergrenze eine Begrenzung der Vertragsstrafen vorgenommen, aber die Vertragsstrafen sind dennoch nicht einheitlich. Um eine Gleichbehandlung der Anbieter zu erreichen, erscheint eine einheitliche Bewertung geboten. Hierfür sollte ein geeigneter Marktpreis als Basis herangezogen werden.</p>	Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V. (bne)
212	25	Abs. 1	Gleiche Pönale für alle Anbieter	<p>Wir halten den aktuellen Entwurf hinsichtlich der Bewertung der Mengen der strafbaren Untererfüllung mit den gebotenen Arbeitspreisen für nicht diskriminierungsfrei, da gleiche Untererfüllungen bei unterschiedlichen Anbietern bzw. Pools unterschiedlich pönalisiert werden. Dies stellt aus unserer Sicht eine unangemessene Benachteiligung hochpreisiger Arbeitspreisgebote dar. Die ÜNB haben diesen Punkt insofern aufgegriffen, dass die Bewertung der Untererfüllungsmengen angepasst wurde. Der für die Pönale heranzuziehende Preis bewegt sich jetzt im Bereich von 100 €/MWh bis 1.000 €/MWh. Aus Sicht der ÜNB wird somit sichergestellt, dass auch bei untererfüllten Einzelverträgen mit geringen Gebotspreisen eine angemessene Mindestpönale Anwendung findet und durch den Maximalwert das Risiko begrenzt.</p> <p>Entelios begrüßt die Festlegung einer Obergrenze für die Pönale. Wir fordern aber weiterhin eine Gleichbehandlung aller Anbieter. Aus unserer Sicht kann dies nur durch eine einheitliche Basis für die monetäre Bewertung der Untererfüllungsmengen erreicht werden. Geeignet erscheint uns an dieser Stelle z.B. der Day-Ahead Preis (oder ein Vielfaches davon) oder eine aus den bezuschlagten Geboten ermittelte Größe (z.B. mengengewichteter durchschnittlicher Arbeitspreis aller in dem Produkt bezuschlagten Gebote). In Verbindung mit der Obergrenze für die Pönale kann das Risiko der Untererfüllung von den Anbietern gut abgeschätzt werden und gleichzeitig werden alle Anbieter gleich behandelt.</p>	Entelios AG

213	25	Abs. 1	Gleiche Pönale für alle Anbieter	<p>(Fortsetzung der Begründung:)</p> <p>Die von den UNB getroffene Annahme, dass Gebote mit höheren Arbeitspreisen auch höhere Margen beinhalten teilen wir nicht. Hohe Arbeitspreise bei Pools mit industriellen Verbrauchs- oder Erzeugungsanlagen resultieren vor allem aus, im Vergleich zu konventionellen Kraftwerken, hohen Grenzkosten u.a. durch Produktionsausfall bzw. Einschränkungen, sowie aus regulatorischen Hürden wie beispielsweise durch Netzentgelte, die bei Lasten teils durch den Arbeitspreis abgedeckt werden müssen (vgl. § 19 Absatz 2 StromNEV). Bei einigen Anlagen liegen zudem hohe Fixkosten pro Abruf zugrunde, so dass es vor allem bei sehr kurzen Abrufen dazu kommt, dass ein einzelner Abruf u.U. nicht kostendeckend ist und durch andere, längere Abrufe subventioniert werden muss. Wir schlagen daher eine diskriminierungsfreie, d.h. gleiche Pönale für alle Anbieter in Verbindung mit einer Obergrenze vor.</p>	Entelios AG
214	25	Abs. 1	STREICHUNG der Formulierung "Untererfüllungsleistung des jeweiligen Einzelvertrags multipliziert mit dem mittleren mengengewichteten Arbeitspreis der auf Basis des Summen-Sollwertes (DE) aktivierten Einzelverträge, wobei eine Mindestpreis von 100 €/MWh und Höchstpreis von 1.000 €/MWh festgesetzt werden." und ERSETZUNG durch einen Aufschlag auf den Arbeitspreis des betroffenen Vertrages in Höhe von 20%.	Die Pönalisierung der Untererfüllung war in der Vorkonsultation noch auf den Arbeitspreis des betroffenen Vertrages festgesetzt. Mit der neuen Regelung von min. 100 €/MWh und max. 1.000 €/MWh werden Anbieter mit niedrigen Arbeitspreisen benachteiligt und Anbieter mit hohen Arbeitspreisen (bspw. 10.000 €/MWh) bei der Pönalisierung bevorteilt.	Lausitz Energie Kraftwerke AG
215	25	Abs. 1	Zu 1c) Ersetzung der Formulierung: „Untererfüllungsleistung des jeweiligen Einzelvertrags multipliziert mit dem mittleren mengengewichteten Arbeitspreis der auf Basis des Summen-Sollwertes (DE) aktivierten Einzelverträge [STREICHEN:; wobei ein Mindestpreis von 100 €/MWh und Höchstpreis von 1.000 €/MWh festgesetzt werden,] [NEU: durch einen Aufschlag auf den Arbeitspreis des betroffenen Vertrages in Höhe von 20 %.]	Die Ermittlung der Höhe der Vertragsstrafe auf Basis des Arbeitspreises mit einem minimalen Preis von 100€/MWh und einem maximalen Preis von 1.000 €/MWh sieht der BDEW kritisch. Die Beschränkungen würden entweder zu einer Übererfüllung und damit der Einpreisung von Mehrkosten führen, oder dazu, dass der Preis generell im Gebot berücksichtigt wird. Ferner werden bereits im aktuellen SRL-Rahmenvertrag (aFRR) in §13 (1-9) umfangreich Vertragsverletzungen mit entsprechenden Vertragsstrafen geregelt (Kürzung Leistungsentgelt, Vertragsstrafe bei Untererfüllung sowie Weitergabe von nachgewiesenen Mehrkosten). Eine pauschale Pönalisierung insb. in dem geplanten hohen Bereich von 100 – 1.000 €/MWh ist nicht sachgerecht.	BDEW e. V.
216	25	Abs. 1		c) streichen letzter Satzteil , wobei ein Mindestpreis von 100 EUR/MWh und ein Höchstpreis von 1.000 EUR/MWh festgesetzt werden. Die Pönalen fallen nur dann an, wenn zu wenig geliefert wird, eine Aufrechnung bei Übererfüllung gibt es nicht. Sie ist also asymmetrisch. Dies führt dazu, dass durch den Mindestpreis eine tendentielle Übererfüllung stattfinden wird, welche dann Eingang in die Preise finden wird. EFET lehnt die Mindestpreise daher ab. Generell sollte in einem funktionierenden Markt keine Marktmacht auftreten, vor denen die Bieter zu schützen wären (Höchstpreis). Daher ist der Halbsatz zu streichen. Die bestehende Regelung ist beizubehalten. Abs. 1a Es ist unklar, was mit Erbringung der Regelleistung gemeint ist. Die ordnungsgemäße Vorhaltung der Regelleistung kann überwacht und ggf. pönalisiert werden. Ist für FCR hier die gelieferte Regelernergie gemeint?	EFET Deutschland
217	25	Abs. 1	Buchstabe 1c Anpassung der Pönalen erforderlich.	Die Ermittlung der Höhe der Vertragsstrafe auf Basis des Arbeitspreises mit einem minimalen Preis von 100€/MWh und einem maximalen Preis von 1000€/MWh sehen wir kritisch. Die willkürlich festgelegte minimale Pönalenbetrag von 125€/MW und Stunde erscheint viel zu hoch angesetzt. Generell sind wir der Auffassung, dass eine Vertragsstrafe nur dann angemessen ist, wenn eine Vertragsverletzung mehrfach in einem Abrechnungszeitraum festgestellt wird.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG

218	25	Abs. 1	c) streichen letzter Satzteil: , wobei ein Mindestpreis von 100 EUR/MWh und ein Höchstpreis von 1.000 EUR/MWh festgesetzt werden.	Die Pönalen fallen nur dann an, wenn zu wenig geliefert wird, eine Aufrechnung bei Übererfüllung gibt es nicht. Sie ist also asymmetrisch. Dies führt dazu, dass durch den Mindestpreis eine tendenzielle Übererfüllung stattfinden wird, welche dann Eingang in die Preise finden wird. ENGIE lehnt die Mindestpreise daher ab. Generell sollte in einem funktionierenden Markt keine Marktmacht auftreten, vor denen die Bieter zu schützen wären (Höchstpreis). Daher ist der Halbsatz zu streichen und die aktuelle Regelung beizubehalten.	ENGIE Deutschland
219	25	Abs. 1	c) Eine Pönale wird nicht verlangt.	Die vorgeschlagene Höhe der Vertragsstrafen ist willkürlich und kann die Wirtschaftlichkeit der Regelenenergieangebote gefährden. Die Möglichkeit der Entziehung der Präqualifikation bei wiederholten Vertragspflichtverletzungen war in der Vergangenheit ausreichender ökonomischer Anreiz, die Reserveleistung bestmöglich zu erbringen. Dieser Anreiz sollte auch in Zukunft ausreichen. Da die Ausschreibungen zunehmend grenzüberschreitend durchgeführt werden sollen, ist eine Harmonisierung der Pönalen unbedingt mit den anderen TSOs abzustimmen, damit deutsche Anbieter nicht diskriminiert werden. Eine Anpassung sollte daher gemeinsam mit den anderen TSOs nach Abschluss von MARI und PICASSO erfolgen.	MVV Energie AG
220	25	Abs. 1	Keine	Frage: Im Abschnitt c) wird die Ermittlung der Höhe der Vertragsstrafe bei nicht vollständiger Erbringung beschrieben. Die Ermittlung soll durch die Multiplikation der Untererfüllungsleistung mit dem mittleren mengengewichteten Arbeitspreis der auf Basis des Summen-Sollwertes (DE) aktivierten Einzelverträgen erfolgen. Im Begleitdokument beschreiben die ÜNB: „Die Verwendung des jeweils mittleren mengengewichteten Arbeitspreises ermöglicht den Anbietern das finanzielle Risiko einer Fehlerbringung zu kalkulieren und dies bei der Angebotsstellung bzw. im Poolmanagement zu berücksichtigen.“ Der Wert des mengengewichteten Arbeitspreis der auf Basis des Summen-Sollwertes (DE) aktivierten Einzelverträgen lässt sich unserer Auffassung nach bei Angebotsstellung vielleicht ungefähr prognostizieren aber nicht als bekannter Wert in die Kalkulation mit einbeziehen, da die Angebote der Marktteilnehmer noch nicht bekannt sind. Deshalb bitten wir um kurze Antwort ob hier ein Missverständnis vorliegt?	Next Kraftwerke GmbH
221	25	Abs. 1	Löschung des Absatzes. Die Vertragsstrafe sollte sich auf die Kürzung des Leistungsentgeltes beschränken, wie in §12 beschrieben. Darüber hinaus greifen erhöhte Zahlungen im Rahmen des Ausgleichsenergiepreis-Abrechnungssystems	REstore fordert Wettbewerbsgleichheit für alle Marktteilnehmer, indem die gleiche Strafe verhängt wird 1) REstore betrachtet den vorliegenden Vorschlag der ÜNB als nicht diskriminierungsfrei, da gleiche Unterfüllungen bei unterschiedlichen Anbietern oder Pools zu unterschiedlichen Pönalen führen. Insbesondere werden hohe Arbeitspreisgebote benachteiligt. 2) REstore teilt die von den ÜNB getroffene Annahme nicht, dass Gebote mit höheren Arbeitspreisen auch höhere Margen beinhalten. Hohe Arbeitspreise bei Pools mit industriellen Verbrauchs- oder Erzeugungsanlagen resultieren vor allem aus, im Vergleich zu konventionellen Kraftwerken, hohen Grenzkosten u.a. durch Produktionsausfall bzw. Einschränkungen, sowie aus regulatorischen Hürden wie beispielsweise durch Netzentgelte, die bei Lasten teils durch den Arbeitspreis abgedeckt werden müssen (vgl. § 19 Absatz 2 StromNEV). Bei einigen Anlagen liegen zudem hohe Fixkosten pro Abruf zugrunde, so dass es vor allem bei sehr kurzen Abrufen dazu kommt, dass ein einzelner Abruf u.U. nicht kostendeckend ist und durch andere, längere Abrufe subventioniert werden muss. 2) REstore begrüßt grundsätzlich, dass die Übertragungsnetzbetreiber diesen Sachverhalt erkannt haben und in ihrem aktuellen Entwurf die Pönale zwischen 100 und 1.000 EUR / MWh begrenzen. 3) REstore schlägt jedoch vor, die Vertragsstrafe auf die Kürzung des Leistungsentgeltes zu beschränken, wie in §12 beschrieben. Darüber hinaus greifen erhöhte Zahlungen im Rahmen des Ausgleichsenergiepreis-Abrechnungssystems	REstore

222	25	Abs. 1	<p>c) "Bei nicht vollständiger Erbringung der in einem Einzelvertrag vereinbarten aFRR ist der Anschluss-ÜNB im Wiederholungsfall und nach vorheriger Ankündigung berechtigt eine Vertragsstrafe zu verlangen. Die Höhe der Vertragsstrafe bei nicht vollständiger Erbringung wird wie folgt ermittelt: Untererfüllungsleistung des jeweiligen Einzelvertrags multipliziert mit dem Maximalwert aus: i. dem Preis der Day-Ahead-Stunden-Auktion und ii. dem in der Intraday-Auktion für Viertelstundenprodukte bestimmten Preis und iii. dem gewichteten Durchschnittspreis an dem kontinuierlichen Intraday-Markt für Stundenprodukte und iv. dem gewichteten Durchschnittspreis an dem kontinuierlichen Intraday-Markt für börslich gehandelte Viertelstunden-Produkte"</p>	<p>Die automatische Bestrafung jeder Mindererbringung lehnen wir mit derselben Begründung ab wie zu § 12 (5) ausgeführt. Der Anbieter ist zudem bei Nichterbringung oder Untererfüllung in der Regel dem Ausgleichsenergiepreis ausgesetzt, was schon einen starken "Anreiz" zu bestmöglicher Erbringung darstellt. Wenn in Einzelfällen dennoch Strafzahlungen verhängt werden sollen, darf deren Preis nicht vom Arbeitspreis abhängen. Dieser spiegelt die Grenzkosten der betreffenden Anlage wider, nicht etwa deren Marge, so dass Anbieter mit hohen Arbeitspreisen diskriminiert würden. Am Ende würden Anlagen mit hohen Grenzkosten aufgrund des zu hohen finanziellen Risikos aus dem Markt für Regelleistung gedrängt. Die Marge aller teilnehmenden Anlagen wird vielmehr in vergleichbarer Höhe liegen, so dass auch der Strafpreis für alle gleich sein sollte. Für angemessen halten wir an dieser Stelle - anders als bei der Leistungsvorhaltung - den Bezug zum Intradaymarkt. Die Gegenargumentation der ÜNB im Rahmen ihrer Vorkonsultation ist so unzutreffend wie sie kurz ist: "Die ÜNB vermögen keine Diskriminierung darin zu erkennen, auf den Arbeitspreis abzustellen. Vielmehr gibt der Arbeitspreis eine Indikation der Anreize des Anbieters, nicht vertragsgemäß zu liefern." Weder wissen wir von einem Anreiz, Regelernergie aus vorgehaltener Regelleistung absichtlich nicht zu liefern (zumal dies verboten ist), noch weshalb ein solcher Anreiz bei einem höheren Arbeitspreis für die Regelernergie größer sein sollte als bei einem niedrigen Arbeitspreis. Im Gegenteil wird jeder Anbieter eines hohen Arbeitspreises glücklich sein, wenn er zu diesem auch einmal Regelernergie liefern darf, und folglich alles tun, sie auch vollumfänglich zu liefern.</p>	Trianel GmbH
223	25	Abs. 1	<p>Löschung in c) "..., wobei eine Mindestpreis von 100 €/MWh und Höchstpreis von 1.000 €/MWh festgesetzt werden."</p>	<p>Der Mindest- sowie Höchstpreis ist diskriminierend, da die Risiken für eine Untererfüllungsleistung unterschiedlich behandelt werden. Ein Anbieter, der einen kleineren Arbeitspreis als 100 €/MWh geboten hat, muss in Relation eine höhere Vertragsstrafe zahlen als ein Anbieter, der einen Arbeitspreis zw. 100 und 1.000 €/MWh geboten hat. Ein Anbieter, der wiederum einen Arbeitspreis von über 1.000 €/MWh geboten hat, hat ein geringeres Risiko bei einer Untererfüllungsleistung, als Anbieter die Arbeitspreise von unter 1.000 €/MWh geboten haben. Daher sollte der Mindestpreis sowie Höchstpreis entfernt werden.</p>	UNIPER SE
224	26		<p>Der BDEW schlägt vor, dass eine LFR-Zonen übergreifende Besicherung möglich sein sollte, wie auch im Beschluss BK6-15-158 bereits festgelegt wurde und am 12.07.2019 durch die ÜNB einzuführen ist.</p>		BDEW e. V.
225	26	Abs. 1	<p>Unterstützung</p>	<p>Entelios befürwortet eine regelzonenübergreifende Besicherung.</p>	Entelios AG
226	26	Abs. 2	<p>einzufügen: Ab dem 12.07.2019 ist die regelzonenübergreifende Besicherung bei SRL (aFRR) möglich.</p>	<p>diese Regelung wurde in der Festlegung BK6-15-158 bereits festgelegt und ist hier einzufügen. Die ÜNB weisen zu Beginn des Dokumentes darauf hin, dass verschiedene Dokumente zusammengefasst werden sollen, dies sollte dann auch die bereits bestehenden Rechtsgrundlagen berücksichtigen. Oder soll alternativ dann erneut die Bedingungen geändert werden? Wenn ja, stößt dies die Regulierungsbehörde selbst an oder der ÜNB? ENGIE wünscht sich hier mehr Klarheit und plädiert für eine Aufnahme des Passus, um Anpassungen bereits während der 12-monatigen Implementierungszeit zu vermeiden. § 26 (2) sollte dahingehend angepasst werden.</p>	ENGIE Deutschland

227	27			siehe Antwort zu 13.	ENGIE Deutschland
228	28		Die Veröffentlichung der nicht-bezuschlagten Gebote sollte anonym erfolgen.	Wir begrüßen, dass der Vorschlag für eine bessere Transparenz der Regelsalden sorgt.	BDEW e. V.
229	28			Wir würden die anonymisierte Veröffentlichung nicht-bezuschlagter Gebote begrüßen. Wir begrüßen, dass mehr Transparenz beim Einsatz und den RZ Salden (1 letzter Absatz) eingeführt wird.	EFET Deutschland
230	28		Eine Veröffentlichung der nicht-bezuschlagten Gebote in anonymisierter Form sollte vorgesehen werden.		EnBW Energie Baden-Württemberg AG
231	28	Abs. 1	Ergänzung der veröffentlichten Informationen um die anonymisierte Liste aller nicht-bezuschlagten aFRR-Angebote, die für jedes Angebot die Angebotsleistung und den Leistungspreis enthält sowie	REstore begrüßt das von den Übertragungsnetzbetreibern verfolgte Transparenzziel und fordert die zusätzliche Veröffentlichung von nicht bezuschlagten aFRR-Angeboten	REstore
232	28	Abs. 1	Wir würden zusätzlich die anonymisierte Veröffentlichung nicht-bezuschlagter Gebote begrüßen.		RWE Supply & Trading GmbH
233	28	Abs. 1	b) "eine anonymisierte Liste aller aFRR-Gebote, jeweils ..."	Nicht nur die bezuschlagten, sondern alle Angebote sollten veröffentlicht werden, um maximale Markttransparenz herzustellen.	Trianel GmbH
234	29	Abs. 3	Ausschreibungsende mFRR D-1 12:00 Uhr statt 10:00 Uhr	Uns ist bewusst, dass dieser Punkt auch an anderer Stelle konsultiert wird. Im Schritt 2 von FCR würden die Ausschreibungszeiten von FCR und aFRR um D-1 8:00 Uhr zusammenfallen. Somit würden den Anbietern die Möglichkeit genommen, nicht-bezuschlagte Gebote für FCR anschließend für aFRR anzubieten. Dies stellt eine nicht sachgerechte Einschränkung dar. Die Ausschreibungen sollten entsprechende der Produkt-Wertigkeiten zeitlich gestaffelt mit jeweils z.B. zwei Stunden Abstand erfolgen. Damit eine Verschiebung von aFRR auf D-1 10:00 nicht mit der GCT von mFRR zusammenfällt, sollte diese ebenfalls um zwei Stunden nach hinten verschoben werden. Wir schlagen hierfür D-1 8:00 Uhr für FCR, D-1 10:00 Uhr für aFRR und D-1 12:00 Uhr für mFRR vor.	Entelios AG
235	29	Abs. 6	Änderung: "Der Zuschlag erfolgt auf Basis des Leistungspreises"	Begründung siehe zu §20, Absatz 8	VGB PowerTech e.V.
236	29	Abs. 8	[...] Mit Einführung eines Arbeitsmarktes ist diese Regel zu überprüfen und anzupassen.	i.V.m. der Vorgabe aus der EB VO, dass am Vortag alleinig nach Leistungspreis bezuschlagt wird dürfte eine solche Regel nicht konform sein. Wird diese dann automatisch angepasst, wenn das Zielmodell steht oder in Deutschland separat überarbeitet? Das würde die Effizienz eines europäischen Marktes konterkarieren. Ebenso fraglich ist die Regel in Verbindung mit der Vorschrift § 38 (1)a, wenn der Arbeitspreis jederzeit angepasst werden dürfen kann jeder Bieter zunächst mit möglichst niedrigen (oder negativen) Arbeitspreisen bieten und diesen dann am Folgetag, unter Berücksichtigung der Marktentwicklungen, auf ein anderes Niveau setzen. Die Regel wäre damit eigentlich obsolet bzw. würde ins Leere laufen.	ENGIE Deutschland

237	29	Abs. 8	Ergänzung: "Die Anwendung des Mischpreisverfahrens endet mit der Einführung der Regelarbeitsmärkte"	Das Mischpreisverfahren, welches aktuell ausgesetzt ist, ist in der Festlegung BK6-18-019/-020 als Übergangslösung bis zur Einführung der Regelarbeitsmärkte angedacht. Die zeitliche Befristung wird auch in der Begründung des Beschlusses Az. BK6-18-020 aufgeführt. Falls der Ausgang des Hauptsacheverfahrens eine weitere Anwendung des Mischpreisverfahren vorsieht, sollte, um Konsistenz herzustellen, die zeitliche Befristung des Mischpreisverfahrens auch in die Modalitäten eingearbeitet werden. Daher sprechen wir uns für diesen Fall dafür aus den Artikel 20 um einen Satz zu ergänzen, der die zeitliche Befristung der Anwendung des Mischpreisverfahrens regelt.	Next Kraftwerke GmbH
238	29	Abs. 8	1. Die Änderung des Zuschlagsverfahrens mit einer Vermischung von Leistungs- und Arbeitspreis lehnen wir ab. 2. Es muss klargestellt werden, wie die zwei möglichen Zahlungsrichtungen beim Arbeitswert in der Berechnung berücksichtigt werden.	1. siehe Stellungnahme vom 20.02.2018 zur Konsultation des Zuschlagsmechanismus und die diesbezügliche Klage der Next Kraftwerke GmbH 2. selbsterklärend	Trianel GmbH
239	29	Abs. 8	Änderung des §38 Abs. 1 Lit. a)	Eine nachträgliche Anpassung des Arbeitspreises entsprechend §38 Abs. 1 Lit. a). führt den Ansatz (Vergabe auf Basis eines Zuschlagwertes) ad absurdum. Daher sollte die Anpassung des Arbeitspreises dahingehend geändert werden, dass der Anbieter den Arbeitspreis nach der Auktion mit Leistungspreis nur nach unten anpassen darf. Um Rückschlüsse aus dem „Bietverhalten“ der Auktion auf den Arbeitsmarkt zu vermeiden, empfiehlt es sich zudem, dass die Ergebnisse der Auktion erst nach Ende des Arbeitsmarktes veröffentlicht werden. Dieser Ansatz sollte bis zur vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem Anwendung finden. Die BNetzA hatte bei den Verfahren BK6-18-019 und BK6-18-020 angebracht, dass der Ansatz (Vergabe auf Basis eines Zuschlagwertes) lediglich eine Interimslösung bis zur Einführung des Arbeitsmarktes darstellt. Daher sollte dann jedoch nochmals abschließend geprüft werden, ob der Zuschlag auf Basis des Zuschlagwertes im europäischen Kontext konsistent ist und weiter Anwendung finden kann.	UNIPER SE
240	30	Abs. 1	Anpassung bzw. Klarstellung erforderlich.	§30 und Anhang „A“ sind nicht konsistent. Es sollte im Dokument klargestellt werden, welche Regelung Anwendung findet.	UNIPER SE
241	33	Abs. 1	Ergänzung des Abs. b) auch für aFRR	Es ist nicht nachvollziehbar, aus welchen Gründen Testabrufe nur für die mFRR vergütet werden, nicht jedoch für die aFRR in dem Modalitäten Dokument	Lausitz Energie Kraftwerke AG
242	33	Abs. 1	Zu 1b) Jeder Abruf, auch ein Testabruf, muss mit dem vom Regellenergieanbieter gebotenen Arbeitspreis vergütet werden.	Der Anbieter kann nicht beurteilen, ob es sich nur um einen Testabruf oder um einen realen Abruf gehandelt hat.	BDEW e. V.
243	33	Abs. 1		jeder Abruf sollte ordentlich vergütet werden, unabhängig davon ob es ein Testabruf ist.	EFET Deutschland
244	33	Abs. 1	Buchstabe 1b: Vergütungsregelung für Testabrufe muss angepasst werden.	Jeder Abruf, auch ein Testabruf, muss mit dem vom Regellenergieanbieter gebotenen Arbeitspreis vergütet werden; zumal ein Anbieter nicht beurteilen kann, ob es sich um einen Testabruf oder um einen realen Abruf gehandelt hat. Eine Beschränkung auf maximal 200€/MWh ist nicht nachvollziehbar. Auch die mögliche nachträgliche Nachweisführung generiert Mehraufwand.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
245	33	Abs. 1	Streichung der maximalen Begrenzung auf 200 €/MWh	Siehe Kommentar zu §4 Abs. 5	REstore

246	33	Abs. 1	§33(1)(b): jeder Abruf sollte ordentlich vergütet werden, unabhängig davon ob es ein Testabruf ist.		RWE Supply & Trading GmbH
247	33	Abs. 1	Änderung von Lit. b) "Im Falle eines Testabrufes ist der zu entrichtende Arbeitspreis der Gebotspreis des Regelreserveanbieters."	Eine Unterscheidung zw. Abruf und Testabrufs ist für den Regelreserveanbieter nicht ersichtlich sowie unterscheidet sich Leistungserbringung nicht, daher ist eine abweichende Vergütungsregelung für den Testabruf diskriminierend bzw. nicht sachgerecht.	UNIPER SE
248	34	Abs. 1	STREICHUNG der Formulierung "Untererfüllungsleistung des jeweiligen Einzelvertrags multipliziert mit dem mittleren mengengewichteten Arbeitspreis der auf Basis der Abruf-Fahrpläne aktivierten Einzelverträge mFRR, wobei eine Mindestpreis von 100 €/MWh und Höchstpreis von 1.000 €/MWh festgesetzt werden." und ERSETZUNG durch einen Aufschlag auf den Arbeitspreis des betroffenen Vertrages in Höhe von 20%.	Die Pönalisierung der Untererfüllung war in der Vorkonsultation noch auf den Arbeitspreis des betroffenen Vertrages festgesetzt. Mit der neuen Regelung von min. 100 €/MWh und max. 1.000 €/MWh werden Anbieter mit niedrigen Arbeitspreisen benachteiligt und Anbieter mit hohen Arbeitspreisen (bspw. 10.000 €/MWh) bei der Pönalisierung bevorteilt.	Lausitz Energie Kraftwerke AG
249	34	Abs. 1	Zu 1c) Ersetzung der Formulierung: „Untererfüllungsleistung des jeweiligen Einzelvertrags multipliziert mit dem mittleren mengengewichteten Arbeitspreis der auf Basis des Summen-Sollwertes (DE) aktivierten Einzelverträge [STREICHEN:; wobei ein Mindestpreis von 100 €/MWh und Höchstpreis von 1.000 €/MWh festgesetzt werden] [NEU: durch einen Aufschlag auf den Arbeitspreis des betroffenen Vertrages in Höhe von 20 %.]"	Die Ermittlung der Höhe der Vertragsstrafe auf Basis des Arbeitspreises mit einem minimalen Preis von 100 €/MWh und einem maximalen Preis von 1.000 €/MWh sieht der BDEW kritisch. Die Beschränkungen würden entweder zu einer Übererfüllung und damit der Einpreisung von Mehrkosten führen, oder dazu, dass der Preis generell im Gebot berücksichtigt wird. Ferner werden bereits im aktuellen SRL-Rahmenvertrag (aFRR) in §13 (1-9) umfangreich Vertragsverletzungen mit entsprechenden Vertragsstrafen geregelt (Kürzung Leistungsentgelt, Vertragsstrafe bei Untererfüllung sowie Weitergabe von nachgewiesenen Mehrkosten). Eine pauschale Pönalisierung insb. in dem geplanten hohen Bereich von 100 – 1.000 €/MWh ist nicht sachgerecht.	BDEW e. V.
250	34	Abs. 1	Buchstabe 1c Anpassung der Pönalen erforderlich.	Die Ermittlung der Höhe der Vertragsstrafe auf Basis des Arbeitspreises mit einem minimalen Preis von 100€/Mwh und einem maximalen Preis von 1000€/Mwh sehen wir kritisch; die willkürlich festgelegte minimale Pönalenbetrag von 125€/MW und Stunde erscheint viel zu hoch angesetzt. Generell sind wir der Auffassung, dass eine Vertragsstrafe nur dann angemessen ist, wenn eine Vertragsverletzung mehrfach in einem Abrechnungszeitraum festgestellt wird.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
251	34	Abs. 1	Buchstabe 1c (i) Anpassung der Pönalen erforderlich.	Falls es in seltenen Fällen zu kurzen Untererfüllungen kommt, ist die Vertragsstrafe für die Vorhaltung nicht angemessen. Eine Pönalisierung ist bereits durch die Abrechnung der Untererfüllung vorhanden. Einen Grund für eine zusätzliche Vertragsstrafe sehen wir nicht.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
252	34	Abs. 1	c) streichen letzter Satzteil: , wobei ein Mindestpreis von 100 EUR/MWh und ein Höchstpreis von 1.000 EUR/MWh festgesetzt werden.	Die Pönalen fallen nur dann an, wenn zu wenig geliefert wird, eine Aufrechnung bei Übererfüllung gibt es nicht. Sie ist also asymmetrisch. Dies führt dazu, dass durch den Mindestpreis eine tendentielle Übererfüllung stattfinden wird, welche dann Eingang in die Preise finden wird. ENGIE lehnt die Mindestpreise daher ab. Generell sollte in einem funktionierenden Markt keine Marktmacht auftreten, vor denen die Bieter zu schützen wären (Höchstpreis). Daher ist der Halbsatz zu streichen und die aktuelle Regelung beizubehalten.	ENGIE Deutschland

253	34	Abs. 1	c) Eine Pönale wird nicht verlangt.	Die vorgeschlagene Höhe der Vertragsstrafen ist willkürlich und kann die Wirtschaftlichkeit der Regelennergieangebote gefährden. Die Möglichkeit der Entziehung der Präqualifikation bei wiederholten Vertragspflichtverletzungen war in der Vergangenheit ausreichender ökonomischer Anreiz, die Reserveleistung bestmöglich zu erbringen. Dieser Anreiz sollte auch in Zukunft ausreichen. Da die Ausschreibungen zunehmend grenzüberschreitend durchgeführt werden sollen, ist eine Harmonisierung der Pönalen unbedingt mit den anderen TSOs abzustimmen, damit deutsche Anbieter nicht diskriminiert werden. Eine Anpassung sollte daher gemeinsam mit den anderen TSOs nach Abschluss von MARI und PICASSO erfolgen.	MVV Energie AG
254	34	Abs. 1	Löschung des Absatzes. Die Vertragsstrafe sollte sich auf die Kürzung des Leistungsentgeltes beschränken, wie in §12 beschrieben. Darüber hinaus greifen erhöhte Zahlungen im Rahmen des Ausgleichsenergiepreis-Abrechnungssystems	Siehe Kommentar zu §25 Abs. 1	REstore
255	34	Abs. 1	c) "Bei nicht vollständiger Erbringung der in einem Einzelvertrag vereinbarten mFRR ist der Anschluss-ÜNB im Wiederholungsfall und nach vorheriger Ankündigung berechtigt eine Vertragsstrafe zu verlangen. Die Höhe der Vertragsstrafe bei nicht vollständiger Erbringung wird wie folgt ermittelt: Untererfüllungsleistung des jeweiligen Einzelvertrags multipliziert mit dem Maximalwert aus: i. dem Preis der Day-Ahead-Stunden-Auktion und ii. dem in der Intraday-Auktion für Viertelstundenprodukte bestimmten Preis und iii. dem gewichteten Durchschnittspreis an dem kontinuierlichen Intraday-Markt für Stundenprodukte und iv. dem gewichteten Durchschnittspreis an dem kontinuierlichen Intraday-Markt für börslich gehandelte Viertelstunden-Produkte v. Die Ermittlung der jeweiligen Vertragsstrafe erfolgt auf Basis der minütlich übermittelten Daten."	Die automatische Bestrafung jeder Mindererbringung lehnen wir mit derselben Begründung ab wie zu § 12 (5) ausgeführt. Der Anbieter ist zudem bei Nichterbringung oder Untererfüllung in der Regel dem Ausgleichsenergiepreis ausgesetzt, was schon einen starken "Anreiz" zu bestmöglicher Erbringung darstellt. Wenn in Einzelfällen dennoch Strafzahlungen verhängt werden sollen, darf deren Preis nicht vom Arbeitspreis abhängen. Dieser spiegelt die Grenzkosten der betreffenden Anlage wider, nicht etwa deren Marge, so dass Anbieter mit hohen Arbeitspreisen diskriminiert würden. Am Ende würden Anlagen mit hohen Grenzkosten aufgrund des zu hohen finanziellen Risikos aus dem Markt für Regelleistung gedrängt. Die Marge aller teilnehmenden Anlagen wird vielmehr in vergleichbarer Höhe liegen, so dass auch der Strafpreis für alle gleich sein sollte. Für angemessen halten wir an dieser Stelle - anders als bei der Leistungsvorhaltung - den Bezug zum Intradaymarkt. Die Gegenargumentation der ÜNB im Rahmen ihrer Vorkonsultation ist so unzutreffend wie sie kurz ist: "Die ÜNB vermögen keine Diskriminierung darin zu erkennen, auf den Arbeitspreis abzustellen. Vielmehr gibt der Arbeitspreis eine Indikation der Anreize des Anbieters, nicht vertragsgemäß zu liefern." Weder wissen wir von einem Anreiz, Regelennergie aus vorgehaltener Regelleistung absichtlich nicht zu liefern (zumal dies verboten ist), noch weshalb ein solcher Anreiz bei einem höheren Arbeitspreis für die Regelennergie größer sein sollte als bei einem niedrigen Arbeitspreis. Im Gegenteil wird jeder Anbieter eines hohen Arbeitspreises glücklich sein, wenn er zu diesem auch einmal Regelennergie liefern darf, und folglich alles tun, sie auch vollumfänglich zu liefern.	Trianel GmbH
256	34	Abs. 1	Löschung in c) "..., wobei eine Mindestpreis von 100 €/MWh und Höchstpreis von 1.000 €/MWh festgesetzt werden."	Der Mindest- sowie Höchstpreis ist diskriminierend, da die Risiken für eine Untererfüllungsleistung unterschiedlich behandelt werden. Ein Anbieter, der einen kleineren Arbeitspreis als 100 €/MWh geboten hat, muss in Relation eine höhere Vertragsstrafe zahlen als ein Anbieter, der einen Arbeitspreis zw. 100 und 1.000 €/MWh geboten hat. Ein Anbieter, der wiederum einen Arbeitspreis von über 1.000 €/MWh geboten hat, hat ein geringeres Risiko (relativ) bei einer Untererfüllungsleistung, als Anbieter die Arbeitspreise von unter 1.000 €/MWh geboten haben. Daher sollte der Mindestpreis sowie Höchstpreis entfernt werden.	UNIPER SE
257	34	Abs. 2		Der BDEW sieht ein pragmatisches Verfahren als erforderlich. Auch die ÜNB sind vor allem telefonisch erreichbar, z. B. bei Wartungsarbeiten des MOLS-Servers, um gleiche Bedingungen für ÜNB und Marktteilnehmer zu ermöglichen.	BDEW e. V.

258	34	Abs. 2		Streichen, genau für den Fall der Kommunikationsstörung besteht die Möglichkeit, den Status auf "telefonisch erreichbar" zu setzen, um die andauernde Vorhaltung der mFRR trotz Störung im MOLS-System zu signalisieren. Darum ist ein Entfall der Leistungsvergütung nicht zu rechtfertigen.	EFET Deutschland
259	34	Abs. 2	Wir plädieren für einen pragmatischen Ansatz (auch ÜNBs sind z.T. nur telefonisch erreichbar (z.B. bei Wartungsarbeiten)).		EnBW Energie Baden-Württemberg AG
260	34	Abs. 2	streichen	Genau für den Fall der Kommunikationsstörung besteht die Möglichkeit, den Status auf "telefonisch erreichbar" zu setzen, um die andauernde Vorhaltung der mFRR trotz Störung im MOLS-System zu signalisieren. Darum ist ein Entfall der Leistungsvergütung nicht zu rechtfertigen.	ENGIE Deutschland
261	34	Abs. 2	Änderung des Absatzes von: "Ferner gilt, dass wenn der Kommunikationsstatus des Regelreserveanbieters „automatisch erreichbar“ aus Gründen, die der Regelreserveanbieter zu vertreten hat, nicht gegeben ist, so entfällt der Anspruch auf den Leistungspreis für den betroffenen Zeitraum." zu "Ferner gilt, dass wenn der Kommunikationsstatus des Regelreserveanbieters „automatisch erreichbar“ oder "telefonisch erreichbar" aus Gründen, die der Regelreserveanbieter zu vertreten hat, nicht gegeben ist, so entfällt der Anspruch auf den Leistungspreis für den betroffenen Zeitraum.	<p>Der geltende Rahmenvertrag regelt den telefonischen Abrufen im Falle von Störungen des automatischen Kommunikationssystems, ohne dass die Vergütung eingekürzt wird. Der telefonische Abruf im Störfall ist in den beantragten Modalitäten auch weiterhin vorgesehen. Aus unserer Sicht ist nicht nachvollziehbar, warum zukünftig der Anspruch auf den Leistungspreis für den Zeitraum einer Störung des automatischen Kommunikationssystems entfällt, sofern der Status "telefonisch erreichbar" des Anbieters gegeben ist. Aus den folgenden Gründen sehen wir diese Regelung kritisch:</p> <p>Der Anbieter-Client (Merlin) wird im Auftrag der ÜNB von einem Dritten (Soptim AG) bereitgestellt und liegt somit außerhalb der Verantwortung des Anbieters. Einen Nachweis, ob eine Störung auf Anbieterseite durch den Client oder andere in der Kommunikationskette liegende Systeme (Datendrehscheibe via SFTP, Internetanbindung) verursacht wird ist nur schwierig zu erbringen.</p> <p>Aus der Betriebserfahrung der letzten Jahre hat sich gezeigt, dass der Anbieter-Client störanfällig ist. So sind beispielsweise regelmäßige Neustarts erforderlich, um ungeplanten Beeinträchtigungen vorzubeugen.</p> <p>Auch treten auf ÜNB-Seite am MOLS häufig Störungen auf, die zum Ausfall der automatischen Kommunikation führen. Zumeist erfolgte seitens der ÜNB bisher keine Information der Anbieter über das Vorliegen von Störungen, auch wusste das Personal in der Hauptschaltleitung oftmals zunächst nicht über die Störung Bescheid und konnte sie erst zeitversetzt bestätigen.</p>	Next Kraftwerke GmbH
262	34	Abs. 2	Änderung des Absatzes von: "Ferner gilt, dass wenn der Kommunikationsstatus des Regelreserveanbieters „automatisch erreichbar“ aus Gründen, die der Regelreserveanbieter zu vertreten hat, nicht gegeben ist, so entfällt der Anspruch auf den Leistungspreis für den betroffenen Zeitraum." zu "Ferner gilt, dass wenn der Kommunikationsstatus des Regelreserveanbieters „automatisch erreichbar“ oder "telefonisch erreichbar" aus Gründen, die der Regelreserveanbieter zu vertreten hat, nicht gegeben ist, so entfällt der Anspruch auf den Leistungspreis für den betroffenen Zeitraum.	<p>(Fortsetzung der Begründung:)</p> <p>Solange die ÜNB eine Störung des MOLS nicht gemeldet haben bleibt der Anbieter im Ungewissen, ob er den Ausfall der automatischen Kommunikation zu vertreten hat und evtl. den Anspruch auf den Leistungspreis verlieren wird.</p> <p>Aus IT-Sicherheitsgründen muss der Server des Anbieter-Clients zum Einspielen von Sicherheitsupdates regelmäßig neugestartet werden. Da nicht die gesamte Kommunikationskette vollständig redundant betrieben werden kann (laut Soptim nicht möglich), kommt es hierbei zu einem Ausfall der automatischen Kommunikation. Für die regelmäßig notwendigen Sicherheitsupdates jeweils auf die Teilnahme an der Ausschreibung zu verzichten bzw. den Anspruch auf den Leistungspreis zu verlieren erachten wir als unsachgemäß.</p> <p>Es ist unstrittig, dass der Anbieter die MOLS-Anbindung mit hoher Sorgfaltspflicht zu betreiben hat, die pauschale Einkürzung des Leistungsentgelts erachten wir jedoch als unverhältnismäßig, sofern die telefonische Erreichbarkeit gegeben ist.</p>	Next Kraftwerke GmbH

263	34	Abs. 2	Änderung " Ferner gilt, dass wenn der Kommunikationsstatus des Regelreserveanbieters "telefonisch erreichbar" aus Gründen, die der Regelreserveanbieter zu vertreten hat, nicht gegeben ist, so entfällt der Anspruch auf den Leistungspreis für den betroffenen Zeitraum.	Bei der mFRR ist die telefonische Erreichbarkeit ausreichend. Daher sollte für den Fall der Kommunikationsstörung der Status "telefonisch erreichbar" ausreichend sein, um die andauernde Vorhaltung der mFRR trotz Störung zu signalisieren.	UNIPER SE
264	35		Der BDEW schlägt vor, dass eine LFR-Zonen übergreifende Besicherung möglich sein sollte, wie auch im Beschluss BK6-15-159 bereits festgelegt wurde und durch die ÜNB zum 12.07.2019 einzuführen ist.		BDEW e. V.
265	35			Konsistenz mit bestehenden Regelungen: regelzonenübergreifende Besicherung ab 12.07.2019. Diese Regelung wurde in der Festlegung BK6-15-159 bereits festgelegt und ist hier einzufügen. Die ÜNB weisen zu Beginn des Dokumentes darauf hin, dass verschiedene Dokumente zusammengefasst werden sollen, dies sollte dann auch die bereits bestehenden Rechtsgrundlagen berücksichtigen. EFET wünscht sich hier mehr Klarheit und plädiert für eine Aufnahme des Passus, um Anpassungen bereits während der 12-monatigen Implementierungszeit zu vermeiden.	EFET Deutschland
266	35	Abs. 2	neuer Absatz einfügen: Ab dem 12.07.2019 ist die regelzonenübergreifende Besicherung bei MRL (mFRR) möglich.	diese Regelung wurde in der Festlegung BK6-15-159 bereits festgelegt und ist hier einzufügen. Die ÜNB weisen zu Beginn des Dokumentes darauf hin, dass verschiedene Dokumente zusammengefasst werden sollen, dies sollte dann auch die bereits bestehenden Rechtsgrundlagen berücksichtigen.	ENGIE Deutschland
267	37			Wir begrüßen, dass der Vorschlag für eine bessere Transparenz der Regelsalden sorgt.	BDEW e. V.
268	37			Wir würden die anonymisierte Veröffentlichung nicht-bezuschlagter Gebote begrüßen. Wir begrüßen, dass mehr Transparenz beim Einsatz und den RZ Salden (1 letzter Absatz) eingeführt wird.	EFET Deutschland
269	37	Abs. 1	Ergänzung der veröffentlichten Informationen um die anonymisierte Liste aller nicht-bezuschlagten mFRR-Angebote, die für jedes Angebot die Angebotsleistung und den Leistungspreis enthält sowie	REstore begrüßt das von den Übertragungsnetzbetreibern verfolgte Transparenzziel und fordert die zusätzliche Veröffentlichung von nicht bezuschlagten mFRR-Angeboten	REstore
270	37	Abs. 1	Wir würden die anonymisierte Veröffentlichung nicht-bezuschlagter Gebote begrüßen.		RWE Supply & Trading GmbH
271	37	Abs. 1	b) "eine anonymisierte Liste aller mFRR-Gebote, jeweils ..."	Nicht nur die bezuschlagten, sondern alle Angebote sollten veröffentlicht werden, um maximale Markttransparenz herzustellen.	Trianel GmbH
272	38			Der BDEW bestätigt folgende Grundsätze bis zum Zeit-punkt der Schließung des Regelarbeitsmarktes: 1) Der Anbieter muss Arbeitspreise anpassen können und 2) er muss abgegebene Arbeitsgebote (leistungspreis-frei) auch komplett wieder löschen können.	BDEW e. V.

273	38			<p>In der Formulierung des Regelarbeitsmarkts sollte stärker die EBGL berücksichtigt werden. Hier ist eine klare Trennung der Beschaffung von Regelleistung und Regelarbeit vorgesehen. Es ist zu überdenken, ob die Einführung im aktuellen Marktdesign sinnvoll ist und ob es sinnvoll ist, einen so gestalteten Arbeitsmarkt als Übergangsmodell noch einzuführen. Eine Ausnahme von der sofortigen Einführung des Arbeitsmarktes ist, auch von der ausschließliche Vergabe nach Leistungspreis, in der GL EB möglich. Gerade mit Blick auf die unbekannten Rückwirkungen auf den Intradaymarkt ist dies abzuwägen. Ebenso bestehen durch das starre Muster von 4 Stunden wenig Möglichkeiten für neue Bieter (Nachfrage, Speicher, Wind,...). Hier wäre es notwendig, sofort in das Zielmodell (15 Minuten) zu wechseln. Es ist zu überwachen, ob die Liquidität tatsächlich jederzeit vorhanden ist und das System Regelreserve effizient in dem neuen Modell mit Regelarbeitsmarkt integriert werden kann. Die Liquidität am ID-Markt sollte möglichst wenig geschwächt werden. Zudem sollte ein Mechanismus eingeführt werden, mit dem der Einfluss auf den Intraday-Markt in sinnvollen Zeitabständen überprüft werden kann.</p>	EFET Deutschland
274	38			<p>Es besteht keine Verpflichtung, die Einführung des Arbeitspreismarktes sowie die Bezuschlagung alleinig nach Leistungspreis bereits 12 Monate nach Inkrafttreten der GLEB durchzuführen (Art. 16.6 and Art. 65.2). Es besteht also die Möglichkeit, direkt in 2021 im Zielmodell zu starten und den Zwischenschritt zu vermeiden. Im Zielmodell ist vorgesehen, dass sobald die Standardprodukte welche derzeit in den Projekten MARI und PICASSO entwickelt werden europaweit gemeinsam beschafft werden, Termin für die Einführung ist bereits 2021. Hier ist vorgesehen, dass zunächst nur der Leistungspreis bezuschlagt wird. Die bezuschlagten Bieter verpflichten sich lediglich am nächsten Tag ein Gebot in EUR/MWh abzugeben. Auch ist vorgesehen, dass für jede Bilanzierungsperiode von 15 Minuten ein anderer Preis abgegeben werden kann – was neue und flexible Bieter tatsächlich einen Mehrwert bringen würde. Ebenso gilt eine andere Preisregel nämlich pay as cleared und nicht pay as bid wie in dem hier vorgeschlagenen Modell. Die vorgeschlagenen 4-Stundenblöcke mit einem einzigen Preis stellt keine Verbesserung zum Status Quo dar, der ab 12.7.18 in SRL und MRL gilt. Einen Mehrwert eines solchen Übergangsmodells stellt ENGIE Deutschland daher in Frage. Es besteht sogar das Risiko, dass sich die Liquidität nicht wie gewünscht einstellt und erneut die Risiken von deutlich überhöhten Ausgleichsenergiepreisen ohne Knappheit entstehen, zu Lasten der BKV. Jeder Bieter kann selbst den Markt beobachten und dann Preise für Regelarbeit die er für gut befindet einstellen.</p>	ENGIE Deutschland

275	38			<p><i>(Fortsetzung der Begründung:)</i></p> <p>Dies wird auch dadurch möglich, dass die bezuschlagten Bieter ihre Arbeitspreise im von den ÜNB vorgeschlagenen Modell auch nach oben anpassen dürften. Diese Problem kann mitigiert werden, indem die Einführung im Zielmodell erfolgt. Alternativ besteht die Möglichkeit für bezuschlagte Angebote ihren Arbeitspreis nur nach unten anpassen zu dürfen. Da die Bieter mit dem Zuschlag dem ÜNB eine Option verkauft haben, und in diese Prämie ihre Opportunitätskosten etc. eingepreist haben sollten, wäre es keine Benachteiligung per se. Die Bieter könnten alternativ direkt am Arbeitspreismarkt teilnehmen, wenn ihnen eine kurzfristige Anpassung des Arbeitspreises wichtiger ist. Ebenso entstehen den Anbietern und ÜNB Mehrkosten für die IT-Entwicklung und die interne Umsetzung. Es ist nicht effizient, das Modell in 2020 für ein Jahr einzuführen und dann direkt in ein neues Modell zu überführen.</p> <p>Die Auswirkungen auf Liquidität und Gebotsverhalten am Intradaymarkt sind unbekannt, denn im Gegensatz zu den anderen EU-Ländern besteht zusätzlich zu einem bestehenden Intradaymarkt an verschiedenen Marktplätzen ein weiterer Markt für Regelreserve. Die Kapazität die dem Markt entzogen wird hat das Potential diesen zu schwächen. Auch den Intradaymarkt sind BKV und Erzeuger mit kleinen Portfolien zwingend angewiesen, um ihre Bilanzierungspflichten einzuhalten. Sie werden damit einem neuen Preisrisiko ausgesetzt. Randbedingung des Regelarbeitsmarktes sollte sein, die Liquidität am ID-Markt möglichst wenig zu schwächen und ein effizientes Design für den Regelarbeitsmarkt definieren. Eine Schwächung des langfristigen ID-Handels ist unabhängig von der Ausgestaltung zu erwarten, so dass vermehrt zu höheren Preisen kurzfristig gehandelt werden muss.</p> <p>Angebote müssen jederzeit vor der GCT zurückgezogen werden können, auch wenn kein Redispatcheinsatz stattfindet</p>	ENGIE Deutschland
276	38			<p><i>(Fortsetzung der Begründung 2:)</i></p> <p>ENGIE plädiert nach Abwägung der Vor- und Nachteile daher dafür, den Zwischenschritt auszulassen und direkt mit dem go live der europäischen Standardprodukte in den Zielarbeitsmarkt einzusteigen.</p>	ENGIE Deutschland
277	38	Überarbeitung nach gründlichem Durchdenken u. a. der Anforderungen aus Art. 16 EB-VO und des zweischrittigen Verfahrens der Regelreservebeschaffung.	<p>Das Verhältnis des Titels III zu den Modalitäten in den Titeln I und II ist weitgehend unklar, nur punktuell ist auf einzelne Bestimmungen verwiesen. Inwieweit gelten die Titel I und II ergänzend? Für welche Regelungen ist das richtig und sinnvoll?</p> <p>Im Detail:</p> <p>Abs. 1 Buchst. a) bedarf der Anpassung, wenn Art. 16 Abs. 3, 4 und 6 EB-VO ergeben, dass Regelleistungsgebote keine Arbeitspreise umfassen (siehe ausführliche Begründung zur Änderung in § 20 Abs. 8 bzw. § 29 Abs. 6).</p> <p>Bedeutet in Abs. 5 Buchst. b) „können bis zum Zeitpunkt der Schließung des Regelarbeitsmarkts vom ÜNB zum Redispatch herangezogen werden“, dass Redispatch-Maßnahmen spätestens eine Stunde vor Beginn der Produktzeitscheibe beendet sein müssen? Nur dann ist die Bestimmung erträglich, weil die Regelung in Buchst. b) nur ausnahmsweise zur Anwendung käme.</p> <p>In Abs. 6 ist der erste Satz fehlerhaft. Die „Regelleistungsgebote“ sind irrelevant. 1. Zu den Regelleistungsangeboten zählen auch die nicht bezuschlagten. 2. Falls – entgegen der vom VGB vertretenen Auslegung von Art. 16 EB-VO – die Regelleistungsgebote überhaupt einen Arbeitspreis umfassen, sind diese irrelevant, da nach Art. 16 Abs. 4 EB-VO für alle erfolgreichen Regelleistungsgebote ein Regelarbeitsgebot abgegeben werden muss. Dieses obligatorische Regelarbeitsgebot macht Arbeitspreise in Regelleistungsgeboten obsolet.</p>	VGB PowerTech e.V.	

278	38		Überarbeitung nach gründlichem Durchdenken u. a. der Anforderungen aus Art. 16 EB-VO und des zweischrittigen Verfahrens der Regelreservebeschaffung.	<p>(Fortsetzung der Begründung:)</p> <p>Nach Abs. 7 folgt der Abruf der Regelarbeits „einer gesonderten Liste, die aus den nach Artikel [richtig: §] 38 Abs. 6 bezuschlagten Angeboten besteht“. Dies steht im Gegensatz zu § 27 Abs. 1 Satz 1 und § 36 Abs. 1 Satz 1, in denen von „einer gesonderten Liste, die aus bezuschlagten Angeboten aus Regelleistungs und Regelarbeitsmarkt besteht“ die Rede ist.</p> <p>In Abs. 8 kann sich die Freisetzung nicht auf Gebote für Regelleistung beziehen, sondern nur auf beschaffte (kontrahierte) Regelleistung. Die erfolglosen Regelleistungsgebote sind bereits mit der Vergabe frei geworden. Die Regelung ist aber überflüssig, da nach Art. 16 Abs. 4 EB-VO für alle erfolgreichen Regelleistungsgebote ein Regelarbeitsgebot abgegeben werden muss, folglich die Betrachtung der Regelarbeitsgebote genügt.</p> <p>Abs. 9 könnte zwar im Ansatz funktionieren, sofern die „initialen Gebote der vortäglichen Leistungsausschreibung“ Arbeitspreise umfassen. Jedoch stehen weder die erfolglosen Gebote noch die nach Abs. 8 frei gesetzten dem ÜNB noch zur Verfügung. Das in Art. 28 EB-VO vorgesehene Back-up-Verfahren rechtfertigt keinen Verstoß gegen Art. 16 Abs. 3, 4 und 6 EB-VO. Alternativlosigkeit ist von den ÜNB nicht dargelegt.</p>	VGB PowerTech e.V.
279	38	Abs. 1	Bei einer Vergabe nach dem Zuschlagswertverfahren sollten die Arbeitspreise der Gebote im Arbeitsmarkt nur noch nach unten angepasst werden dürfen. Um eine Verzerrung im Arbeitsmarkt zu vermeiden, sollten nach der Leistungsauktion nur die Leistungspreise veröffentlicht werden. Erst nach Handelsschluss des Regelarbeitsmarkts können die erzielten Arbeitspreise veröffentlicht werden.		BDEW e. V.
280	38	Abs. 1		<p>Bei einer Vergabe nach dem Zuschlagswertverfahren sollten die Arbeitspreise der Gebote im Arbeitsmarkt nur noch nach unten angepasst werden dürfen. Um eine Verzerrung im Arbeitsmarkt zu vermeiden, sollten nach der Leistungsauktion nur die Leistungspreise veröffentlicht werden. Erst nach Gate Closure time für den Regelarbeitsmarkt können die erzielten Arbeitspreise veröffentlicht werden.</p> <p>Erläuterung: schreibt nun vor, dass Gebote, die als Leistung kontrahiert worden sind aber im Regelarbeitsmarkt unterboten worden sind und damit in der Merit Order soweit nach hinten rücken, dass sie sich jenseits der Dimensionierung befinden, „befreit“ werden sollen. Sprich diese Flexibilität soll vom Anbieter dann wieder im Intradaymarkt vermarktet werden können.</p> <p>Das wäre aber mit der Möglichkeit gekoppelt, die Arbeitspreise nach der Leistungskontrahierung völlig frei anzupassen.</p> <p>Damit würde die Leistungskontrahierung eigentlich bedeutungslos. Man kann diese mit einem niedrigen Arbeitspreis gewinnen. Diesen kann man dann frei bis zum Beginn des Regelarbeitsmarktes anpassen, also auch exorbitant erhöhen, womit sichergestellt wäre, dass man aus der Merit Order gedrückt wird, sprich man kann dann fast sicher voraussagen, dass das Gebot wieder „befreit“ werden wird.</p> <p>Ergebnis: der Anbieter erhält die Vergütung für die Leistung und hat die Flex im Intradaymarkt frei verfügbar. Mit dem ursprünglichen Sinn der Dimensionierung hat das nur noch wenig zu tun, die Signale die das an den Markt sendet sind eher kontraproduktiv.</p>	EFET Deutschland
281	38	Abs. 1	<p>Bei einer Vergabe nach dem Zuschlagswertverfahren sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Arbeitspreise der Gebote im Regelarbeitsmarkt (die einen Leistungszuschlag erhalten haben), dürfen nur noch nach unten angepasst werden • Nach der Leistungsauktion dürfen nur die Leistungspreise veröffentlicht werden, um eine Verzerrung im Arbeitsmarkt zu vermeiden. • Erst nach Handelsschluss des Regelarbeitsmarkts können die erzielten Arbeitspreise veröffentlicht werden. 	Um weder den Leistungsmarkt, noch der Arbeitsmarkt zu konterkarieren, sind bestimmte Anforderungen in der Ausgestaltung zu beachten und umzusetzen.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG

282	38	Abs. 1	a) einfügen "nach unten" angepasst	Ohne diesen Zusatz läuft die Regelung zum Zuschlagswert ins Leere. Im europäischen Zielmodell ist das Risiko eines illiquiden Arbeitsmarktes deutlich niedriger als in der Zwischenlösung in Deutschland - schon deshalb, weil für 4 Stunden-Blöcke und nicht für 15-Minuten-Intervalle geboten wird. Die Auktionsergebnisse sollten erst nach GCT des Arbeitsmarktes veröffentlicht werden, um Marktverzerrungen zu vermeiden.	ENGIE Deutschland
283	38	Abs. 1	c) Das Volumen des Regelarbeitsmarktes wird begrenzt, bis die Auswirkungen der verkürzten Angebotsdauern (BK6-15-158 und BK6-15-159) untersucht wurden.	Die Einführung des Regelarbeitsmarktes scheint beschlossene Sache zu sein, ist aber eine große Änderung der Rahmenbedingungen mit größtenteils unklaren Auswirkungen. Um die Auswirkungen zunächst zu begrenzen, empfehlen wir, in einem ersten Schritt das Volumen des Regelarbeitsmarktes zu begrenzen. Insbesondere sollten Markt-Design-Änderungen nicht parallel eingeführt werden. So sollten zunächst die Auswirkungen der beschlossenen Verkürzung der Angebotsdauern bei Sekundärregelleistung und Minutenreserve (BK6-15-158 / BK6-15-159) untersucht werden. Wenn eine Änderung des Markt-Designs dazu führt, dass kleine Anbieter aus dem Markt gedrängt werden, ist dies nicht reversibel, da hohe Eintrittshürden (z.B. Abschluss von Verträgen zum Pooling von Kleinanlagen, IT- und Personalkosten) existieren.	MVV Energie AG
284	38	Abs. 1	d) Mit Einführung eines Regelarbeitsmarktes wird ein Zuschlagsmechanismus mit gekoppelten Arbeits- und Leistungspreisen beendet.	Es muss klargestellt werden, dass die Übergangslösung eines gekoppelten Zuschlagsmechanismus, der Leistungs- und Arbeitspreise berücksichtigt, mit Start des Regelarbeitsmarktes beendet wird. Ein gekoppelter Zuschlag und ein Regelarbeitsmarkt parallel würden zu strategischem Bietverhalten und Marktverwerfungen führen, wenn ein Zuschlag im Leistungsmarkt auf Basis des gebotenen Arbeitspreises erfolgt und dieser Arbeitspreis später geändert werden könnte.	MVV Energie AG
285	38	Abs. 1	a) streichen b) streichen	Wir lehnen die Möglichkeit zur nachträglichen Anpassung von Regelarbeitsgeboten bis 1 h vor der ersten Lieferviertelstunde ab. Gründe: 1. Ein solcher Mechanismus begünstigt Marktmachtausübung von Anbietern mit sehr großen Portfolien. Ein funktionierender Markt beschränkt sich aber nicht nur auf wenige große Anbieter. Auch im Spotmarkt können Day-Ahead-Gebote nicht mehr angepasst werden und im Intraday-Markt können nur freie Mengen vermarktet werden. 2. Spekulatives Verhalten in der ersten Auktion würde begrenzt, wenn die Arbeitspreise nicht mehr geändert werden können. Dann muss schon in der ersten Auktion ein realistischer Arbeitspreis geboten werden. Wir lehnen die Möglichkeit zur nachträglichen Anpassung von Regelarbeitsgeboten bis 1 h vor der ersten Lieferviertelstunde ab. Gründe: 1. Ein solcher Mechanismus begünstigt Marktmachtausübung von Anbietern mit sehr großen Portfolien. Ein funktionierender Markt beschränkt sich aber nicht nur auf wenige große Anbieter. Auch im Spotmarkt können Day-Ahead-Gebote nicht mehr angepasst werden und im Intraday-Markt können nur freie Mengen vermarktet werden. 2. Spekulatives Verhalten in der ersten Auktion würde begrenzt, wenn die Arbeitspreise nicht mehr geändert werden können. Dann muss schon in der ersten Auktion ein realistischer Arbeitspreis geboten werden.	MVV Energie AG

286	38	Abs. 1	Änderung des §38 Abs. 1 Lit. a) "Am Regelarbeitsmarkt können die Arbeitspreise von am Regelleistungsmarkt bezuschlagten Geboten bis zum Zeitpunkt der Schließung des Regelarbeitsmarkts nach unten angepasst werden."	Eine nachträgliche Anpassung des Arbeitspreises entsprechend §38 Abs. 1 Lit. a). führt den Ansatz (Vergabe auf Basis eine Zuschlagwertes) ad absurdum. Daher sollte die Anpassung des Arbeitspreises dahingehend geändert werden, dass der Anbieter den Arbeitspreis nach der Auktion mit Leistungspreis nur nach unten anpassen darf. Um Rückschlüsse aus dem „Bietverhalten“ der Auktion auf den Arbeitsmarkt zu vermeiden, empfiehlt es sich zudem, dass die Ergebnisse der Auktion erst nach Ende des Arbeitsmarktes veröffentlicht werden. Dieser Ansatz sollte bis zur vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem Anwendung finden. Die BNetzA hatte bei den Verfahren BK6-18-019 und BK6-18-020 angebracht, dass der Ansatz (Vergabe auf Basis eine Zuschlagwertes) lediglich eine Interimslösung bis zur Einführung des Arbeitsmarktes darstellt. Es sollte dann jedoch nochmals abschließend geprüft werden, ob der Zuschlag auf Basis des Zuschlagswertes im europäischen Kontext konsistent ist und weiter Anwendung finden kann.	UNIPER SE
287	38	Abs. 3		Die beiden Auktionen sind identisch, was die Produktdefinition angeht, mit dem Unterschied, dass im einen Fall ein Leistungspreis und im anderen Fall ein Arbeitspreis angegeben wird.	EFET Deutschland
288	38	Abs. 5	Verkürzung der Vorlaufzeit von 1 Stunde auf 25 Minuten: "Der Regelarbeitsmarkt für die jeweilige Reserveart schließt 25 Minuten vor Beginn der Produktzeitscheibe"	Generell begrüßt REstore die Einführung des Regelenergiemarktes in Deutschland. Dessen Schließung muss jedoch näher an die Lieferung herangeführt werden, d. h. auf 25 Minuten, wie in den europäischen Projekten MARI und PICASSO vorgesehen. Zusätzlich müssen folgende Aspekte in den Modalitäten für Regelreserveanbieter geklärt werden: 1) Erhalten kontrahierte Gebote, die in der Leistungsausschreibung bezuschlagt werden, automatisch den Leistungspreis (in EUR / MW), auch wenn sie im darauf folgenden Regelenergiemarkt durch freie Gebote aus der MOL verdrängt werden? 2) Was passiert mit freien und kontrahierten Geboten 15 Minuten nach Schließung des Regelenergiemarktes: können diese ohne Pönale an anderen Märkten teilnehmen?	REstore
289	38	Abs. 5	Der Regelarbeitsmarkt für die jeweilige Reserveart schließt 30 Minuten vor Beginn der Produktzeitscheibe.	Statkraft begrüßt die Einführung eines Regelarbeitsmarktes. Um negative Rückwirkungen auf den Intraday-Markt zu minimieren, sollte der Regelarbeitsmarkt für die jeweilige Reserveart nicht 1 Stunde vor Beginn der Produktzeitscheibe schließen, sondern 30 Minuten vorher.	Statkraft Markets GmbH
290	38	Abs. 5	Änderung der Lit. a) "Technische Einheiten, denen leistungspreisfreie Gebote am Regelarbeitsmarkt zugeordnet sind, können bis 1 Stunde vor der Schließung des Regelarbeitsmarkts vom ÜNB für Redispatch herangezogen werden."	Damit der Anbieter sein Gebot auf dem Regelarbeitsmarkt im Fall, dass einer seiner TE für Redispatch herangezogen werden muss, anpassen kann, muss die entsprechende Information mindesten 1 Stunde vor dem Ende des Regelarbeitsmarktes dem Anbieter vorliegen. Dieser Vorlauf ist mindestens erforderlich, um zu prüfen ob die für Redispatch herangezogene TE einen Einfluss auf die bereits gestellten oder bereits geplanten Gebote für den Regelarbeitsmarkt hat. Sollte dies der Fall sein, dann muss der Anbieter seine Gebote neu kalkulieren und an die Plattform für den Regelarbeitsmarkt übertragen. Anderenfalls ist es dem Anbieter nicht möglich Redispatch bei seinen Geboten zu berücksichtigen und eine zusätzlich Absicherung aller Gebote im Fall eines Redispatch wäre diskriminierend, da Anbieter in der Auktion diese Anforderung nicht haben bzw. die kontrahierte Leistung richtigerweise für Redispatch nicht zur Verfügung steht. Zudem wäre es ein erhebliches Hemmnis zur Teilnahme und ist unseres Erachtens ineffizient, da alle Anbieter die Risiken für die Absicherung berücksichtigen müssten.	UNIPER SE
291	38	Abs. 5	kein Vorschlag	Überarbeitung §38 in Gänze erforderlich	VGB PowerTech e.V.

292	38	Abs. 6	Es sollte klargestellt werden, dass die Regelungen des Paragraphen nur gelten, wenn das Zuschlagsverfahren dem derzeitigen (25.07.2018) entspricht.	Diese Regelungen würden bei einem Zuschlagsverfahren mit Mischpreisen aus Leistungs- und Arbeitspreis mittels Zuschlagswerten das Zuschlagsverfahren ad absurdum führen.	Trianel GmbH
293	38	Abs. 6	"... unter Berücksichtigung der Gebote am Regelarbeits- und am Regelleistungsmarkt. ..."	redaktionelle Klarstellung	Trianel GmbH
294	38	Abs. 8	Die im Rahmen der Regelleistungsausschreibung bezuschlagten Gebote dürfen nicht mehr befreit werden.	Die bereits in der Leistungsausschreibung bezuschlagten Regelreserveanbieter müssen ihre Zuschläge behalten und sollten nicht ex-post befreit werden. Sie haben ihre Anlagen bereits basierend auf den Zuschlägen ganzheitlich vermarktet. Zudem bittet LEAG um ein konkretes quantifizierbares Beispiel.	Lausitz Energie Kraftwerke AG
295	38	Abs. 8	Für eine Übergangsphase bis zu den Beschaffungsplattformen MARI und PICASSO kann die Vergabe nach dem Zuschlagswertverfahren erfolgen. In diesem Fall sollten auch Gebote mit einem Zuschlag für Regelleistung an die Anbieter zurückgegeben werden, wenn der Arbeitspreis höher ist als das letzte zur Deckung des ursprünglichen Bedarfs benötigte Gebot. Ohne das Zuschlagswertverfahren sollten nur leistungspreisfreie Gebote zurückgegeben werden können. Eine Rückgabe von Geboten mit Zuschlag für Regelleistung führt zu einer Entwertung der Auktion für Regelleistung.	Aus der EB GL ergibt sich, dass die Arbeitspreise nach der Leistungskontrahierung völlig frei angepasst werden dürfen. Somit würde eine Befreiung der Gebote für Regelleistung zu einem kontraproduktiven Anreiz auf dem Markt führen. Man könnte die Leistungskontrahierung mit einem niedrigen Arbeitspreis gewinnen. Diesen wiederum könnte man frei bis zum Beginn des Regelarbeitsmarktes anpassen, also auch exorbitant erhöhen, womit sichergestellt wäre, dass man aus der Merit Order gedrückt wird. Daraus ergibt sich die Möglichkeit darauf zu spekulieren, dass das Gebot wieder freigesetzt wird. Damit würde die Leistungskontrahierung im Grunde bedeutungslos werden. Für einen funktionsfähigen EOM ist es essentiell, dass keine Kapazität zurückgehalten und damit der Markt künstlich verzerrt wird. Dies muss auch für die Beschaffung von Regelernergie gelten.	BDEW e. V.
296	38	Abs. 8		Für eine Übergangsphase bis zu den Beschaffungsplattformen MARI und PICASSO kann die Vergabe nach dem Zuschlagswertverfahren erfolgen. In diesem Fall und unter Berücksichtigung unseres Kommentares zu §38 (1) sollten die Gebote, wie es der Entwurf der Modalitäten vorsieht, an die Anbieter zurückgegeben werden, wenn der Arbeitspreis höher ist als das letzte zur Deckung des ursprünglichen Bedarfs benötigte Gebot. Ohne das Zuschlagswertverfahren sind mindestens die leistungspreisfreien Gebote zurückzugeben. Eine pauschale Rückgabe von Geboten mit Zuschlag für Regelleistung führt zu einer Entwertung der Auktion für Regelleistung.	EFET Deutschland
297	38	Abs. 8	Bei einer Vergabe nach dem Zuschlagswertverfahren sind folgende Aspekte zu berücksichtigen: • Die Arbeitspreise der Gebote im Regelarbeitsmarkt (die einen Leistungszuschlag erhalten haben), dürfen nur noch nach unten angepasst werden • Nach der Leistungsauktion dürfen nur die Leistungspreise veröffentlicht werden, um eine Verzerrung im Arbeitsmarkt zu vermeiden. • Erst nach Handelsschluss des Regelarbeitsmarkts können die erzielten Arbeitspreise veröffentlicht werden. Um den Regelleistungsmarkt nicht zu untergraben und letztlich das Regelleistungsprodukt zu entwerten, sind wir der Auffassung, dass Gebote mit Zuschlag für Regelleistung nicht zurückgegeben werden dürfen. Denn die Verpflichtung zur Vorhaltung von Regelleistung wurde vermarktet und ist dementsprechend auch zu erbringen; dieser Verpflichtung könnte sich der Reserveanbieter ansonsten entziehen (durch Anpassung der Arbeitspreisgebote nach oben). Dies entspricht auch den Ausführungen im Begleitdokument, die eine Rückgabe ausschließlich der leistungspreisfreien Gebote an die Anbieter vorsehen. Eine entsprechende Präzisierung sollte unbedingt auch in das Hauptdokument der Modalitäten übernommen werden. Für eine Übergangsphase bis zu den Beschaffungsplattformen MARI und PICASSO kann die Vergabe nach dem Zuschlagswertverfahren erfolgen. In diesem Fall sollten auch Gebote mit einem Zuschlag für Regelleistung an die Anbieter zurückgegeben werden, wenn der Arbeitspreis höher ist als das letzte zur Deckung des ursprünglichen Bedarfs benötigte Gebot. Allerdings sind hier die unter Paragraph 1 gemachten Bedingungen zu berücksichtigen:	Um weder den Leistungsmarkt, noch der Arbeitsmarkt zu konterkarieren, sind bestimmte Anforderungen in der Ausgestaltung zu beachten und umzusetzen.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG

298	38	Abs. 8	<p><i>(Fortsetzung der vorgeschlagenen Änderung:)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Arbeitspreise der Gebote im Regelarbeitsmarkt (die einen Leistungszuschlag erhalten haben), dürfen nur noch nach unten angepasst werden • Nach der Leistungsauktion dürfen nur die Leistungspreise veröffentlicht werden, um eine Verzerrung im Arbeitsmarkt zu vermeiden. • Erst nach Handelsschluss des Regelarbeitsmarkts können die erzielten Arbeitspreise veröffentlicht werden. <p>Ohne das Zuschlagswertverfahren sollten, wie beschrieben, nur leistungspreisfreie Gebote zurückgegeben werden können (entsprechend den Ausführungen im Beglwidokument).</p> <p>In jedem Fall muss die Rückmeldung über nicht benötigte und zurückgegebene Gebote zeitnah erfolgen (z.B. 5 Minuten nach BEGCT), damit der Anbieter noch die Möglichkeit hat, die Einheiten anderweitig zu nutzen.</p>	Um weder den Leistungsmarkt, noch der Arbeitsmarkt zu konterkarieren, sind bestimmte Anforderungen in der Ausgestaltung zu beachten und umzusetzen.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
299	38	Abs. 8	streichen	<p>Wir lehnen die Rückgabe von Regelarbeitsgeboten, welche das benötigte Regelleistungsvolumen übersteigen, ab.</p> <p>1. Die Freisetzung von Geboten wird die Liquidität im Intradaymarkt nicht entscheidend verbessern. Wir erwarten durch die Freisetzung von Geboten nur geringe zusätzliche Mengen für den Intraday-Markt. Außerdem haben Anbieter mit hohen Arbeitspreisen in der Regel hohe Erzeugungskosten, d.h. dieses Angebot verändert das Preisgefüge im Intradaymarkt wahrscheinlich nicht.</p> <p>2. Gebote mit Zuschlag für Regelleistung sollten nicht zurückgegeben werden dürfen. Die Bereitschaft zur Vorhaltung von Regelleistung wurde verkauft und wird vergütet. Diese Leistung trägt zur Versorgungssicherheit bei, auch wenn im Arbeitsmarkt weitere Anbieter einen Zuschlag erhalten. Wenn den Anbietern die Möglichkeit gegeben würde, sich durch hohe Arbeitspreisgebote dieser Verpflichtung zu entziehen, würde das Regelleistungsprodukt entwertet werden.</p>	MVV Energie AG
300	38	Abs. 8	38(8) sollte so geändert werden, dass die als Leistung kontrahierten Gebote nicht "befreit" werden.	<p>§38(8) sieht im Entwurf vor, dass Gebote, die als Leistung kontrahiert worden sind aber im Regelarbeitsmarkt unterboten worden sind und damit in der Merit Order soweit nach hinten rücken, dass sie sich jenseits der Dimensionierung befinden, „befreit“ werden sollen. Sprich diese Flexibilität soll vom Anbieter dann wieder im Intradaymarkt vermarktet werden können.</p> <p>Außerdem bestünde die Möglichkeit, die Arbeitspreise nach der Leistungskontrahierung vor dem Regelarbeitsmarkt frei anzupassen.</p> <p>Damit wird die Leistungskontrahierung eigentlich bedeutungslos, denn folgendes hypothetisches Szenario wäre denkbar: Man könnte die Leistungsauktion mit einem niedrigen Arbeitspreis gewinnen. Diesen könnte man ja dann frei bis zum Beginn des Regelarbeitsmarktes anpassen, also auch exorbitant erhöhen, womit es sehr wahrscheinlich würde, dass man aus der Merit Order gedrückt würde, sprich man könnte dann fast sicher voraussagen, dass das Gebot wieder „befreit“ werden würde.</p> <p>Ergebnis: der Anbieter erhielte erst die Vergütung für die Leistung und hätte die Flex im Intradaymarkt wieder frei verfügbar. Mit dem ursprünglichen Sinn der Dimensionierung hätte das nur noch wenig zu tun und die Signale, die das an den Markt senden würde, wären eher kontraproduktiv.</p>	RWE Supply & Trading GmbH
301	38	Abs. 8	Einfügung: Die Auswirkungen auf die Liquidität am nationalen Intraday-Markt werden regelmäßig überprüft.	<p>Es sollte ein Mechanismus eingeführt werden, mit dem der Einfluss auf den Intraday-Markt in sinnvollen Zeitabständen überprüft werden kann.</p> <p>Zur Gebotsfreisetzung: Die über die dimensionierte Menge hinausgehenden Gebote sollten frei gegeben werden, um damit entweder für das Bilanzkreismanagement des Anbieters oder für den Intraday-Markt wieder zur Verfügung zu stehen.</p>	Statkraft Markets GmbH

302	38	Abs. 8	Änderung: "Die Freisetzung erfolgt spätestens 5 Minuten nach dem Zeitpunkt der Schließung des Regelarbeitsmarktes."	Die „Freisetzung“ ist eine wesentliche Bedingung, um die negativen Auswirkungen auf den Intradaymarkt auf ein Minimum zu reduzieren, daher sollte diese spätestens 5 Minuten nach Ende des Regelarbeitsmarktes erfolgen werden. Eine spätere Veröffentlichung würde die weitere Nutzung der Kapazität erübrigen und dem Markt folglich diese Kapazität entziehen.	UNIPER SE
303	38	Abs. 8	Ergänzung: Die Bindefrist ist abweichend zu §4 Abs 15 und beträgt 5 Minuten.	Zur Klarstellung sollte ergänzt werden, dass eine abweichend Bindefrist zu § 4 Abs. 15 für den Regelarbeitsmarkt gilt.	UNIPER SE
304	38	Abs. 8	kein Vorschlag	Überarbeitung §38 in Gänze erforderlich	VGB PowerTech e.V.
305	39	Abs. 1	Der BDEW empfiehlt daher dringend zu überdenken, ob eine Zwischenlösung tatsächlich notwendig ist – diese verursacht erhebliche IT-Kosten für die Anbieter und Netzbetreiber.	Es besteht keine Pflicht bereits vor Go-live der Standardplattformen die Einführung des Regelarbeitsmarktes in Deutschland zu forcieren. Hinzukommend ist dieser nicht geeignet, um neue Anbieter an den Markt zu führen (zu große Zeitscheiben). Der Mehrwert ist also deutlich begrenzt, die Wechselwirkungen mit dem Intraday-Markt sind nicht bekannt und die Liquidität ebenso.	BDEW e. V.
306	39	Abs. 1		Entsprechend dem Umsetzungszeitplan werden die Anpassungen erst 2020 wirksam. Bis zur Einführung der europäischen Plattformen ist es dann nicht mehr weit. Die Frist Ende 2021 stellt eine Maximalfrist zur Teilnahme aller TSO dar. Der Start der Plattformen sollte deutlich früher erfolgen. Daher sollte die Einführung direkt an die Einführung der Plattform gebunden sein und dann bereits in einer deutlich kleinteiligeren Produktgröße. Die Anpassungen, die auf die Prozesse und IT-Systeme der Anbieter zukommt, sind enorm. Selbst wenn einige der Anpassungen in Richtung der europäischen Plattformen gehen, werden durch diesen Zwischenschritt in jedem Fall Zusatzaufwände entstehen.	EFET Deutschland
307	39	Abs. 2	Es wird nach folgender Satz angefügt: Mit Inkrafttreten des Regelarbeitsmarktes nach §38 erfolgt der Zuschlag im Leistungsmarkt ausschließlich anhand des Leistungswertes. In den §§ 20 Abs. 8 und 29 Abs. 8 wird der Gewichtungsfaktor für den Arbeitspreis auf 0 gesetzt.	Die Kombination von Zuschlagswertverfahren mit einem Arbeitsmarkt mit der Möglichkeit der nachträglichen Preisanpassung empfinden wir nicht als konsistent. Ein Anbieter könnte dazu verleitet werden in der Auktion einen möglichst niedrigen Arbeitspreis zu bieten, um dafür einen sehr hohen Leistungspreis zu erzielen. Nach Abschluss der Auktion könnte dieser Anbieter dann die Arbeitspreise wieder deutlich nach oben korrigieren. So wäre beispielsweise in den Auktionen am 12.07. für positive SRL ein Leistungspreis von über 30.000€ bei einem Arbeitspreis von -99.999 möglich gewesen.	MVV Energie AG
308	Anhang A		Im Rahmen der direkten Aktivierung sollte nicht nur die Aktivierungsrampe, sondern auch die Deaktivierungsrampe bei der Ermittlung der abzurechnenden Energie berücksichtigt werden. Untererfüllung: Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum im Fall einer Unterfüllung auch die Vergütung für die vor der von der Untererfüllung betroffenen Viertelstunde reduziert werden soll.		BDEW e. V.
309	Anhang A			Im Rahmen der direkten Aktivierung sollte nicht nur die Aktivierungsrampe sondern auch die Deaktivierungsrampe bei der Ermittlung der abzurechnenden Energie berücksichtigt werden. Untererfüllung: Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum im Fall einer Unterfüllung auch die Vergütung für die vor der von der Untererfüllung betroffenen Viertelstunde reduziert werden soll.	EFET Deutschland
310	Anhang A		Im Rahmen der direkten Aktivierung sollte nicht nur die Aktivierungsrampe, sondern auch die Deaktivierungsrampe bei der Ermittlung der abzurechnenden Energie berücksichtigt werden. Im Fall einer Untererfüllung ergibt sich für uns kein ersichtlicher Grund, warum dann auch die Vergütung für die vor der von der Untererfüllung betroffenen Viertelstunde reduziert werden soll.		EnBW Energie Baden-Württemberg AG

311	Anhang A		S. 33 Untererfüllung: Streichen: Zudem stellt eine Erbringung unterhalb der Mindesterbringung eine Untererfüllung dar, für die der Anbieter eine Pönale an den ÜNB zahlt. Es gelten die Regelungen zu „Verstoß gegen die Modalitäten gemäß Art. 18 (5) k) EB-VO“.	Eine zusätzliche Pönalisierung lehnen wir ab. Eine Änderung sollte frühestens im Rahmen des Projektes MARI mit allen TSOs vereinbart werden um Diskriminierungen zu vermeiden.	MVV Energie AG
312	Anhang B		Im Rahmen der beispielhaften Abrechnung (Zuteilbare Akzeptanzmengen, Einzelvertragsanteile) werden lediglich Beispiele mit positiver SRL verwendet. Im Rahmen der Sicherstellung der Nachvollziehbarkeit der mathematischen Formeln und des methodischen Verständnisses wären auch beispielhafte Darstellungen für negative SRL sinnvoll. Aufgrund der Änderungen zur Vorkonsultation (Ermittlung von zwei Gradienten) wäre es hilfreich, eine geänderte Excel-Beispieldatei, welche die gezeigten Beispiele abbildet, für zusätzliches Verständnis auf regelleistung.net zu veröffentlichen.	Nachvollziehbarkeit der mathematischen Formel und Methoden	Lausitz Energie Kraftwerke AG
313	Anhang B		Produktwechsel: Grundsätzlich führt das beschriebene Verfahren bei der Umsetzung zu einem erheblichen Mehraufwand (dynamische Ermittlung des Wendepunktes, Berücksichtigung von Gebotspreisen des vergangenen Produkts, zusätzliche Viertelstunden für die Abrechnung). Deshalb ist zu prüfen, ob eine vereinfachte Vorgehensweise angestrebt werden soll. Z. B. für den Fall, dass der Anbieter im neuen Produkt keinen Zuschlag erhalten hat, gelten fünf Minuten nach Produktwechsel weiterhin die „alten“ Preise. Im Rahmen der beispielhaften Abrechnung (zuteilbare Akzeptanzmengen, Einzelvertragsanteile) werden lediglich Beispiele mit positiver SRL verwendet. Im Rahmen der Sicherstellung der Nachvollziehbarkeit der mathematischen Formeln und des methodischen Verständnisses wären auch beispielhafte Darstellungen für negative SRL sinnvoll. Aufgrund der Änderungen zur Vorkonsultation (Ermittlung von zwei Gradienten) wäre es hilfreich, eine geänderte Excel-Beispieldatei, welche die gezeigten Beispiele abbildet, für zusätzliches Verständnis auf regelleistung.net zu veröffentlichen.		BDEW e. V.
314	Anhang B			Sollte bei Formel 10 nicht der absolute Wert von akzpos verwendet werden? Das Verfahren zum Produktwechsel führt zu einem erheblichen Mehraufwand bei der Umsetzung (dynamische Ermittlung des Wendepunktes, Berücksichtigung von Gebotspreisen des vergangenen Produkts, zusätzliche Viertelstunden für die Abrechnung). Einfacher wäre, wenn im Fall, dass der Anbieter keinen Zuschlag im neuen Produkt erhalten hat, bis 5 Minuten nach dem Produktwechsel die „alten“ Preise gelten, . Der Anbieter hat einen Zuschlag im neuen Produkt erhalten: In diesem Fall gelten ab Produktwechsel die neuen Preise. Ausnahme: Der Sollwert ist größer als Pmax der neuen Zuschläge. In diesem Fall gelten die alten Preise bis der Sollwert erstmals Pmax unterschreitet.	EFET Deutschland
315	Anhang B		Produktwechsel: Grundsätzlich führt das beschriebene Verfahren in Bezug auf den Produktwechsel zu einem erheblichen Mehraufwand (dynamische Ermittlung des Wendepunktes, Berücksichtigung von Gebotspreisen des vergangenen Produkts, zusätzliche Viertelstunden für die Abrechnung). Deshalb schlagen wir eine vereinfachte Vorgehensweise für die zwei Situationen an: - Der Anbieter hat im neuen Produkt keinen Zuschlag erhalten: In diesem Fall gelten bis 5 min nach Produktwechsel die alten Preise. - Der Anbieter hat einen Zuschlag im neuen Produkt erhalten: In diesem Fall gelten ab Produktwechsel die neuen Preise. Ausnahme: Der Sollwert ist größer als Pmax der neuen Zuschläge. In diesem Fall gelten die alten Preise bis der Sollwert erstmals Pmax unterschreitet.		EnBW Energie Baden-Württemberg AG

316	Anhang B		<p>S. 47 Untererfüllung: Streichen: Die monetäre Bewertung der Untererfüllung erfolgt gemäß den Regelungen im Vorschlagsdokument § 25 „Verstoß gegen die Modalitäten gemäß Art. 18 (5) k) EB-VO“ mit dem für die jeweilige Lieferrichtung und den aktuellen Zeitpunkt t geltenden Pönalisierungspreis PP. Streichen: Formel 21: Bestimmung der Pönale</p>	<p>Eine zusätzliche Pönalisierung lehnen wir ab. Eine Änderung sollte frühestens im Rahmen des Projektes PICASSO mit allen TSOs vereinbart werden um Diskriminierungen zu vermeiden.</p>	MVV Energie AG
317	Anhang B		<p>Abschnitt Sekündliche Bestimmung der (zuteilbaren) Akzeptanz- und Untererfüllungswerte für den Pool: Änderung des Absatzes von "Mit dem Akzeptanzkanal wird systematisch eine größere Fläche aufgespannt, als sie sich durch den angeforderten Sollwert ergibt. Die maximal zu vergütende Sekundärregelarbeit ist auf die angeforderte Sollmenge begrenzt. Die Begrenzung erfolgt dynamisch mithilfe eines gleitenden 5-Minuten-Zeitfensters, in dem sekundlich je Lieferrichtung die beiden Summen über die letzten 5 Minuten (t-301...t-1) für den Sollwert und den zuteilbaren Akzeptanzwert verglichen werden. [...]" zu: "Mit dem Akzeptanzkanal wird systematisch eine größere Fläche aufgespannt, als sie sich durch den angeforderten Sollwert ergibt. Die maximal zu vergütende Sekundärregelarbeit ist auf die angeforderte Sollmenge begrenzt. Die Begrenzung erfolgt dynamisch mithilfe eines gleitenden 15-Minuten-Zeitfensters, in dem sekundlich je Lieferrichtung die beiden Summen über die letzten 15 Minuten (t-1501...t-1) für den Sollwert und den zuteilbaren Akzeptanzwert verglichen werden. [...]"</p>	<p>Den Vorschlag das gleitende Betrachtungsintervall für die Kappung der Akzeptanzmenge auf die Sollmenge von 5 Minute auf 15 Minuten zu vergrößern hatten wir bereits, als Kompromissvorschlag, in die vorhergehende Konsultation der Modalitäten durch die ÜNB eingebracht. Der Kommentar der ÜNB zu unserer Stellungnahme bezieht sich jedoch auf die Ausdehnung auf das gesamte Abrufereignis und nicht auf die Kappung auf 15 Minuten. Daher wiederholen wir unseren Vorschlag an dieser Stelle.</p> <p>Unser Vorschlag zielt darauf ab eine – im Vergleich zum aktuell angewandten Abrechnungsmodell – Verringerung der vergütbaren Regelarbeit zu vermeiden, die mit einem 5-Minuten-Zeitfenster in bestimmte Situationen auftreten wird.</p> <p>Sofern ein Abruf vollständig innerhalb einer Viertelstunde liegt entspricht nach dem aktuellen Abrechnungskonzept das Betrachtungsfenster für die Kappung der vergütbaren Regelarbeit auf die Sollmenge der Viertelstunde, also einen Flächenvergleich zwischen der Sollmenge und der Istmenge über ein 15-Minuten-Zeitfenster. Zwar hebt das vorgeschlagene Abrechnungskonzept die starre Viertelstundenbegrenzung auf – was wir sehr begrüßen – jedoch wird das Betrachtungsfenster generell auf 5 Minuten verkürzt. Dies bedeutet, dass dem Anbieter die Rückführungsrampe eines Abrufens nicht mehr vergütet wird, wenn der Abruf länger als 5 Minuten andauert hat. Dies ist nach dem aktuellen Konzept erst ab 15 Minuten Abruflänge der Fall (sofern der Abruf vollständig innerhalb einer Viertelstunde liegt), da die geringere Istfläche in der Anfahrrampe des Abrufs mit der höhere Istfläche aus der Rückfahrrampe aufgefüllt werden kann.</p>	Next Kraftwerke GmbH
318	Anhang B		<p>Abschnitt Sekündliche Bestimmung der (zuteilbaren) Akzeptanz- und Untererfüllungswerte für den Pool: Änderung des Absatzes von "Mit dem Akzeptanzkanal wird systematisch eine größere Fläche aufgespannt, als sie sich durch den angeforderten Sollwert ergibt. Die maximal zu vergütende Sekundärregelarbeit ist auf die angeforderte Sollmenge begrenzt. Die Begrenzung erfolgt dynamisch mithilfe eines gleitenden 5-Minuten-Zeitfensters, in dem sekundlich je Lieferrichtung die beiden Summen über die letzten 5 Minuten (t-301...t-1) für den Sollwert und den zuteilbaren Akzeptanzwert verglichen werden. [...]" zu: "Mit dem Akzeptanzkanal wird systematisch eine größere Fläche aufgespannt, als sie sich durch den angeforderten Sollwert ergibt. Die maximal zu vergütende Sekundärregelarbeit ist auf die angeforderte Sollmenge begrenzt. Die Begrenzung erfolgt dynamisch mithilfe eines gleitenden 15-Minuten-Zeitfensters, in dem sekundlich je Lieferrichtung die beiden Summen über die letzten 15 Minuten (t-1501...t-1) für den Sollwert und den zuteilbaren Akzeptanzwert verglichen werden. [...]"</p>	<p>(Fortsetzung der Begründung:) Abrufdauern zwischen 5 bis 15 Minuten treten recht häufig auf. Da Abrufe dieser Länge zum größten Teil aus Rampenphasen bestehen, ergibt sich für den Anbieter bei einem 5-minütigen Kappungsfenster ein ungünstiges Verhältnis zwischen dem vergütbaren und dem nicht vergütbaren Anteil der erbrachten Regelarbeit. Ein gleitenden 15-Minuten-Zeitfensters erachten wir daher als angemessen.</p>	Next Kraftwerke GmbH
319	Anhang B		<p>Sollte bei Formel 10 nicht der absolute Wert von akzpos verwendet werden?</p>		RWE Supply & Trading GmbH
320	Anhang C		<p>Abgleich des gesamten Anhang C mit dem Marktstammdatenregister.</p>	<p>Nach § 6 Abs. 2 a) müssen die Regelreserveanbieter sämtliche Daten des Anhang C im Rahmen des PQ-Verfahrens bereitstellen. Diverse in Anhang C geforderte Daten sind bereits aus dem Marktstammdatenregister zu entnehmen. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb erneut bürokratischer Aufwand und damit Kosten erzeugt wird, indem die im MaStR enthaltenen Stammdaten nochmals an die ÜNB zu melden sind.</p>	Lausitz Energie Kraftwerke AG

321	Anhang C		Der BDEW empfiehlt einen Abgleich des gesamten Anhangs C mit dem Marktstammdatenregister (MaStR).	Nach § 6 Abs. 2 a) müssen die Regelreserveanbieter sämtliche Daten des Anhangs C im Rahmen des PQ-Verfahrens bereitstellen. Diverse in Anhang C geforderte Daten sind bereits aus dem MaStR zu entnehmen. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb erneut bürokratischer Aufwand und damit Kosten erzeugt werden, indem die im MaStR enthaltenen Stammdaten nochmals an die ÜNB zu melden sind.	BDEW e. V.
322	Anhang C		"W-Code" sollte kein Pflichtfeld sein	Der W-Code (W-EIC) werden für Kraftwerksblöcke, Erzeugungsanlagen und Speicher mit Anschluss an die Spannungsebene 110 kV oder höher mit einer Netto-Nennleistung größer oder gleich 10 MW (ausgenommen davon sind EE Anlagen) vergeben. Viele präqualifizierten Anlagen haben eine Netto-Nennleistung kleiner als 10 MW bzw. sind auf Spannungsebenen unter 110 kV angeschlossen und erhalten somit keinen W-Code. Entsprechend schlagen wir vor, dass Feld als fakultativ zu Kennzeichnen oder die Pflicht der Angabe an das Vorhandensein eines solche Codes zu knüpfen.	Next Kraftwerke GmbH
323	Anhang D		<p>Änderung des Absatzes von: "Für den Erbringungsnachweis (Übermittlung ex-post) ist der Reservenanbieter verpflichtet, dem ÜNB nach der Einrichtung einer entsprechenden Schnittstelle in den ÜNB-Systemen kontinuierlich die in der untenstehenden Tabelle genannten Datenpunkte zu liefern. Die Implementierung der Schnittstelle ist für die kommenden Jahre vorgesehen. Der genaue Zyklus der Übermittlung ebenso wie das Datenformat wird zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.</p> <p>Bis zur Einrichtung der genannten Schnittstelle erfolgt die Übermittlung der Daten in einem vom ÜNB festgelegten Datenformat nach den Vorgaben des ÜNB."</p> <p>zu: "Für den Erbringungsnachweis (Übermittlung ex-post) ist der Reservenanbieter verpflichtet, dem ÜNB nach der Einrichtung einer entsprechenden Schnittstelle in den ÜNB-Systemen auf Anfrage, in angemessener Häufigkeit und in angemessenem Umfang die in der untenstehenden Tabelle genannten Datenpunkte zu liefern. Die Implementierung der Schnittstelle ist für die kommenden Jahre vorgesehen. Der genaue Zyklus der Übermittlung ebenso wie das Datenformat wird zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.</p> <p>Bis zur Einrichtung der genannten Schnittstelle erfolgt die Übermittlung der Daten auf Anfrage, in angemessener Häufigkeit und in angemessenem Umfang des ÜNB und in einem vom ÜNB festgelegten Datenformat nach den Vorgaben des ÜNB"</p>	<p>Next Kraftwerke sieht die Notwendigkeit, dass die ÜNB von der „kontinuierlichen“ Lieferung von archivierten Offline Daten absehen. Die kontinuierliche Lieferung stellt bei der Aggregation von dezentralen Anlagen und entsprechend vielen TE eine unzumutbare Schwierigkeit für den Anbieter dar. Die Systeme sind nicht für den kontinuierlichen Export der Daten in diesem Umfang ausgelegt. Dies zu ermöglichen würde sehr hohe Investitionen auf Anbieterseite erfordern. Wir halten hier pauschales Misstrauen für unbegründet und appellieren an die ÜNB, falls tatsächlich unbegründete Nachweise erforderlich sein sollten, diese hinsichtlich der Frequenz und der Datenmenge auf ein angemessenes Maß zu beschränken. Dies haben wir bereits in der Vorkonsultation zu den PQ-Bedingungen angemerkt.</p> <p>Wir halten eine Orientierung an der aktuell angewandten Praxis für praktikabel und ausreichend.</p>	Next Kraftwerke GmbH
324	Anhang D		Abschnitt Zuschlagsfreie Zeiten — Ergänzung des Abschnitts um den Satz: "In den ersten 15 Minuten einer zuschlagsfreien Zeitscheibe, die auf eine Zeitscheibe mit Zuschlag folgt, können noch der Status "EIN" sowie die echten Messwerte übertragen werden"	Die Vorgabe in zuschlagsfreier Zeit Null-Werte bzw. Status ("AUS") zu übertragen berücksichtigt nicht die im Rahmen der aFRR-Abrechnung eingeführte Produktwechselphase. Zu Beginn einer zuschlagsfreien Zeitscheibe, die auf eine bezuschlagte folgt, muss es dem Anbieter möglich sein noch die "echten" Messwerte zu übermitteln. Ansonsten wären die Arbeitsmengen aus der Produktwechselphase nicht abrechenbar. Aus Gründen der Analogie zu der Anforderung vor einer bezuschlagten Zeitscheibe und der praktikablen technischen Umsetzung fordern wir diesen zulässigen Zeitraum auf 15 Minuten zu setzen.	Next Kraftwerke GmbH

325	Anhang D		Der Absatz "Zeitpunkt der Übermittlung der Statusmeldungen von TE an den Pool des Reservenabbieters" sollte entweder komplett gestrichen oder wie folgt geändert werden: "Es soll in einem Zwangszyklus einer Erneuerung stattfinden, sofern die eingesetzte Technik einen Zwangszyklus unterstützt. Der Zwangszyklus beträgt in diesem Fall maximal 60 Sekunden."	Laut der aktuell geltenden Regelungen (Transmission Code) werden Meldungen ausschließlich spontan übertragen. Ein zusätzlicher Zwangszyklus wird unserer Auffassung nach nicht benötigt, da jede Wertänderung unmittelbar übertragen wird (im Gegensatz zu Messwerten, die ggf. einer Hysterese unterliegen können). Ein Zwangszyklus für Meldungen ist in der Norm IEC60870-5-101/ 104 nicht vorgesehen und wird daher auch von einer Vielzahl verfügbarer Fernwirktechniken nicht bereit gestellt. Das Protokoll IEC60870-5-101 wird von den ÜNB für die Datenverbindung zwischen ÜNB und Anbieter vorgeschrieben. Das Protokoll IEC60870-5-104 wird von vielen Anbietern in großem Umfang zur Anbindung der TE an den Pool eingesetzt. Einen Zwangszyklus auf Meldungen verpflichtend einzuführen, kann sehr hohe Kosten für den Anbieter verursachen, da u. U. alle Fernwirktechniken ausgetauscht werden müssten. Dies erachten wir als unzumutbar.	Next Kraftwerke GmbH
326	Anhang D		Der Absatz "Zeitpunkt der Übermittlung der Statusmeldungen vom Reservenanbieter an das Leitsystem des ÜNBs" sollte entweder komplett gestrichen oder wie folgt geändert werden: "Es soll in einem Zwangszyklus einer Erneuerung stattfinden, sofern die eingesetzte Technik einen Zwangszyklus unterstützt. Der Zwangszyklus beträgt in diesem Fall maximal 30 Sekunden."	Laut der aktuell geltenden Regelungen (Transmission Code) werden Meldungen ausschließlich spontan übertragen. Ein zusätzlicher Zwangszyklus wird unserer Auffassung nach nicht benötigt, da jede Wertänderung unmittelbar übertragen wird (im Gegensatz zu Messwerten, die ggf. einer Hysterese unterliegen können). Ein Zwangszyklus für Meldungen ist in der Norm IEC60870-5-101/ 104 nicht vorgesehen und wird daher auch von einer Vielzahl verfügbarer Fernwirktechniken nicht bereit gestellt. Das Protokoll IEC60870-5-101 wird von den ÜNB für die Datenverbindung zwischen ÜNB und Anbieter vorgeschrieben. Das Protokoll IEC60870-5-104 wird von vielen Anbietern in großem Umfang zur Anbindung der TE an den Pool eingesetzt. Einen Zwangszyklus auf Meldungen verpflichtend einzuführen, kann sehr hohe Kosten für den Anbieter verursachen, da u. U. alle Fernwirktechniken ausgetauscht werden müssten. Dies erachten wir als unzumutbar.	Next Kraftwerke GmbH
327	Anhang D		Tabelle der Datenpunkte: Klärungsbedarf, ggf. redundante Datenpunkte streichen	Was ist der Unterschied zwischen den Datenpunkten „Aktuelle Vorhalteleistung POS“ und „Bezuschlagt POS“? (Analog für NEG) Kann nicht jeweils einer davon entfallen? (Die tatsächlich technisch verfügbare Leistung ist schon in einem weiteren Datenpunkt abgebildet)	Next Kraftwerke GmbH
328	Anhang D		Klarstellung erforderlich, Wann findet diese Regelung Anwendung?	Im §8 Abs. 4 wird die ex post Datenanforderung vom ÜNB geregelt. Die beschriebene Anforderung an die kontinuierliche Datenlieferung im Anhang D macht die Regelung des § 8 Abs. 4 obsolet. Daher sollte diese Regelung erst in den Modalitäten aufgenommen werden, wenn sie Anwendung findet.	UNIPER SE
329	Anhang D		Löschung von folgenden Zeilen in den Tabellen: "Bezuschlagt POS" und "Bezuschlagt NEG"	Die Zuschlagung erfolgt originär durch den ÜNB. Eine zusätzliche Prüfung bzw. Abgleich ob der Anbieter die Information über den Zuschlag richtig verarbeitet hat ist nicht erforderlich. Die Regelungen zum Verstoß setzen hierbei einen ausreichenden Anreiz zur vereinbarten Leistungserbringung.	UNIPER SE
330	Anhang D		Anpassung der Anlage.	Eine vollständige Bewertung der erforderlichen Daten kann nur erfolgen, wenn das Ansatz für die Regelistwerte festgelegt ist. Daher sollte dieser Anhang erst nach der entsprechenden Festlegung konsultiert und Bestandteil der Modalitäten werden.	UNIPER SE